

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **26./27. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 15. April 2019

von 16.15 bis 18.20 Uhr und von 20.00 bis 22.05 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 26./27. Sitzung: D. Cetin (SP), L. Jacot (SP), G. Stritt (SP), M. Sorgo (SP), S. Kocher (GLP), Stadtrat N. Galladé

Traktanden

Trakt. Nr.	Ge- sch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 24./25. Sitzung	
2.*	19.29	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurückgetretenen D. Cetin (SP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.*	19.10 (DB)	Kommunale Nutzungsplanung: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Swica»	B. Zäch
4.*	18.76 (DKD)	Volksinitiative «Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten» / Ablehnung der Initiative und Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung	R. Keller
5.*	19.9 (DFI)	Gewährung eines grundpfandgesicherten Darlehens von Fr. 812'200 an die Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen (GESEWO) für die Erstellung von subventionierten Wohnungen in der Siedlung Lokstadt, Haus Krokodil, Projekt «EinViertel»	R. Kappeler
6.*	19.19 (RL)	Entschädigung der Protokollführung im Grossen Gemeinderat und den Ratsorganen (7. Nachtrag zur Geschäftsordnung des GGR und 6. Nachtrag zum Reglement über die Entschädigungen an Behördenmitglieder)	F. Helg
7.*	19.28 (RL)	Essensentschädigung für Mitglieder des Grossen Gemeinderates (7. Nachtrag zum Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder)	F. Helg

- 8.* 19.7 Antrag und Bericht zur Budgetmotion M. Wäckerlin (PP), **Ch. Griesser**
(DFI) U. Hofer (FDP) und I. Kuster (CVP) betr. Mindestrenditen
für Immobilien im Finanzvermögen
- 9.* 19.15 Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), M. Na-
(DTB) ter (GLP) und S. Müller (EVP) betr. langfristiger Ausstieg aus der fossilen
Erdgasversorgung
- 10.* 19.25 Begründung der Motion R. Kappeler (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL),
(DSS) M. Bänninger (EVP), M. Gross (SVP), Y.R. Gruber (FDP), A. Steiner
(GLP) und Z. Dähler (EDU) betr. Projektierungskredit für ein zweites Hal-
lenbad in Winterthur
- 11.* 17.65 Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander
(DKD) (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss
12. 16.82 Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt
(DTB) (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende
Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
13. 17.97 Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter
(DTB) (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand
14. 17.98 Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und
(DTB) S. Gygax-Matter (GLP) betr. Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen
15. 17.121 Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP)
(DTB) betr. Insektizide in der Stadt Winterthur
16. 17.66 Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP), Ch. Baumann
(DB) (SP) und Ch. Griesser (AL) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse
17. 17.161 Antrag und Bericht zur Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann
(DB) (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Ver-
kehrsberuhigung Stadthausstrasse
18. 17.96 Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Effizienz in
(DB) der Verkehrssteuerung
19. 17.94 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. zeitliche Abwicklung
(DB) von Strassenbauarbeiten
20. 17.95 Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im
(DB) hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse herzlich zur 26. Sitzung im Amtsjahr 2018/19. Wir haben folgende Entschuldigungen: Deniz Cetin ist aus Winterthur weggezogen, Lea Jacot ist im Mutterschaftsurlaub, Gabi Stritt, Maria Sorgo, Samuel Kocher und Stadtrat Nicolas Galadé. Verspätet eintreffen wird Carola Etter.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Leider haben wir heute insgesamt 6 Rücktritte. Wir beginnen mit dem Dienstältesten.

David Schneider (FDP) war vom 10. Mai 2010 bis 12. Mai 2019 Mitglied im Grossen Gemeinderat.

10. Mai 2010 – 31. Dezember 2011: Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK)

1. Januar 2012 – 11. Mai 2014: Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK)

12. Mai 2014 – 12. Mai 2019: Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

David Schneider, ich wünsche Dir alles Gute für die Zukunft. (*Applaus*)

Stefan Feer (FDP) war vom 16. November 2011 bis 12. Mai 2019 Mitglied im Grossen Gemeinderat.

1. Dezember 2012 – 11. Mai 2014: Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK)

15. April 2013 – 26. August 2013: Präsident der Spezialkommission Finanzkontrolle (sFK)

11. Mai 2015 – 17. September 2018: Fraktionspräsident der FDP

21. September 2015 – 9. Mai 2016: Mitglied der Spezialkommission Verselbständigung Stadtwerk (sVS)

3. Juli 2017 – 25. Juni 2018: Vorstandsmitglied des Vereins «House of Winterthur»

Stefan Feer, auch Dir wünsche ich alles Gute für die Zukunft. (*Applaus*)

David und Stefan laden nach der Sitzung im Bloom für ein Bier ein. (*Applaus*)

Doris Hofstetter (Grüne) war vom 5. November 2014 bis 11. Mai 2019 im Grossen Gemeinderat. Sie war in keiner Kommission.

Doris, ich wünsche auch Dir alles Gute für die Zukunft. (*Applaus*)

Renate Dürr-Ziehli (Grüne) verlässt uns Richtung Kantonsrat. Sie war vom 1. August 2015 bis 12. Mai 2019 Mitglied im Grossen Gemeinderat.

24. August 2015 – 7. Mai 2017: Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK)

8. Mai 2017 – 12. Mai 2019: Präsidentin der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Renate, ich wünsche Dir alles Gute auf Deinem weiteren politischen Weg. (*Applaus*)

Renata Lüchinger-Mattle (CVP) war vom 8. Mai 2017 bis 12. Mai 2019 Mitglied im Grossen Gemeinderat.

8. Mai 2017 – 12. Mai 2019: Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Renata, auch Dir wünsche ich alles Gute für die Zukunft. (*Applaus*)

Deniz Cetin (SP) war vom 14. Mai 2018 bis 31. März 2019 Mitglied im Grossen Gemeinderat. Er ist umgezogen und kann deshalb nicht mehr im Rat sein.

14. Mai 2018 – 31. März 2019: Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Auch ihm wünschen wir in Abwesenheit alles Gute.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben eine Fraktionserklärung der SP, Pia Schoch bitte.

P. Schoch (SP): Zuerst möchte ich anmerken, dass es sich da um eine Fraktionserklärung der SP, aber in Absprache mit den Grünen, der AL, der EVP und der GLP handelt.

Am vorletzten Samstag hat auch hier in Winterthur die erste Klimademonstration der Klimabewegung stattgefunden. Rund 5'000 Menschen sind dem Aufruf der Klimabewegung

gefolgt und haben gezeigt, dass sie sich um die Zukunft sorgen und dass sie aktive Veränderungen wollen. Wir alle sehen die Auswirkungen des menschlichen Verhaltens auf unser Ökosystem schon lange. Wir sehen, wie die Gletscher schmelzen, wir wissen um die Probleme der schwindenden Eisschilden an den Polen Bescheid.

Als Jugendliche lernen wir in den Schulen, was der Treibhauseffekt ist, was unsere Emissionen für das Klima bedeuten und welche Auswirkungen eine globale Erwärmung schon von wenigen Graden für unser Ökosystem hat. Wir lernen diese Zusammenhänge. Wir sehen bereits eingetretene Folgen des menschlichen Handelns in Dokumentarfilmen, lesen darüber in Zeitungen und Büchern und wir hören in den Klassenzimmern und Vorlesungssälen davon. Das Klimaproblem ist extrem komplex. Das wissen wir alle. Das wissen auch die Jugendlichen der Klimabewegung. Doch sich von der Komplexität einschüchtern zu lassen, das ist kein Weg.

Den Jugendlichen der Klimabewegung und der 5'000 Winterthurer Demonstranten vom vorletzten Samstag ist klar, dass das Verhalten von uns allen ein Teil des Problems ist. Es ist klar, dass Veränderungen auch auf uns zurückfallen werden. Aber es ist auch klar, dass es nicht nur an der Bevölkerung und ihren individuellen Entscheidungen liegen kann. Was es braucht, sind strukturelle Änderungen. Es braucht nicht nur den Einsatz zuunterst in der Kette, beim individuellen Verhalten und Konsum, sondern auch weiter oben, beim wirtschaftlichen und politischen Verhalten. Es braucht neue Regeln und Rahmenbedingungen, von der Politik und der Wirtschaft. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz als Finanzplatz mit internationalen Kreditvergaben und Finanzflüssen da eine besondere Verantwortung trägt. Es kann nicht sein, dass es nur an den Konsumenten liegt, aus den Tausend Angeboten nicht das billigste, sondern das umweltfreundlichste auszuwählen. Sondern es liegt auch an der Politik, dafür zu schauen, dass das umweltfreundlichste nicht weiterhin das teuerste ist. Die Frage darf nicht länger sein: «Darf ich das weiterhin konsumieren?» sondern «Warum wird dieses Produkt überhaupt noch so angeboten?»

Diese Veränderungen müssen passieren – und zwar jetzt. Die Winterthurer Demonstranten und Demonstrantinnen rufen in ihrer Stadt. Sie rufen Winterthur dazu auf, das Thema Klimawandel so ernst zu nehmen, wie es ist. Es ist die Jugend, die aufruft. Es geht um ihre, um unsere Zukunft, die wir heute gestalten, auch in Winterthur. Sie ruft dazu auf, Klimathemen und Massnahmen zu priorisieren und sich aktiv Gedanken dazu zu machen, wo wir auf lokaler Ebene ansetzen können, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen. Nicht nur mit Berichten, sondern auch mit Massnahmen.

Wir möchten die Einberufung einer Sondersitzung im Grossen Gemeinderat beliebt machen. Ein entsprechender Antrag zirkuliert heute im Rat. Wir schlagen vor, dass wir uns bis nach den Sommerferien fraktions- und kommissionsübergreifend aktiv mit dem Thema Emission, Energie, Verkehr, Grünfläche, nachhaltiges Wirtschaften und Konsum in Bezug auf Winterthur beschäftigen. Die Sondersitzung möchten wir mit einer wissenschaftlichen Referentin zum Thema Klimawandel bereichern. Die Schweizer Klimawissenschaftlerin Frau Seneviratne ist Professorin für Land- und Klimadynamik an der ETH Zürich und Mitautorin vom IPCC-Bericht. Und sie hat sich zu einem Referat bereit erklärt. In dieser Sondersitzung soll jede Fraktion die Möglichkeit haben, sich zu dieser Thematik zu äussern. Die bis dahin eingereichten Vorstösse würden gebündelt, priorisiert, diskutiert und eingereicht. Wir sind der Meinung, dass dies eine gute Möglichkeit ist, sich der Komplexität der Klimafrage zu stellen, Umweltmassnahmen in Winterthur noch konsequenter als bisher anzugehen und somit zu zeigen, dass wir auch auf lokaler Ebene bereit sind, mit den dringenden Veränderungen anzufangen.

Die SP-Fraktion möchte gemeinsam mit den Grünen, der AL, der EVP und der GLP den Aufruf der Klimabewegung ernst nehmen und freut sich, dass auch Ratskolleginnen und -kollegen von den anderen Fraktionen mitziehen.

Wir danken – auch im Namen der Grünen, der AL, der EVP und der GLP – herzlich für die Zusammenarbeit.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben eine persönliche Erklärung von Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Zu dem Thema, das Pia da angesprochen hat, möchte ich doch noch etwas erwidern. Eine solche Klimasitzung da in Winterthur ist völlig unnötig. Das Thema Umweltschutz kann durchaus im Rahmen der normalen Sitzungen diskutiert werden. Das ist ein sehr durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Man möchte gerne eine Sonderdebatte zur besten Werbezeit, genau vor den Nationalratswahlen, für die Grünen, die GLP. Übrigens: Die SP, das hat man gesehen, profitiert gar nicht von diesem Thema, die hat nämlich auch verloren. Also eigentlich nützt es nur diesen zwei Parteien, den Grünen und den Grünliberalen. Alle anderen Parteien verlieren - ausser die Problembewirtschafter.

Der Antrag, der jetzt zirkuliert, kam am Wochenende. Das finde ich eine absolute Frechheit. Die Fraktionen wurden völlig überrumpelt, es konnte innerhalb der Fraktionen keine Diskussion dazu stattfinden.

Meiner Meinung nach ist das grösste Problem, das wir heute haben, dass der Staat immer mehr eingreift und so den Menschen immer mehr Freiheit nimmt. Und zwar ist das wie beim Terrorismus. Ich fürchte nicht den Terrorismus, das sind kleine Einzelereignisse. Ich fürchte die staatlichen Massnahmen gegen den Terror. Und genauso ist es beim Umweltschutz. Ich fürchte nicht den Klimawandel. Ich fürchte die politischen Massnahmen dagegen. Das ist die grösste Gefahr für unsere Gesellschaft und das ist die grösste Gefahr für unsere Zukunft und für unsere Kinder. Eostatistische Marktinterventionen sind die grösste Gefahr für die Menschheit.

Es gibt mittlerweile eine Milliardenindustrie mit einem Ablasshandel mit Klimazertifikaten. Als ob ein Zertifikat eine Flugreise ungeschehen machen würde. Staatliche Regulierungen führen absolut ins Nirwana. Sie führen immer ins Gegenteil von dem, was man eigentlich erreichen möchte. Wirklich ein Musterbeispiel war der Dieselskandal. Es ist absolut nachvollziehbar, was die Autohersteller gemacht haben. Ich hätte es genau gleich gemacht. Wenn der Staat dumme Regeln macht, dann reagieren die Leute darauf. Und die Leute reagieren nicht so, wie es der Staat gerne hätte, sondern die Leute sind selbständig. Schwarmintelligenz ist mehr wert als Politik.

Dann kommen wir zur Schulstreik-Bewegung. Die Greta, die da immer genannt wird, die hat Null Kompetenzen, sie hat keine einzige wissenschaftliche Arbeit gemacht zum Thema Umweltschutz. Das einzige, was sie vielleicht besser als andere kann: Nachplappern. Sie bringt einfach das, was man gerne von ihr hören möchte – aber deshalb ist sie beliebt.

Die politischen Diskussionen haben schon längststens die wirtschaftliche Realität verlassen. Es geht nur noch um pure Ideologie. Deshalb: Panikmache ist völlig falsch und führt ins Verderben.

Wer spricht heute noch vom Ozonloch oder vom Waldsterben? In den 80ern und 90ern wurde über das Ozonloch und das Waldsterben polemisiert wie heute über das Klima. Das alles war nur ein Sturm im Wasserglas. Ich bestreite nicht, dass der Mensch einen erheblichen Einfluss auf die Umwelt und damit auch auf das Klima hat. Ein Wandel, auch ein Klimawandel, ist aber nicht per se ein Problem. Der Mensch ist anpassungsfähig. Die Technik entwickelt sich weiter und viele Probleme lösen sich von selber.

Die Frage ist: Was wollen die Menschen? Und da hast Du völlig unrecht, Pia. Es ist nicht: «Jetzt muss mal von oben das angenommen werden, was von unten kommt.» Im Gegenteil: Der freie Markt garantiert genau das. Das, was die Menschen wollen, was die Konsumenten wollen, das ist das, was produziert wird. Wenn die Menschen umweltfreundliche Lösungen haben wollen, dann ist das eine Marktlücke, diese wird gefüllt. Ihr müsst nur dem Markt vertrauen und den Markt laufen lassen, dann funktioniert es. Wenn die Menschen Umweltschutz wollen, dann erhalten sie Umweltschutz. Wenn sie keinen wollen, bekommen sie keinen. Also tant pis.

Lasst doch den Menschen die Freiheit und hört auf damit, immer zu meinen, die Leute bevorzugen zu müssen. Die Fakten sind ganz anders: Wohlstand schafft eine saubere Umwelt. Unsere Luft da in der Schweiz, wo wir einen guten Wohlstand haben, ist sauber wie schon lange nicht mehr. Unsere Gewässer sind sauber. Wir trinken das Wasser ab dem Hahn, ohne Bedenken – niemand wird krank.

Fazit: Die Politik muss gar nichts machen. Im Gegenteil: Einschränkungen und Zwang von oben bewirken das pure Gegenteil. Jeder Mensch ist Teil des Ganzen. Überzeugt die Menschen, nicht die Politiker, wenn Ihr etwas erreichen wollt. Wenn viele Menschen für den Umweltschutz sind, dann gibt das eine starke Nachfrage. Und am freien Markt wird diese Nachfrage befriedigt. Also befreit den Markt – Ihr wollt immer das Gegenteil und das ist genau falsch! - und lasst die Menschen entscheiden. Was es braucht, ist deshalb weniger Politik und mehr freie Marktwirtschaft. Das hilft in zweierlei Hinsicht: Es bringt uns mehr Wohlstand und es bringt uns eine wirksame Entwicklung, die genau diese Probleme, die auf uns zukommen, löst.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine persönliche Erklärung von Daniel Oswald.

D. Oswald (SVP): Es ist in der Fraktionserklärung der SP angetönt worden, dass ein Antrag im Umlauf ist für eine Spezialdebatte. Ich finde diese Spezialdebatte gut. Es ist auch so, das Thema Umwelt ist Thema, ob das jetzt der Einzelne von uns möchte oder nicht möchte. Es wird diskutiert.

Und ich glaube, es wird da viel zu viel von Wissen gesprochen. Ich glaube, es geht darum, was wir glauben. Ja, das ist so. Die Gletscher schmelzen. Wieso schmelzen sie? Wieso schmelzen sie mehr als früher oder weniger? Wenn Sie ins Wallis gehen, nach Naters: Ich war dort in den Ferien und habe in der Dorfchronik geblättert. Da stand dort drin, dass vor ca. 200 bis 300 Jahren die Bauern zum Pfarrer gingen und die Messe lesen liessen und er solle zum Herrgott beten, der Aletschgletscher wachse und mache alle ihre Alpweiden kaputt. Jetzt sind wir 200-300 Jahre später, jetzt geht er zurück.

Ich weiss es nicht, wir wissen es nicht, es gibt auch verschiedene Wissenschaften, die Verschiedenes sagen. Soviel ich weiss, beweist die Wissenschaft nicht, was ist, sondern die Wissenschaft beweist, ob etwas nicht ist.

Ich bin der Meinung, dass sehr wohl eine politische Debatte über das nötig ist. Wir haben das in der Vergangenheit viel zu sehr einer Seite überlassen und dadurch die Deutungshoheit der estatistischen Seite überlassen. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir anfangen zu diskutieren und auch der Bevölkerung aufzeigen, was das denn bedeuten würde. Ich weiss nicht, ob wir den Lebensstandard, den wir heute haben, noch erhalten können. Wenn man ihn mit erneuerbaren Energien erhalten kann, dann ist das auch okay, da habe ich nichts dagegen. Aber wir wissen es nicht, weder Ihr noch wir.

Ich bin sehr wohl der Meinung, diese Debatte wäre noch viel dringender, und ich würde sogar beantragen: Wir haben ja jeweils die konstituierende Sitzung, die ca. eine halbe Stunde geht. Statt dass wir nachher in den Apéro gehen, könnten wir diese Debatte dort gleich anhängen und das dringend machen. Und nicht warten bis am 2. September.

Ratspräsidentin A. Steiner: Persönliche Erklärung, Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Erstens muss ich mit ein bisschen Erschrecken feststellen, dass ich auf der neoliberalen Schiene nochmals links überholt worden bin von Marc, und zwar mit Vollgas. Ich sehe das wirklich ein bisschen anders aus Sicht der liberalen Fraktion.

Zweitens muss ich auch ein bisschen konsterniert feststellen, dass man die Fraktionserklärung gar nicht probiert mit uns abzustimmen, wenn es um das Thema Umwelt geht. Eigentlich könnte ich hinter vielem stehen, das Du gesagt hast – Du hast uns leider nicht gefragt. Wir unterstützen ja auch bei dieser Sondersitzung und wir sind ja auch keine Lügner der Folgen unseres Konsumverhaltens und dass wir einen gewissen Handlungsbedarf haben.

Wo wir sicher Differenzen haben werden, das ist klar, ist wenn es um die konkrete Umsetzung geht, weil wir auch andere Aspekte berücksichtigen und weil wir nicht Idealismus vor Sinn und Verstand stellen. Z.B. der Entscheid Biorender: Biorender haben wir am Anfang als innovatives Projekt mit einem gewissen Risiko unterstützt und mit auf den Weg geschickt. Man muss dann aber auch wissen, wann der Stecker zu ziehen ist, wann ein Projekt gescheitert ist. Und ich glaube, dort sehen wir unsere Differenzen.

Meine grösste Angst ist aber wirklich, dass das ein Wahlkampfmanöver ist. Wieso macht man es im September? Wieso nicht im Oktober oder an der konstituierenden Sitzung? Man will im September, vor den Nationalratswahlen, das Thema besetzen. Für uns geht es bei diesem Thema wirklich darum, und das ist wichtig, dass man Lösungen findet, dass man einen konstruktiven Dialog führt. Dazu sind wir gerne bereit. Aber ich habe keine Lust, in einer Sitzung zu sitzen, bei der es darum geht «Wer hat's erfunden» und wer nicht, wo man sich nur profilieren möchte für den Wahlkampf und wo es gar nicht um Lösungen geht.

Nehmt doch ernst, was wir da einbringen, das ernste Denken, weil es eine gute Sache ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben sich die persönlichen Erklärungen erschöpft. Noch eine letzte Mitteilung von Seiten Ratsleitung...

Du hast noch eine zweite persönliche Erklärung?

M. Wäckerlin (PP): Ich habe noch eine persönliche Erklärung, die ich vorbereitet hatte, bevor jetzt das dazwischen gekommen ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Okay. Marc Wäckerlin hat noch eine zweite persönliche Erklärung.

M. Wäckerlin (PP): Es geht in die gleiche Richtung. Es tut mir leid, dass ich Euch nochmals belästigen muss. Aber diese Debatte wurde uns halt eben über das Wochenende aufgezwungen.

Um zu verhindern, dass Winterthur nichts aus der Geschichte lernt und die gleichen Fehler immer und immer wieder wiederholt, werde ich ab sofort am Anfang jeder Gemeinderatssitzung in Form einer persönlichen Erklärung eine kleine Geschichtslektion erteilen.

Die Quelle ist das Buch «Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung» von Dr. Dr. Rainer Zitelmann.

Die moderne Wirtschaft kann entweder auf Privateigentum basieren, das den Marktwert festlegt, oder die Wirtschaft basiert auf Staatseigentum, wo die Wirtschaft zentral gesteuert wird. Das erste nennen wir Marktwirtschaft oder Kapitalismus, das zweite nennen wir Sozialismus. *(einige Gemeinderatsmitglieder verlassen den Saal)*

In der Praxis existieren nur mehr oder weniger ausgeprägte Zwischenformen. Viele haben erfolglos versucht, in der Theorie zu zeigen, welches von beiden Systemen das Überlegenere ist. Aber was am Schluss zählt, ist die Praxis, alleine die Praxis. Und diese liefert uns mehr als genug Material. Wenn wir wissen wollen, welches System das bessere ist, dann können wir aus der Erfahrung der Vergangenheit lernen. Und diese Lehren sind eindeutig, wie ich Euch heute und in den kommenden Monaten zeigen werde.

Am Ende der 80er Jahren, als ...

(weitere Gemeinderatsmitglieder verlassen den Saal)

Ratspräsidentin A. Steiner: Marc, ich bitte Dich, Dich kurz zu halten.

M. Wäckerlin (PP): Ich habe bis jetzt 1,5 Minuten gesprochen, ich war letztes Mal bei 5 Minuten, ich denke, das ist im Rahmen.

Also: Als Ende der 80er Jahre die kommunistischen Diktaturen zusammengebrochen sind, ist für viele Menschen weltweit die Überlegenheit der Marktwirtschaft offensichtlich gewesen. Trotzdem haben sich latente antikapitalistische Ressentiments gehalten, die seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 wieder erheblich an Zustimmung gewonnen haben.

(weitere Gemeinderatsmitglieder verlassen den Saal)

Die Politik, die Medien und die Intellektuellen – ich sehe, wenn da die Leute hinausgehen, heisst das, dass sie sich der Debatte entziehen wollen. Das ist sehr interessant, das nehme ich zur Kenntnis. Selbstverständlich mache ich weiter.

Ratspräsidentin A. Steiner: Marc Wäckerlin, Entschuldigung. Der Gemeinderatssaal ist der falsche Ort für Geschichtslektionen. Ich bitte Dich, eine persönliche Erklärung mit einer politischen Relevanz zu bringen.

M. Wäckerlin (PP): Ich komme auf die politische Relevanz jeden Moment zu sprechen. Die Politik, die Medien und die Intellektuellen sind sich bei der Deutung dieser Krise weitgehend einig: Der Markt, der Kapitalismus, habe versagt. Wir bräuchten deshalb mehr Staat. Ich werde zeigen, dass die Finanzkrise das Resultat der staatlichen Eingriffe war. Der Grundfehler der sozialistischen Ideologie ist der, dass ihre Anhänger glauben, irgendwelche einzelnen Denker seien klüger als die Schwarmintelligenz des freien Marktes. In der Regel glauben die Politiker - und das schliesse ich leider anwesende und vor allem auch abwesende Gemeinderäte nicht aus - selber zu dieser auserwählten Kaste von besonders weisen Menschen zu gehören. Und sie fühlen sich deshalb berufen, das vermeintlich dumme Volk zu bevormunden, zu unterrichten und zu lenken. Mein Ziel ist es, Euch zu zeigen, dass der freie Markt die Basis unseres wirtschaftlichen Wohlstandes ist. Ich werde zeigen, welche Auswirkungen der Sozialismus und weniger Kapitalismus auf die Gesellschaft und vor allem auch auf die Wirtschaft haben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Marc, es tut mir leid. Jetzt müssen wir wirklich abrechnen. Wir können nicht so lange persönliche Erklärungen machen.

M. Wäckerlin (PP): Wir sind jetzt bei 3 Minuten 41.

Ratspräsidentin A. Steiner: Auch dann nicht, danke.

M. Wäckerlin (PP): Dann werde ich in Zukunft immer messen, wie lange persönliche Erklärungen von anderen gehen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ja, das wird man in dem Fall in der Geschäftsordnung regeln müssen. Darf ich Dich bitten: Es ist nicht der Ort, um Geschichtsunterricht zu geben, Marc, es tut mir leid.

M. Wäckerlin (PP): Ich lege offiziell Protest dagegen ein. Marc, wie ist die rechtliche Situation?

Ratspräsidentin A. Steiner: 3 Minuten 41. Die rechtliche Situation ist, dass ich für Ordnung sorgen darf hier drin und ich darf sagen, wann eine Rede zu lange ist. Bitte, Marc Wäckerlin.
(Applaus)
Klatschen darf man übrigens auch nicht.
(die abwesenden Gemeinderäte kehren zurück in den Saal)

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Traktandenliste. Es wurde angekündigt, dass wir das Traktandum 6 und 7 ohne Beratung durchführen werden. Bei Traktandum 5 findet eine Beratung statt, weil ein Ablehnungsantrag eingegangen ist.

1. Traktandum

Protokoll der 24./25. Sitzung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir nehmen als erstes das Protokoll ab. Hat jemand etwas zum Protokoll?

Damit ist das Protokoll abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2019.29: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurückgetretenen D. Cetin (SP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsidentin A. Steiner: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit. Der IFK-Präsident Silvio Stierli hat das Wort.

S. Stierli (IFK): Die IFK schlägt vor: Astrid Erismann (SP).

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es Vermehrungen dieses Vorschlags? – Damit ist Astrid Erismann in dieser Kommission. Viel Spass.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2019.10: Kommunale Nutzungsplanung: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Swica»

Ratspräsidentin A. Steiner: Kommunale Nutzungsplanung, Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Swica». Benedikt Zäch stellt das Geschäft vor.

B. Zäch (BBK): Ich darf Ihnen das Geschäft 2019.10 vorstellen, den privaten Gestaltungsplan für eine neue Generaldirektion der SWICA in der Ecke St. Georgenstrasse / Römerstrasse.

Es handelt sich um einen ausführlichen Gestaltungsplan mit verschiedenen Verästelungen. Ich beschränke mich deshalb auf ein paar wichtige Punkte, die für die politische Behandlung relevant sind.

Der sogenannte SWICA-Campus besteht aus drei Parzellen im Norden und im Süden der Römerstrasse. Das Gebiet C ist vom Gestaltungsplan nicht tangiert. Gebiet B ist nur indirekt tangiert, indem eine Schutzverfügung für das Gebäude an der Römerstrasse 38 erlassen werden soll, wenn das Gebäude an der Römerstrasse 37 (nördlich der Römerstrasse) aus dem Inventar entlassen wird. Ich komme noch darauf zurück.

Das Gebiet A, um das geht es im Wesentlichen, besteht aus zwei Parzellen. Es ist das Grundstück, in dem der Neubau realisiert werden soll; beide bestehenden Gebäude sollen abgebrochen werden. Eines der Gebäude, Römerstrasse 37, ist ein überkommunales Inventarobjekt.

Sie sehen da den Plan. Die neue Kern-Generaldirektion soll auf das blau schraffierte Grundstück konzentriert werden, das aus diesen zwei Parzellen besteht, wo hier die Parzellengrenze ist. Die Gesamtfläche der beiden Parzellen beträgt 3641 m²; die neue Nutzfläche wird insgesamt 5200 m² (nach SIA) bzw. 5800 m² massgebliche Geschossfläche (nach PBG) betragen. Die ganze Baumasse beträgt insgesamt 25'500 Kubikmeter. In dieser Kern-Generaldirektion sollen nachher 330 Arbeitsplätze untergebracht werden.

Das Quartier nördlich der Römerstrasse gehört zum Inneren Lind, das Quartier südlich der Römerstrasse wird meistens zum Quartier Geiselweid gezählt. Beide Quartiere sind Quartiererhaltungszone. Der Bereich nördlich befindet sich in einer dreigeschossigen Quartiererhaltungszone, der südliche Bereich ist in einer zweigeschossigen Quartiererhaltungszone.

Es ist deshalb ein städtebaulich sehr sensibles Terrain.

Das zeigt sich auch daran, dass fünf der sieben Gebäude auf dem SWICA-Campus Denkmalobjekte sind (und zwei weitere Objekte in der unmittelbaren Umgebung sind ebenfalls Denkmalobjekte).

Es geht um die Römerstrasse 37, das ist ein überkommunales Inventarobjekt. Es soll bedingt aus dem Inventar entlassen werden, wenn auf der anderen Strassenseite dieses Gebäude, Römerstrasse 38, eine kantonale Schutzverfügung bekommt.

Römerstrasse 36 ist ein überkommunales Schutzobjekt mit einer Personaldienstbarkeit. Römerstrasse 34 (ebenfalls eine Villa) ist ein kommunales Schutzobjekt mit einer privatrechtlichen Regelung. Das sind die Denkmalobjekte auf dem SWICA-Campus selber.

Westlich neben dem geplanten Neubau hat es nochmals ein überkommunales Inventarobjekt, das ist das Haus Zur Pflanzschule, das als Pfarrhaus genutzt wird. Und westlich vom SWICA-Campus, Römerstrasse 32 ist ebenfalls ein kommunales Inventarobjekt (Villa Prior) und steht zurzeit leer.

Die denkmalpflegerische Sicht auf das Neubauprojekt bezweckt – nach der vorläufigen Stellungnahme der Kantonalen Denkmalpflege – die Verdichtung der Generaldirektion auf dem nördlichen Areal, quasi die Bedürfnisse der SWICA dort zu konzentrieren, und gleichzeitig die Schutzobjekte im Süden damit zu sichern. Die beiden, die bereits Schutzobjekte sind, und das Objekt, Römerstrasse 38, das neu eine Schutzverfügung bekommen soll. Das sind die Überlegungen aus denkmalpflegerischer Sicht.

Wegen der speziellen stadträumlichen Situation ist ein zweistufiges Verfahren gewählt worden, mit Testplanung und Studienauftrag. Zuerst hat man eine Testplanung mit drei Szenarien initiiert:

- a) Zusammenzug der ganzen Generaldirektion auf dem SWICA-Campus (ca. 400 Arbeitsplätze),
- b) Zusammenzug einer Kern-Generaldirektion (ca. 300 Arbeitsplätze auf dem nördlichen Areal),
- c) alternative Planung ausserhalb des SWICA-Campus an der Römerstrasse.

Das Fachgremium, das die Testplanung bewertet bzw. beurteilte, war zusammengesetzt aus Vertretern der Bauherrschaft, des Amtes für Städtebau (Stadtbaumeister selbst), der Kantonalen Denkmalpflege (Leiter Bauberatung) und externen Fachjuroren. Das Gremium ist früh (bereits in der 2. Sitzung) zum Schluss gekommen, dass die Variante b, ein Zusammenzug einer Kern-Generaldirektion auf dem Areal Nord, die städtebaulich beste Variante sei. Auf dieser Basis aus dem Resultat der Testplanung wurde ein Studienauftrag an drei Büros vergeben; das Rennen machte der Vorschlag des Büros Frei + Saarinen zusammen mit Eugster Landschaftsarchitekten.

Die Visualisierung aus der Vogelschau zeigt ein massiges Gebäude, dessen Fassaden und Dächer aber mehrfach gebrochen sind und sich so in die Quartierumgebung einfügen sollen. Ich sage gleich noch mehr dazu, was die Überlegungen sind.

Wegen der sensiblen städtebaulichen Situation ist die Einbindung des Neubaus in die Bebauungsstruktur sorgfältig geprüft worden.

Der Überblick zeigt die charakteristische Bebauungs- und Nutzungsweise dieser Zone.

Der Südrand des Quartier Inneres Lind, das heisst die Häuserreihe an der nördlichen Römerstrasse, weist unterschiedliche, aber häufig grössere Baumassen auf, er besteht vor allem aus Geschäftsbauten; in der Strassenrandlage befinden sich nur wenige Wohnbauten, heute wird praktisch keines dieser Gebäude mehr als Wohngebäude genutzt, das sind alles Geschäftsgebäude.

Die Römerstrasse ist eine Hauptachse in Weiterführung der Marktgasse, und zwar eine sehr alte. Es ist an sich die römische Strasse, die darunter liegt, die von der Marktgasse her kommt und Richtung Oberwinterthur geht. Es ist also eine sehr alte Hauptachse. Sie ist ein öV-Hochleistungskorridor und es besteht ein Richtplaneintrag und eine Variantenplanung für

eine Veloschnellroute auf der Römerstrasse als Verbindung zwischen Oberwinterthur und Stadt.

Um die Einbindung des Neubaus in das Quartier zu verdeutlichen, ist die sogenannte Körnung der Gebäudevolumina verglichen worden. Das sehen Sie da auf diesem Plan. Mit Körnung ist gemeint: Die Aussenfassade, die Brechung der Aussenfassade, der Volumina, die da dargestellt wird. Die Körnung des geplanten Gebäudes fügt sich in die Umgebung ein, wenn man die einzelnen Fassadenflächen anschaut. Deshalb ist die Fassade vielfach gebrochen und gleicht sich den Fassadenlängen in der Umgebung an. Der gestalterische Sinn der mehrfachen Knickung der Fassaden bei der Römerstrasse 37 – es sind insgesamt 12 verschiedene Segmente, die sich da zeigen – ist es eben eine quartiertypische Grössenordnung der Wahrnehmung der einzelnen Fassadensegmente zu erhalten.

Im Grundriss kommt das Gebäude als vieleckiges Volumen daher. Es ist in die Mitte des Grundstücks gesetzt, einerseits um es von der Hauptstrasse (Römerstrasse) und der Quartierstrasse (St. Georgenstrasse) etwas zu entfernen, andererseits soll durch die Einmischung der Baumschutz möglichst gewährleistet werden.

Im Projekt wird auch erläutert, dass die Durchgrünung des Quartiers auf den beiden Parzellen des Neubaus weitergeführt und an die Nachbargrundstücke angeschlossen werden soll; der Neubau wird deshalb mit insgesamt 22 Bäumen umgeben, die quasi das Gebäude gegen die Strasse hin einhüllen.

Im Innern resultiert aus dem Ganzen ein Gebäudevolumen aus drei zusammengesetzten Prismen. Diese Prismen setzen im Inneren auf Offenheit und Flexibilität. Die einzelnen Geschosse sind leicht versetzt gestapelt; die jeweiligen Geschosse werden über offene Treppen miteinander verbunden. Einerseits hier und andererseits durch eine zentrale Erschliessung. Grundsatz ist die maximale Offenheit der Arbeitsflächen und Verbindungen, das sehen Sie da im Grundriss. Von Seiten der Generaldirektion der SWICA ist hier auch ein Konzept von Open Working Spaces umgesetzt, das sich architektonisch in durchlässigen Grossräumen mit wenig Unterteilungen äussert.

Nach aussen hin ist die vollverglaste Fassade offen und durchlässig. Das zeigt sich in den Fassadenansichten: Gegen die Römerstrasse hin erscheint das Gebäude mit einer gebrochenen Glasfassade mit vorgesetzten Bäumen. Da sind die Brechungen in der Fassade drin abgezeichnet. Die leicht versetzten Dachflächen strukturieren auch die Gebäudehöhen mit Unterschieden bis zu 2 Metern.

Im Erdgeschoss ist übrigens geplant, da eine Cafeteria einzurichten, die auch öffentlich zugänglich ist.

Gegen Osten hin markiert das Gebäude eine Eingangssituation in die Verwaltungsmeile an der nördlichen Römerstrasse. Die Masse wird auch hier durch die verglaste Fassade optisch reduziert, das Gebäude wird allseitig durch Bäume eingefasst (in der ganzen Höhe allerdings erst nach Jahrzehnten).

In der BBK wurde das Projekt, der Gestaltungsplan, unter Beizug von Gästen aus dem Amt für Städtebau, der SWICA und den Projektentwicklern ziemlich ausführlich behandelt. Grund dafür war einerseits, dass das Projekt an die Grenze dessen geht, was in einer Quartiererhaltungszone zulässig ist. Andererseits ist von verschiedener Seite her öffentlich Kritik am Projekt geübt worden: Der BewohnerInnenverein Inneres Lind hat im Mitwirkungsverfahren während der öffentlichen Planaufgabe des Projekts verschiedene Einwendungen gemacht. Nach der öffentlichen Auflage hat sich auch die Heimatschutzgesellschaft Winterthur kritisch zum Neubau geäussert. Und kürzlich hat der BewohnerInnenverein Inneres Lind für den Fall eines positiven Gemeinderatsentscheides ein Referendum angekündigt.

Von den drei Einwendungen im Mitwirkungsverfahren, die alle aus dem Quartier stammen, wurde eine, eine Fussverbindung von der Römerstrasse zur St. Georgenstrasse, im Einwendungsverfahren berücksichtigt.

Eine weitere Einwendung betraf die Lage der Einfahrt der Tiefgarage. Man wollte, dass diese möglichst nach vorne oder in den Zwickel der St. Georgenstrasse verlegt wird. Allerdings sieht das Projekt nicht vor, die Tiefgarageneinfahrt zu verlagern, sie soll auch beim Neubau an der gleichen Stelle bleiben, so sie heute auch ist. Der Stumpf der St. Georgenstrasse ist

heute mit einem Fahrverbot belegt. Und das war einer der Gründe, wieso diese Einwendung abgelehnt wurde: Einerseits besteht da heute ein Fahrverbot und andererseits wurde das aus verkehrsplanerischen Gründen abgelehnt, weil dadurch der Knoten St. Georgenstrasse / Römerstrasse negativ tangiert würde.

Eine dritte, ebenfalls nicht berücksichtigte Einwendung ist für das Quartier der grösste Stein des Anstosses: Sie betrifft die Geschosshöhe; das Gebäude ist fünfgeschossig und die maximale Firsthöhe beträgt 18,70 m. Das sind 30 cm mehr als nach gesetzlicher Norm zulässig sind. Zusammen mit dem Gebäudevolumen und der Raumwirkung wird Geschosshöhe zumindest vom Quartierverein als quartierunverträglich kritisiert. Es ist deshalb in der Einwendung verlangt worden, das Gebäude auf maximal drei Vollgeschosse auszulegen.

Diese dritte Einwendung ist nicht berücksichtigt worden, und zwar mit drei Argumenten:

1. Die städtischen und kantonalen Fachstellen haben sowohl Firsthöhe als auch Gebäudevolumen als quartierverträglich beurteilt; die gebrochenen Fassaden (die Körnung der Fassaden) und die abgestaffelten Dächer erleichtern die Einbindung ins Quartier nach Meinung von beiden Fachstellen.

2. Die Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe über das gesetzliche Mass von 18,70 m beträgt nur 30 cm. Die Geschosse, die gegenüber der Zonenordnung vermehrt sind, dienen dazu, die Abstände von der Strasse zu erhöhen. Also durch die Gebäudeverdichtung im Innern können die Abstände gegen die Strasse erhöht werden, und damit kann die Grünfläche erhöht werden. Das ist das 3. Argument.

In der BBK ist diese Frage natürlich auch diskutiert worden, die Kommission hat sich den Fachmeinungen aber in der grossen Mehrheit angeschlossen.

In der BBK wurde der Gestaltungsplan mit 6:2 Stimmen genehmigt. Gegenstimmen sind unter anderem auch deshalb erfolgt, um angesichts der öffentlichen Diskussion eine Debatte im Rat zu ermöglichen.

Zur Haltung der SP-Fraktion werde ich mich nachher äussern.

M. Nater (GLP): Durch das Projekt kann SWICA ihren Hauptsitz ausbauen und ein kompaktes Gebäude erstellen, welches Platz für die Generaldirektion und das Wachstum in Winterthur ermöglicht. Dies sehen wir als starkes und als ein generationenübergreifendes Bekenntnis der SWICA zum Standort Winterthur.

Das Projekt ist auf neue Arbeitsformen ausgerichtet und soll attraktive Arbeitsplätze für die Mitarbeiter der SWICA zur Verfügung stellen. Dies mit kurzen Wegen und Räumen für Projektarbeiten.

Der Gestaltungsplan hält gemäss Stadtrat die gesetzlichen Vorgaben bezüglich Höhe, verdichtetem Bauen, Architektur und Denkmalpflege ein, was wir von der GLP so zur Kenntnis nehmen.

Was erwarten wir von der Stadt und dem Bauherrn? Aus Sicht sozialer Nachhaltigkeit einen beständigen Austausch und die Suche nach gemeinsamen Lösungen mit der Quartierbevölkerung. Aus Sicht ökologischer Nachhaltigkeit ein Vorzeigeobjekt mit begrünten Dächern und einem Gebäude, das Treibhausgas-neutral betrieben wird.

Die GLP wird dem privaten Gestaltungsplan zustimmen, da wir einen Mehrwert für die Stadt Winterthur sehen.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP begrüßen es, dass sich die SWICA zum Standort Winterthur bekennt und auch in Zukunft ihre Geschäftstätigkeiten von Winterthur aus führen will.

Dass das bisherige kontinuierliche Wachstum der Anzahl Mitarbeitende und somit auch das organische Wachstum der Gebäudestrukturen jetzt konsolidiert werden soll, können wir nachvollziehen. Genauso wie die anderen Überlegungen, die zu dem vorliegenden Gestaltungsplan geführt haben.

Dass es mit dem neuen Gebäude zu einer höheren Arbeitsplatzdichte pro m² kommt, liegt auf der Hand. Von daher: Ein Aspekt, den ich gerne aufgreifen möchte, ist die Thematik der Mobilität. Wie wird sich der hauseigene SWICA-Pendlerstrom in Zukunft gestalten? Wenn alle Mitarbeitenden mit dem Auto zum Arbeiten kommen, dann würde das sicher eine grosse

Mehrbelastung für das Quartier werden, da die Einfahrt in die Parkgarage nicht an der Hauptstrasse liegt. Wir hoffen von daher sehr, dass die SWICA zum Wohl der Quartierbevölkerung interessante Anreize schaffen kann, dass für die Mitarbeitenden die Nutzung des ÖV eine interessante Alternative zum Auto wird. Gerade an dieser Lage liegt das ja praktisch auf der Hand. Wir begrüssen es, wenn da die richtigen Anreize gesetzt werden können. Unter diesem Aspekt stimmen wir von der EVP-Fraktion diesem Gestaltungsplan zu.

R. Diener (Grüne/AL): Tatsächlich ist die Baumasse, die man hier auf diesem Areal erstellen will, wesentlich mehr als heute. Sie geht weit über das hinaus, was in einer Quartiererhaltungszone eigentlich adäquat wäre. Ich erinnere an die BZO-Bestimmung, die wir dort drin haben, Art. 38, wonach sich eine neue Überbauung am Bestandesvolumen auf der Parzelle zu orientieren hat. Wir gehen da mit diesem Gestaltungsplan nicht nur ein bisschen, sondern sehr weit über das hinaus, wir gehen sogar über die Grenze von dem aus in der Höhe, was von der normalen BZO-Bestimmung her in dieser Gegend möglich ist. Deshalb brauchen wir ja auch den Gestaltungsplan.

Es geht beim Bauvolumen also um das Doppelte bis Dreifache von dem, was wir jetzt dort haben. Es ist also nicht ganz von der Hand zu weisen, dass wir da letztendlich schon ein sehr massiges Gebäude auf dieses Areal stellen. Ich habe aus diesem Grund grosses Verständnis für alle die, die schon ein bisschen erschrocken sind, als sie sahen, was man da geplant hat. Man geht wirklich sehr an die Grenzen von dem, was verträglich ist.

Und die Zustimmung zu diesem Projekt ist mir tatsächlich nicht einfach gefallen.

Trotzdem: Wir haben in der Grünen/AL-Fraktion beschlossen. Ich trage das mit und ich finde, aus 3 Gründen kann man dazu stehen: Zum Ersten, wir haben es schon gehört, ein Commitment der SWICA für den Standort. Ganz wichtig für uns, damit wir auch Arbeitsplätze in der Stadt an einem solch guten Ort erhalten können. Das ist ein Faktor, der relevant ist. Und es sind Arbeitsplätze, die in der Stadt innen sind, zentral, die man gut mit dem ÖV erreichen kann. Und was uns besonders gefallen hat: Dass man von dieser Seite nie das übliche Geklöne und Gestöhne wegen zu wenig Parkplätzen gehört hat oder dass man da noch mehr ausbauen will. Das habe ich sehr positiv zur Kenntnis genommen. Ich bin eigentlich zuversichtlich, dass die SWICA aufgrund der Commitments, die sie abgegeben hat, sich auch diesem Thema nachhaltig widmen wird, wie es der Vorredner auch gesagt hat.

Zweitens: Die Unterschutzstellung des Gebäudes, das auf der Südseite der Hauptstrasse steht, ist angekündigt und ist ja angezeigt sozusagen als Ersatz der Inventarentlassung des Gebäudes, das jetzt noch auf dem Areal selber steht. Auch das kann man durchaus etwas kritisch anschauen und als Kuhhandel beziffern oder diesen Abtausch nicht unbedingt als das Gelbe vom Ei betrachten. Ich persönlich kann jetzt das nicht so gut beurteilen. Wenn ich das Gebäude anschau, das jetzt dort steht, muss ich sagen, dass ich eine Entlassung denkbar finde, sie ist für mich nicht völlig unmöglich. Und immerhin können wir auf der anderen Seite, das wurde uns zugesichert vom Kanton in einer Absichtserklärung und mit entsprechenden Studien, dass wir die Unterschutzstellung des anderen Gebäudes auf der anderen Strassen-seite dann tatsächlich auch erhalten. Und dann haben wir immerhin dort einen ziemlich grossen Gewinn im Quartier.

Und das Dritte ist für uns, der wichtigste Punkt natürlich: Man hat immerhin mit diesem Gebäude jetzt geplant, einerseits den Freiraum zu öffnen, man hat geplant, Grünräume zu schaffen - mit den grossen Bäumen soll der Bau bis zu einem gewissen Grad auch ein bisschen versteckt werden. Mit den grossen Bäumen kann man auch den Allee-Charakter der Lindstrasse, den sie heute hat (auch wenn diese Bäume nicht an der Strasse selber stehen), erhalten. Wenn man dort hinunterschaut, ist es wirklich eine wahrgenommene Allee. Und wir wissen ja alle in der gegenwärtigen Situation: Grosse Bäume sind enorm wichtig für das Stadtklima, sind enorm wichtig eben auch im Bereich des Klimaschutzes.

Deshalb haben wir die Zusage trotzdem ungeteilt gegeben, im Bewusstsein, dass diese Bäume, die jetzt dort stehen, gefällt werden müssen. Leider die beiden grossen, weil die natürlich genau auf dem Areal stehen, wo das Gebäude hinkommt. Und im Bewusstsein, dass es halt relativ lange gehen wird, bis diese Bäume wieder gross sind, denken wir trotzdem, es ist richtig, dass man in diese Richtung arbeitet.

Und als letzter Punkt: Wir verlangen und erwarten von den Leuten der SWICA, die jetzt das Projekt umsetzen, dass sie sich wirklich an diese Studien halten, die Planung der grossen Bäume auch umsetzen - gerade auch als Schutz gegenüber dem Quartier, als Schutz gegenüber dem Gartenstadt-Element, das wir in dieser Quartiererhaltungszone ganz besonders fördern wollen. Und wir erwarten auch, dass die Materialisierung dieser Fassaden, dieser Oberflächen, so gestaltet wird, dass sie möglichst diskret daherkommt. Und das, das möchte ich gerne nochmals zu Protokoll geben, ist für uns ein Kriterium, das wir als Commitment gehört haben, um Ja sagen können zu diesem Projekt.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion stimmen dem privaten Gestaltungsplan zu. Die SWICA will damit Arbeitsplätze an einem Ort zusammenführen, was sinnvoll und richtig ist. Es ist nicht so, dass man dafür ein altes, ehrwürdiges und schönes Villengebäude abreisst, sondern es werden zwei Bürogebäude ersetzt durch einen Neubau. Das Projekt macht aus meinen Augen wahrscheinlich wenig Sinn, wenn man es reduzieren würde. Das entspricht nicht dem Ziel des Projektes. Entsprechend braucht man dieses Volumen, um diese Arbeitsplätze da erhalten zu können.

Unser Entscheid ist daher von unserer wirtschaftsliberalen Haltung geprägt. Schaffen wir doch für die SWICA eine Basis für eine gute Zukunft.

H.R. Hofer (SVP): Die SVP Fraktion stimmt dem privaten Gestaltungsplan SWICA zu. Wir begrüssen den klaren Entscheid der SWICA-Geschäftsleitung zum Standort Winterthur. Wir hoffen, dass die Liegenschaft Römerstrasse 37 aus dem Inventar entlassen werden kann und so Platz schafft für das sowohl städtebaulich wie auch ästhetisch sehr ansprechende Projekt. Das wabenartige Gebäude wirkt durch die abgesetzten, unterbrochenen Fassaden weder klobig noch prunkvoll, sondern modern und zweckmässig - und so soll ein Büroneubau auch sein.

Dazu bleiben die alten Bäume im parkähnlichen Umschwung grösstenteils erhalten, ein weiterer positiver Punkt.

Die SWICA will in Winterthur damit 25-30 Millionen investieren, um weiter zu wachsen und neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die SVP ist froh, wenn solche Unternehmungen in Winterthur gehalten oder neu angesiedelt werden können und stimmt dem Gestaltungsplan zu.

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion nimmt den privaten Gestaltungsplan für die neue Generaldirektion der SWICA nicht ohne Vorbehalte zur Kenntnis.

Wir anerkennen, dass das beantragte Projekt den Versuch macht, die sensible Lage am Rand eines Wohnquartiers architektonisch und gestalterisch aufzunehmen und den Gebäude-Solitär so gut als möglich, aber durchaus als Kopfbau in einer Eingangssituation, an den Quartiertrand zu setzen.

Wir stellen auch fest, dass das Richtprojekt zwar eine enorme Baumassenausweitung beinhaltet und hart an die Grenze dessen geht, was in einer Quartiererhaltungszone noch zulässig ist. Insofern verstehen wir die Bedenken, die aus dem Quartier Inneres Lind gegen das Projekt geäussert werden.

Wir sind aber der Meinung, dass der nördliche Rand der Römerstrasse weder durch Bebauung noch durch Nutzung als reine Wohnzone zu charakterisieren ist, sondern in der Verlängerung der Achse Marktgasse – Obertor seit den 1920er Jahren mit dem Hauptsitz der Winterthur-Versicherungen sowohl markante Bürogebäude wie auch private Verwaltungsarbeitsplätze aufgenommen hat; direkt an der Römerstrasse gibt es heute auf der Nordseite praktisch keine Wohnnutzung mehr. Der insgesamt grossbürgerliche Charakter des Quartiers hat sich hier schon vor Jahrzehnten gewandelt und auch verdichtet.

Zudem ist die Zone am Westrand Richtung Altstadt mit dem Axa-Gebäude und dem Museum Lindengut durch markante Kopfbauten geprägt. Am Ostrand stehen dem keine entsprechenden Baukörper gegenüber, was aus städtebaulicher Sicht zu begrüssen wäre. Schliesslich ist die Römerstrasse eine Hauptachse des Verkehrs und wird in Zukunft als Hochleistungskorri-

der zusätzliche Busverbindungen und möglicherweise auch schnelle Veloverbindungen aufnehmen. Damit ist diese Zone für den Berufsverkehr hervorragend erschlossen. Nicht zuletzt schirmt die Randbebauung im Norden der Römerstrasse das Quartier Inneres Lind von der stark befahrenen Hauptstrasse ab.

Es ist aber völlig klar, dass die besonders hohe Ausnutzung in einer Quartiererhaltungszone nur dann zu rechtfertigen ist, wenn ein Neubau von besonderer Qualität ist. Das ist mit dem Richtprojekt nach unserer Auffassung gegeben. Gerade darum ist uns aber sehr wichtig, dass bei einer weiteren Ausarbeitung die besonderen Qualitätsmassstäbe, die das Richtprojekt erfüllen muss, damit diese Ausnutzung gewährleistet werden kann, unter keinen Umständen gesenkt oder verwässert werden dürfen.

Schliesslich nehmen wir auch positiv das Bekenntnis der SWICA, ihren Hauptsitz mit den damit verbundenen rund siebenhundert Arbeitsplätzen mittel- und langfristig in Winterthur zu behalten, zur Kenntnis – aber wohl wissend, dass solche unternehmerischen Aussagen nur für einen Zeitraum von maximal 10–15 Jahren Bestand haben können.

Zwei Punkte betrachten wir beim vorliegenden privaten Gestaltungsplan aber kritisch.

Zum einen halten wir den Prozess der Genehmigung, wie er dem Parlament durch das Verfahren bei privaten Gestaltungsplänen vorgeschrieben wird, in diesem Fall für problematisch. Bei diesem Projekt hat im Rahmen des Testplanungsverfahrens und des Studienauftrags eine Güterabwägung durch die Kantonale Denkmalpflege stattgefunden, weil ein Gebäude aus dem Schutzinventar entlassen werden und dafür ein anderes eine kantonale Schutzverfügung bekommen soll. Ich habe das bei der Vorstellung des Geschäfts bereits kurz erläutert. Gesetzlich ist es beim denkmalpflegerischen Inventareintrag so, dass erst ein sogenanntes «Provokationsbegehren», das in diesem Fall im Oktober 2018 gestellt wurde, eine definitive Abklärung der Schutzwürdigkeit eines Gebäudes auslöst. Steht eine Güterabwägung im Raum wie an der Römerstrasse 37, muss sie bei dieser Abklärung ausführlich und fachlich begründet werden. Der Kanton hat ein Jahr Zeit, sich zu äussern, also bis Oktober 2019. In der Zwischenzeit behandelt aber unser Parlament den privaten Gestaltungsplan. Mit anderen Worten: Wir müssen uns heute für oder gegen einen Gestaltungsplan entscheiden, ohne dass uns die denkmalpflegerische Argumentation bei dieser Güterabwägung vorliegt. Das ist sehr unbefriedigend.

Es wäre aber wichtig, die Argumente der kantonalen Fachstelle politisch beurteilen zu können, handelt es sich da doch um eine Interessensabwägung zwischen denkmalpflegerischen, städtebaulichen und politisch-wirtschaftlichen Aspekten des Bauprojekts. Immerhin wird mit der Römerstrasse 37 ein überkommunales Inventarobjekt geopfert (nicht einfach ein Verwaltungsgebäude), ein Objekt, das im «Inventar der schutzwürdigen Bauten der Stadt Winterthur» von 2013 als (Zitat) «überzeugendes Beispiel des Funktionalismus in der Architektur der Nachkriegszeit» (Zitatende) charakterisiert wird und übrigens erst 2001 umfassend saniert worden ist.

Zudem ist in keiner Phase des Planungsverfahrens ein Einbezug des inventarisierten Gebäudes Römerstrasse 37 in einen Neubau ernsthaft in Erwägung gezogen worden, weil man sich sehr früh darauf festgelegt hat, dass die Parzelle nördlich der Römerstrasse das grösste Potential für das Neubauprojekt der SWICA, wie es sich die SWICA wünscht, aufweist.

Der zweite Punkt, den wir kritisch anschauen, betrifft den Abtausch eines Inventarobjekts (Römerstrasse 37) gegen die Unterschutzstellung eines anderen Objekts im Süden des SWICA-Campus (Römerstrasse 38). Es ist übrigens ein Gebäude vom gleichen Architekten, 15 Jahre später gebaut. Ein Denkmalschutz-Schutzobjekt wird gegen ein anderes Denkmalschutz-Schutzobjekt aufgewogen, ohne dass aus den Unterlagen, die der BBK zur Verfügung gestanden sind, genügend deutlich wird, was die detaillierten fachlichen Überlegungen für diesen Abtausch waren.

Damit wird, im Sinn eines Präzedenzfalls, ein gefährlicher Spielraum für ähnliche Fälle geschaffen – und zwar genau in einem Moment, in dem Fragen der inneren Verdichtung in Siedlungsgebieten, die stadtplanerisch besonders heikel sind, immer stärker in den Vordergrund rücken. Es ist absehbar, dass bei solchen Interessensabwägungen die Gefahr besteht, dass wirtschaftliche Überlegungen gegenüber dem Erhalt von baukulturellen Zeugen die

Oberhand gewinnen, und zwar umso eher, wenn entsprechende Abklärungen nicht nachvollziehbar erfolgen. Darum muss auch die Politik solche Interessenabwägungen sehr sorgfältig prüfen und wenn nötig auch in Frage stellen.

In diesem Sinn meinen wir, dass der beiläufigen Nebensatz im Erläuterungsbericht auf Seite 5, dass die Schutzverfügung für den Bau südlich der Römerstrasse (Zitat) «mit Überbindungspflicht auf die Rechtsnachfolger» der SWICA erfolgen soll, auf keinen Fall als Einladung an die SWICA verstanden werden darf, sich bei Gelegenheit von dem Gebäude Römerstrasse 38, das mit dem Gestaltungsplan ausdrücklich unter Schutz gestellt werden, wieder zu trennen.

In einer Gesamtabwägung zwischen positiven und kritischen Punkten stimmt die SP-Fraktion grossmehrheitlich dem privaten Gestaltungsplan auf dem nördlichen SWICA-Campus zu. Wir stellen uns auch deshalb nicht grundsätzlich gegen das Projekt, weil die von uns kritisch aufgegriffenen Punkte bei einem möglichen Referendum ohnehin öffentlich diskutiert und geklärt werden müssten.

Ich persönlich werde den Gestaltungsplan in Abweichung der Fraktionshauptmeinung ablehnen.

M. Wenger (FDP): Der Gestaltungsplan SWICA ist eine überzeugende, weil gemeinsam erarbeitete Lösung. Die SWICA als Bauherr hat bei der Planung das Amt für Städtebau und die städtische sowie die kantonale Denkmalpflege von Anfang an in den Planungsprozess einbezogen. Zusätzlich haben externe Fachleute aus Städtebau, Architektur und Umgebungs-gestaltung den Prozess begleitet. Gemeinsam hat man in einem zweistufigen Prozess mehrere Verdichtungsmöglichkeiten geprüft.

Heute liegt eine Lösung vor, zu der alle am Prozess Beteiligten Ja sagen können. Die Lösung entspricht den Zielsetzungen vom Regionalen Richtplan, führt zu viel Freifläche, da das Gebäude in die Höhe gebaut wird, hat weiterhin eine dicht begrünte Umgebung, ist verkehrstechnisch überzeugend - trotz zahlreicher zusätzlicher Arbeitsplätze ändert sich am Verkehr nichts, da das Gebiet optimal mit dem ÖV erschlossen ist. Das Haus wird im Minergie-Standard P gebaut und mit Fernwärme geheizt. Und im Rahmen des Konkurrenzverfahrens wurde nachgewiesen, dass es Rücksicht auf die Schutzobjekte nimmt.

Um die Freifläche möglichst gross zu halten, ist ein Bau gefordert, der in die Höhe geht. Das vierstöckige Gebäude überschreitet dadurch die zulässige Höhe um 30 cm. Und ja, das Gebäude in der Quartiererhaltungszone hat 4 Stöcke – aber dafür kein Dachgeschoss. In der dortigen Quartiererhaltungszone sind 3 Vollgeschosse plus 2 Dachgeschosse erlaubt, also 5. Alleine die zulässigen Dachgeschosse wären in etwa gleich hoch wie 2 der 4 geplanten Bürogeschosse.

Der langen Rede kurzer Sinn: Man hat alles unternommen, um eine überzeugende Lösung zu finden, die sich in die Umgebung integriert, ökologisch optimiert ist und Rücksicht auf die effektiv schutzwürdigen Objekte nimmt. Deshalb sagt die FDP klar Ja zum vorliegenden Gestaltungsplan.

S. Büchi (SVP): Ich habe noch eine kleine persönliche Anmerkung, wenn das genehm ist, Frau Präsidentin. Und zwar wurde vorhin mein Fraktionskollege in seiner persönlichen Erklärung nach 3 Minuten 41 abgeklemmt. Ich habe also gemessen, dass die beiden linken Vertreter, Benedikt und Reto Diener, länger als 3 Minuten 41 gesprochen haben. Und ich würde sogar behaupten, bei Reto Diener ist das schon mehrmals vorgekommen. Ich frage mich nur – und abgesehen davon, wir sind alle sitzen geblieben, als die Linken gesprochen haben – ich frage mich, ob man tatsächlich nicht eine persönliche Erklärung machen kann, auch wenn es ein Grundsatzthema ist, und das ist mein Wunsch an das Ratspräsidium. An der nächsten Sitzung ist ja dann bereits ein neuer Präsident, der dann vielleicht eine höhere Toleranzschwelle hat, dass er auch unbequeme persönliche Erklärungen zulassen könnte.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann frage ich einfach zurück: Wollen wir, dass 60 Leute hier drinnen jeweils persönliche Erklärungen machen wie Geschichtsunterricht? Das hier waren

klar auf das Sachgeschäft bezogene Äusserungen und deshalb habe ich das nicht abgeklemmt.

Selbstverständlich, die Redezeit ist immer ein Thema. Da und dort könnte man sie verkürzen, aber das war klar sachbezogen. Und bei persönlichen Erklärungen geht es darum, ein Statement zu einem politischen Geschäft abzugeben – und nicht Geschichtsunterricht zu machen. Deshalb habe ich mir erlaubt, diese Diskussion abzuklemmen.

Damit kommen wir zurück zum Geschäft der SWICA.

Stadträtin Ch. Meier: Ich bin froh, dass ich jetzt wieder zum Thema sprechen darf. Ich hoffe, dass ich unter 3 Minuten 41 bleibe in meinem Votum.

Als erstes möchte ich Benedikt Zäch danken für diese ausführliche und präzise Präsentation des Geschäftes. Der Stadtrat freut sich, wie das diverse Fraktionen auch gesagt haben, über das Commitment der SWICA, sich in Winterthur weiterzuentwickeln und zu dieser Weiterentwicklung gehört eben dieser Gestaltungsplan. Der Gestaltungsplan konfrontiert uns mit einem Thema, mit dem wir uns in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren, noch ganz ausführlich beschäftigen müssen. Nämlich auf der einen Seite erhaltenswerte, sensible, schützenswerte Quartiere – und auf der anderen Seite aber die Notwendigkeit zu verdichten. Wir werden weiter wachsen, wir werden verdichten müssen. Gerade weil es eben ein sensibler Ort ist, über den wir sprechen, haben wir das Mittel des Gestaltungsplans. Der Gestaltungsplan ermöglicht uns, über die Regelbauweise hinauszugehen, was Dichte und Höhe angeht, und er verlangt auf der anderen Seite aber eine architektonisch hochstehende, qualitativ gute Lösung. Soviel einfach schnell zum Thema Gestaltungsplan, weil wir nachher nochmals zu einem solchen Thema kommen werden.

Ich bin absolut überzeugt von diesem Richtprojekt, das wir bei diesem Gestaltungsplan haben. Ich finde, das ist jetzt eben wirklich eine gelungene Lösung, bei der wir diese Verdichtung auf eine quartierverträgliche Art hinbringen. Wir haben zwar die 30 cm mehr als die Regelbauweise vorsieht, aber, meine Damen und Herren, 30 cm sind ein Schullineal. Oder für mich als Pianistin: Das sind knapp 2 Oktaven. Es ist wirklich nicht wahnsinnig viel.

Gleichzeitig ermöglicht aber dieser wirklich sehr spezielle Bau, dass der Charakter des Parks erhalten bleibt. Mit der Fassade, in der sich diese Bäume auch spiegeln, haben wir wirklich dieses sehr einladende Portal mit diesem öffentlichen Durchgang, von dem meiner Meinung nach auch das Quartier profitieren wird.

Noch ganz kurz etwas zu der Thematik mit dem Inventar. Mir ist wichtig, nochmals zu sagen: Ein Inventar ist noch keine Unterschutzstellung. Wenn ein Gebäude inventarisiert ist, dann ist es unter Schutzverdacht. D.h. dass wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Bauvorhaben geplant ist, dann stellt man das Provokationsbegehren und dann wird die eigentliche Schutzwürdigkeit abgeklärt. Und diese Abklärung ist immer eine Interessensabwägung von wirtschaftlichen, städtebaulichen, denkmalpflegerischen Aspekten. Und die Vorabklärung des Kantons sagt ganz klar, dass mit der Unterschutzstellung des Gebäude-Ensembles auf der Südseite der Römerstrasse eben auch denkmalpflegerisch mehr gewonnen wird, als wenn man die Römerstrasse 37 erhalten würde. Selbstverständlich, es ist ein Wermutstropfen, dass das Gebäude in dem Sinn aus dem Inventar entlassen werden muss - aber genau diese Interessensabwägung ist vorgesehen, wenn es um die Schutzabklärung von Inventarobjekten geht.

Ich danke für die sehr angeregte und wohlwollende Debatte und hoffe, dass man zu einem klaren Ja kommt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann stimmen wir ab. Da das Referendum angekündigt wurde, müssen wir auszählen. Wir stimmen über den Antrag 1 und 2 zusammengefasst ab.

Wer dem Gestaltungsplan SWICA zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Wer ihn ablehnen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen?

Es haben 50 zugestimmt und 2 abgelehnt, damit ist der Gestaltungsplan angenommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2018.76: Volksinitiative «Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten» / Ablehnung der Initiative und Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung

Ratspräsidentin A. Steiner: Volksinitiative Obertor, die Referentin ist Regula Keller.

R. Keller (AK): Ich darf Ihnen das Geschäft 18.76 Volksinitiative «Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten» und die Ablehnung des Stadtrates zu diesem Geschäft vorstellen. Das Geschäft ist ein bisschen verzögert. Grundsätzlich wäre es eigentlich so gewesen, dass die Initiative im Januar in den Rat hätte kommen müssen, weil es bestimmte Fristen einzuhalten gibt. Weil der Stadtrat aber eine Machbarkeitsstudie zu diesem Thema in Auftrag gegeben hat und das ein bisschen länger dauerte, hat das Initiativ-Komitee zugestimmt, dass man die Behandlung dieser Initiative im Rat quasi verschieben würde. Deshalb kommt dieses Geschäft jetzt im April zu uns.

Sie alle wissen, dass wir mit der Konzentration der Verwaltung im Superblock und mit dem geplanten Umzug der Stadtpolizei an den neuen Standort in der oberen Altstadt eigentlich ein ziemlich grosses Areal frei wird, das man neu nutzen kann oder bei dem man sich überlegen muss, wie es neu genutzt wird. Das eröffnet an einem eigentlich extrem attraktiven Ort in der Altstadt ein grosses Entwicklungspotential, das wohl Bedeutung hat für die ganze Altstadt. Und was man dort macht, in diesem Areal, wie das neu genutzt werden soll, wenn die Polizei ungefähr 2022 dort wegziehen wird, das hat auch Auswirkungen auf die ganze Umgebung und den Rest der ganzen Altstadt.

Das ist nur ein Überblick, damit man sieht, wo es ungefähr ist, was Ihr wahrscheinlich sowieso alle auch wisst.

Die Stationen der Geschichte habe ich kurz zusammengefasst:

2012/13 hat man versucht, durch eine Testplanung, die «ObertorPlus» hiess, das Entwicklungspotential von diesem Gebiet einmal auszuloten und zu schauen, was dort eigentlich entstehen könnte, weil man eigentlich schon damals wusste, dass die Stadtpolizei dort wegziehen wird. Und dabei hat man mögliche Nutzungen für einerseits die Fortuna-Liegenschaften (links vom Obertor) und die Liegenschaften rechts vom Obertor und der Bachgasse überlegt. Man hat überlegt, was da entstehen könnte. Und aus dieser Testplanung hat man dann Ideen generiert. Ihr seht oder alle wissen sicher noch: Ein Hamam an der Bachgasse würde super gut passen. Man hat sich publikumsorientierte Nutzungen überlegt. Man hat gesagt, der Innenhof ist attraktiv und schön, den möchte man für die Allgemeinheit nutzen, und man möchte auch den Weg, der jetzt gesperrt ist, zwischen Obertor und Bachgasse, quasi neu nutzen.

2016 hat das Volk in einer Abstimmung dem neuen Polizeigebäude zugestimmt und hat damit gesagt, die Liegenschaften am Obertor auf der rechten Seite werden dann frei.

2018 hat ein Komitee aus dem Mieterverband, der SP, der Grünen/AL, der IG Obertor und dem Bewohnerverein Altstadt eine Initiative bei der Stadtkanzlei eingereicht mit dem Namen «Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten». Es sind ca. 2'000 Stimmen zusammengekommen für dieses Anliegen. Das Komitee war der Meinung, dass es eine einmalige Chance sei, mitten in der historischen Altstadt ein so grosses Areal weiterentwickeln zu können, und auch dem Gebiet dort wirklich ein neues Gesicht zu geben. Insbesondere wollte man sich auch wehren gegen Pläne des Stadtrates (es geisterte herum, Luxus-Lofts oder ein Boutique-Hotel dort zu machen), was die Initianten und Initiantinnen auf keinen Fall wollten. Ausserdem wollte man auch sicherstellen, dass die Liegenschaften an diesem Standort nicht verkauft werden.

2017/2018 gab der Stadtrat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag und wollte damit eigentlich schauen, was überhaupt auf diesem Areal möglich ist. Um es vorweg zu nehmen: Die Machbarkeitsstudie wurde uns in der AK vorgestellt ungefähr im Januar 2019 und dort zeigte sich,

dass ein Hotelbetrieb aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit sehr schwer oder eigentlich nicht umsetzbar ist. Und die ganze Frage des Hamams, diese SPA-Idee, dass diese noch näher ausgeführt werden muss.

Auf dem Areal gibt es noch ein paar Rahmenbedingungen: Auf Seiten Stadthausstrasse, das sind die Gebäude links vom Obertor, wenn man von unten kommt. Dort, das hat man letzte Woche auch in den Zeitungen bzw. in einer Medienmitteilung des Stadtrates lesen können, das wird im Moment von den Kantonsschulen genutzt. Es hat Mietwohnungen dort an diesem Standort und auch Betriebe, die dort Büros betreiben. Und diese Liegenschaften, das konnte man lesen, werden in der nächsten Zeit saniert, weil sie zum Teil nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Dann v.a. die Liegenschaften, über die man zuerst gesprochen hat, das sind die rechts vom Obertor, das Polizeigebäude und das Haus daneben, das sind natürlich quasi historische Gebäude, und da gibt es bestimmte Anforderungen, die eingehalten werden müssen. Das sind Obertor 11 und 13, dort muss man auf jeden Fall die Fassade erhalten. Obertor 17 (Haus zum Adler), das ist ein überkommunales Schutzobjekt, d.h. es sind ganz besondere Bedingungen zu erfüllen, wenn man dort etwas macht. Obertor 15 und 17a, die Hinterhofgebäude, da könnte man allenfalls einen Ersatzneubau machen. Und dann gibt es noch diverse Nebengebäude, wo man eigentlich nicht bebauen kann. Dann ist noch das hinterste Gebäude, die sogenannte «Badewannen-Moschee», das ist ebenfalls ein überkommunales Schutzobjekt und auch da kann man nicht irgendeine Umnutzung vornehmen. In seiner Weisung 18.76 vom 15. August 2018 lehnt der Stadtrat die Volksinitiative Obertor ab und stellt dieser Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Der Gegenvorschlag und die Initiative sind nicht ganz, ganz verschieden, in einigen Punkten sind sie sogar sehr ähnlich - in anderen Punkten hat man andere Ideen und ist sich nicht ganz einig, wie man das eigentlich nutzen soll und was da passieren soll. Ihr seht die roten Sachen. Die schwarzen Sachen sind Ähnliches: Das Areal bleibt im Eigentum der Stadt, eine gemischte Nutzung. Bei der Initiative betonte man das Prinzip der Gemeinnützigkeit, man sagte, es müsse an einen Träger im Baurecht abgegeben werden. Das ist eine Begründung, weshalb der Stadtrat den Vorschlag des Initiativkomitees ablehnt. Das Initiativkomitee sagte auch, 50% der Geschossfläche solle in Kostenmiete abgegeben werden, der Stadtrat spricht von einem Drittel nach dem Prinzip der Kostenmiete. Die Öffnung des Raums hat das Initiativkomitee gar nicht erwähnt, aber die Öffnung des Raums ist im Vorschlag des Stadtrates drin, also der Durchgang, der Innenhof hinter dem Polizeigebäude.

Auf Initiative der GLP ist dann bei der Kommissionsberatung ein Kompromissvorschlag entstanden, der versucht hat, verschiedene Elemente dieser Vorschläge zusammenzubringen und diese noch präzisiert hat. Dieser Kompromissvorschlag wird von der SP, AL/Grüne und der EVP unterstützt und ist auch mit dem Initiativkomitee abgesprochen worden. Insbesondere wird bei diesem Gegenvorschlag die Nutzung präzisiert, z.B. wird gesagt, Wohnungen sollen primär für Familien oder Mehrgenerationenwohnen genutzt werden. Den Anteil Kostenmiete möchte man verteilen auf beide Seiten, also auf die Fortuna-Liegenschaften und die Liegenschaften auf der rechten Seite des Obertors und Badgasse. Und man möchte mit einem Gestaltungsplan sicherstellen, dass der öffentliche Freiraum und Innenhof eben tatsächlich für die Bevölkerung genutzt werden kann und auch attraktiv gemacht wird für die Bevölkerung.

Die AK hat in der Beratung dem Gegenvorschlag, der initiiert wurde von der GLP und abgestimmt ist mit anderen Parteien, mit 6:5 Stimmen zugestimmt. 6:5 war auch das Resultat bei der Ablehnung der Initiative, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat.

Ich sage gerne nachher noch etwas zur Meinung der SP.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es noch irgendwelche Änderungsanträge zu diesem Gegenantrag der AK? Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir jetzt die AK-Mitglieder zu Wort kommen, als Erstes Felix Helg.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion wird dem Gegenvorschlag des Stadtrates zustimmen, wie er in der stadträtlichen Weisung aufgeführt ist und da zusammengefasst auch auf der Darstellung der Kommissionsreferentin auch ersichtlich ist.

Unbestritten ist, dass das Obertor-Areal in nächster Zeit ein sehr wichtiges Gebiet für die Entwicklung vom ganzen Altstadt-Perimeter wird. Es ist kaum denkbar, dass bald wieder ein so grosses Areal in der Altstadt frei wird. Darum ist sicher wichtig, dass man sich auf der politischen Ebene sorgfältig mit der Thematik befasst.

Der Gegenvorschlag des Stadtrates nimmt unumstrittene Punkte auf. So soll das Areal im Eigentum der Stadt bleiben und eine gemischte Nutzung soll realisiert werden. Eine Abgabe im Baurecht oder Vermietungen sind möglich. Bei einem Teil, nämlich bei mindestens einem Drittel der Geschossflächen in einem erweiterten Perimeter – einschliesslich der Fortuna-Liegenschaften –, ist das Prinzip der Kostenmiete garantiert. Im Weiteren soll das Areal für die Bevölkerung offengehalten werden. Mit all diesen Punkten werden berechnete Erwartungen der Öffentlichkeit erfüllt, und gleichzeitig wird die weitere Planung doch einigermassen flexibel gehalten.

Umgekehrt geht uns die Initiative zu weit. Sie stellt Forderungen auf, welche die weitere Gestaltung des Areals unflexibel machen. So wird verlangt, dass man sich ganz dem Prinzip der Gemeinnützigkeit verpflichtet und dass das Areal ausschliesslich im Baurecht an eine einzige Trägerschaft abgegeben wird. Ausserdem soll das Prinzip der Kostenmiete auf der Hälfte der Flächen verankert werden.

Aber auch der Gegenvorschlag der Aufsichtskommission kann uns nicht überzeugen. Dieser Gegenvorschlag nähert sich wieder der Initiative an und stützt sich auf Elemente, welche die weitere Planung ebenfalls zu stark einengen. Als weiteres Planungsinstrument muss nämlich ein öffentlicher Gestaltungsplan ausgearbeitet werden. Dieser hat die politischen Gremien von A bis Z zu durchlaufen. Es besteht so die Gefahr, dass dann Nutzungen festgesetzt werden, die sich später, nach Abschluss der Planung, nicht realisieren lassen. Diese Gefahr ist ja nicht abwegig: Wir haben bei der Besprechung dieser Potenzial- und Marktanalyse in der Kommission gesehen – und die Kommissionsreferentin hat darauf hingewiesen –, dass gerade Hotel-Nutzungen, selbst wenn eine solche Nutzung als wünschenswert erachtet würde, sich kaum in einem wirtschaftlich vernünftigen Rahmen verwirklichen lassen. Die durch das Instrument des Gestaltungsplans verlängerte Planungszeit birgt grosses Blockade-Potenzial in sich. Einen zu langen Stillstand am Obertor können wir uns nicht leisten. Weiter ist es nach unserer Auffassung zu einschränkend, wenn Wohnnutzungen ausdrücklich bloss subsidiär (das steht ausdrücklich so im Text), also nur in nachgelagerter Priorität, und erst noch mit einer expliziten Gewichtung zugunsten von Mehrgenerationenwohnen und Familien möglich sind.

Darum summa summarum: Bleiben wir beim Gegenvorschlag des Stadtrates. Und wenn man diesen Antrag noch stellen müsste, würden wir entsprechend Antrag stellen, dass wir dem Antrag des Stadtrates zum Gegenvorschlag zustimmen.

U. Glättli (GLP): Danke, Regula Keller, für diese einfühlsame und korrekte Vorstellung dieses Geschäftes.

Das Obertorareal gehört zum Herzen der Altstadt und die Altstadt ist ein Sinnbild unserer Stadt. Eine lebendige Stadt ist den Grünliberalen ganz wichtig. Wir müssen unserer Altstadt Sorge tragen. Das Obertor und seine Umgebung sind geprägt durch seine vielfältige und kleinstrukturierte Nutzung. Es ist ein Ort, wo gelebt, gestaltet, gearbeitet, konsumiert und gewohnt wird. Es ist ein Ort, den wir gerne haben.

Die von einem gemischten Komitee eingereichte Volksinitiative "Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten" wurde von einer beachtlichen Zahl von Stimmberechtigten unterstützt. Sie verlangt v.a. eine gemeinnützige, gemischte Nutzung und fordert, dass mindestens die Hälfte der Geschossflächen nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet wird. Der Stadtrat hat dieser Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Etwas genauer betrachtet, handelt es sich bloss um einen indirekten Gegenvorschlag, weil er nichts beinhaltet, was überhaupt dem Gemeinderat vorgelegt werden müsste; er sieht weder ein Baurecht noch ein Gestaltungsplan noch eine eindeutig bezifferbare Ausgabe vor, die dem Rat vorgelegt werden müsste. Es ist ein Freipass zur Umsetzung seiner eigenen Ideen.

Er hat aber auch eine positive Seite: Dem Gegenvorschlag des Stadtrates liegt nämlich ein grösseres Areal zugrunde, das um die Fortuna-Liegenschaften erweiterte Areal im Perimeter

der sogenannten Testplanung "ObertorPlus". Damit schafft er es, das Hauptanliegen der Initiative zu verwässern: Nicht mehr "mindestens die Hälfte", sondern (wenn man es genau liest) bloss noch rund 15% der Geschossflächen seines Perimeters sollen nach Kostenmiete vermietet werden. Die Initianten dürften so an ihrer Initiative festhalten.

Die Grünliberalen haben versucht, die positiven Ansätze der Volksinitiative und des stadträtlichen Gegenvorschlag in einem eigenen Gegenvorschlag zu vereinen. Sie haben das Gespräch gesucht mit dem Initiativkomitee. Im Folgenden ist der nun vorliegende Gegenvorschlag entstanden. Er bezieht sich auf den grossen Perimeter des Stadtrates. Er ist dann in der Vorberatung - leicht angepasst - zum Antrag der Aufsichtskommission erwachsen. Damit wird mindestens ein Drittel der gesamten Geschossflächen nach dem Prinzip der Kostenmiete garantiert und zwar, wie schon gesagt, beidseitig auf das ganze Areal verteilt. Für die Nutzungen wird eine klare Priorisierung aufgestellt: Im Vordergrund steht eine gewerbliche oder kulturell-ideelle Vermietung. Im Weiteren sind Nutzflächen ausdrücklich für Start-ups vorzusehen. Subsidiär sind auch Wohnnutzungen zu ermöglichen. Der Gegenvorschlag der Aufsichtskommission verlangt auch, dass auf bestehende Nutzungen benachbarter Areale Rücksicht genommen wird. Aus der Begründung zu diesem Gegenvorschlag geht hervor, was damit gemeint ist: Beispielsweise eine Markthalle für verschiedene Angebote an Frischprodukten wie eine Ausdehnung des inzwischen etablierten Obertor-Marktes. Ja, geschätzte Anwesende: Wollen wir nun wirklich ein lebendiges Obertor oder eben nicht? Lesen Sie bitte die aktuellste Ausgabe des "Coucou"-Kulturmagazins über den "Spaziergang auf dem Wochenmarkt". Ich kann Ihnen diesen Artikel durchaus empfehlen. Das dort wunderschön gezeichnete Stimmungsbild ist das, was am Obertor auch weiterhin ermöglicht und gestärkt werden soll. Der Gegenvorschlag der Aufsichtskommission ist so breit abgestützt, dass er heute eine Mehrheit finden sollte und die Volksinitiative zurückgezogen werden könnte. So gewinnen wir gemeinsam und kommen v.a. sehr rasch einen grossen Schritt weiter ins Ziel. Mit dem im Gegenvorschlag der Aufsichtskommission verlangten Gestaltungsplan wird der Gegenvorschlag umgesetzt. Die Volksinitiative ist eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung (die, die da eingereicht wurde). Ein Gegenvorschlag bedarf zwingend derselben Form, also auch einer allgemeinen Anregung. Deshalb ist der Gegenvorschlag auch ein bisschen allgemeiner formuliert als sonstige, konkret-ausformulierte Anträge.

Der Gestaltungsplan bietet v.a. den Vorteil, dass das Parlament bei der kommenden Umsetzung nochmals draufschauen darf. Sonst haben wir dann plötzlich wieder eine - eben unerwünschte - Hotelnutzungen, z.B. in einer ins Areal gestellten allfälligen Schuhschachtel. Der Gestaltungsplan wird die an diesem sensiblen Ort auf dem Spiel stehenden, öffentlichen Interessen und die Nutzweise und Zweckbestimmung der Bauten bindend festlegen können. Das macht Sinn und entspricht gelebter Demokratie!

Die Grünliberalen sind erfreut, dass der von ihr und dem Initiativkomitee gemeinsam getragene Gegenvorschlag auch in der AK auf Zustimmung gestossen ist. Wir freuen uns besonders auch heute, wenn nun diesem Gegenvorschlag im Rat zugestimmt wird.

Die Initiative lehnen wir ab.

Th. Wolf (SVP): Wir haben nun schon viel von Ansprüchen und Wünschen gehört zur Gestaltung dieses Obertor-Areals. Es gibt ja auch eine Übereinstimmung in verschiedenen Punkten, z.B. eben die gemischte Nutzung und dass das Grundstück im Besitz der Stadt bleibt. Für uns ist eben wichtig, dass an dieser einmaligen Lage auch etwas Gutes gebaut wird. Wir sind dagegen, dass man auch hier wieder eine gemeinnützige Nutzung anstreben will. Wir brauchen in Winterthur auch Wohnungen in einem oberen Segment, womit wir auch Gutverdienende in unsere Stadt holen können. Und Gutverdienende sind ja auch wieder gute Steuerzahler, von denen wir ja leider zu wenig haben. Wenn wir nur noch gemeinnützig bauen (so ein Geschäft kommt ja nachher noch), dann werden sich auch die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sicher nicht verbessern.

Und es ist für uns auch nicht nötig, in der jetzigen Planungsphase schon so viele Einschränkungen und Auflagen zu machen. Und es ist auch nicht unser Job, privaten Investoren vorzuschreiben, wie sie ihr Geld investieren sollen. Wenn sich eine Trägerschaft findet für ein Hotel

oder ein Hamam findet – bitte, macht doch. Wir wollen ja alle eine belebte Altstadt. Die aktuellen Leerstände weisen aber darauf hin, dass diese nicht mehr so attraktiv ist, wie wir meinen. Es verschwinden Parkplätze, es gibt in Zukunft erschwerte Anlieferung für das Gewerbe in der Stadthausstrasse, ein innovativer Wirt darf seine Tische nicht hinstellen – es sieht aus, als ob nur verhindert wird. Und deshalb ist es für uns wichtig, dass gerade dort oben auch einmal aktiv etwas gemacht wird. Ein guter Mix von Geschäften, von Mietern und der öffentlichen Nutzung im Innenhof ist anzustreben. Und damit man offen planen kann, unterstützt die SVP-Fraktion den Vorschlag des Stadtrates. Und ich bitte Euch, da mitzumachen.

I. Kuster (CVP/EDU): Der Abstimmungskampf für das neue Polizeigebäude liegt noch nicht so lange zurück. Regula hat es erwähnt, es war November 2016. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Leute – auch da im Rat – sich gegen das Projekt Polizeigebäude engagiert haben mit dem Argument, wir könnten uns das nicht leisten. Damals wurde in der Abstimmungszeitung darauf hingewiesen, dass die Einnahmen aus den freierwerdenden Liegenschaften am Obertor und an der Badgasse die Stadtkasse entlasten werden. Damit dieses Versprechen eingehalten werden kann, braucht der Stadtrat möglichst viel Verhandlungs- und Spielraum. Das ist mit dem Gegenvorschlag der AK leider nicht der Fall. Die Lösung, ein öffentlicher Gestaltungsplan, ist komplizierter und lässt wenig Handlungsspielraum offen, wenn sich die Bedürfnisse der potenziellen Nutzer einmal ändern sollten. Übrigens: Auch Start-ups haben flexible Raum- und Platzbedürfnisse und sie brauchen kein fixes Korsett.

In Anbetracht der politischen Verhältnisse ist die Chance gross, dass heute der Gegenvorschlag der AK durchkommt, dank der Unterstützung der linken Partei und auch von der grünliberalen Partei, bei der man wieder einmal nicht weiss, was sie unter «liberal» versteht. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist bereits in der neuen Zusammensetzung, nach den Wahlen 2018, verabschiedet worden. Anscheinend fehlt der SP und der grünen Partei das Vertrauen in die eigenen Stadträte. Oder haben diese Parteien damals schon vom für mich unerwarteten Rücktritt von Yvonne Beutler gewusst und befürchten sie sogar einen Wechsel? Wir von der CVP/EDU-Fraktion wollen, dass dieses Areal einer breiten Bevölkerung und Öffentlichkeit offensteht. Aber das heisst für uns wirklich alle. Das heisst, alle verschiedenen Bedürfnisse und Ausrichtungen, die in dieser Stadt wohnen und Steuern zahlen. Das betrifft sowohl den Wohnungs- wie auch den Gewerberaum. Es soll sowohl Platz haben für ein Fast-food-Lokal, aber auch für ein Gourmet-Restaurant. Im Guide Michelin haben wir nämlich diesbezüglich einen grossen Aufholbedarf. Und v.a. wollen auch wir ein für alle attraktives Laden- und Gewerbeangebot oder – wie es Thomas gesagt hat – einen attraktiven Mix. Und wir wollen keine leerstehenden, ungenutzten Lokale, weil man an den Bedürfnissen vorbeigeplant hat. Wir wollen eine Nutzung, die langfristig auch finanziell aufgeht, denn das haben wir in der Vorlage des Polizeigebäudes dem Volk versprochen.

Die CVP/EDU will, dass Versprechen gegenüber dem Volk eingehalten werden. Wir unterstützen aus den genannten Gründen den Vorschlag des Stadtrates und lehnen sowohl die Initiative wie auch den Antrag der AK ab.

B. Huizinga (EVP): Die EVP unterstützt den Gegenvorschlag der Aufsichtskommission, weil er ein gelungener Kompromiss zwischen der Volksinitiative und dem stadträtlichen Antrag ist. Während der 4 Lesungen in der Kommission hat sich unser Eindruck erhärtet, dass der Stadtrat bei der Annahme seines Vorschlages an diesem Standort v.a. Wohnungen im hohen Preissegment erstellen will. Das ist absolut nicht unser Ziel. Und zudem ist der stadträtliche Antrag viel zu weit formuliert. Die Volkinitiative hingegen schießt in der anderen Richtung über ein vernünftiges Ziel hinaus und ist zu knapp gehalten im Gestaltungsspielraum. Mit dem von Urs Glättli formulierten Antrag wird in der Begründung festgehalten ein Vorschlag vor, welcher die positiven Punkte von beiden Ansätzen konstruktiv vereint.

R. Keller (SP): Ich sage gerne noch etwas zur SP-Position. Das Obertor-Neustadt-Viertel ist eine eigentliche Oase mitten in der Altstadt und ich glaube, es macht Sinn, dass man dem Sorge trägt. Mit dem Freiwerden des Polizeigebäudes und den Nebengebäuden gibt es für Winterthur da eine einmalige Chance, da einen städtebaulichen Akzent zu setzen. Und es

gibt, das wurde glaube ich schon gesagt, schweizweit nicht viele grössere Städte, die eine solche Chance haben, sich bei einem so grossen Areal zu überlegen, was man dort macht und das auch neu zu nutzen.

SP, Grüne, AL, Mieterverband und IG Obertor haben mit ihrer Initiative den Grundstein dafür gelegt, dass auf diesem Areal etwas entstehen kann, das ein grosser Gewinn ist eigentlich für alle in der Stadt Winterthur (oder für einen grossen Teil der Bevölkerung). Wir haben uns bei der Initiative dagegen gewehrt, dass man vorschnell entscheidet, was an diesem Ort passieren soll. Und insbesondere, das hat Barbara Huizinga gerade gesagt, haben wir uns dagegen gewehrt, dass man dort auf diesem Areal eigentlich lauter hochpreisige Wohnungen oder auch irgendwelche Hotels im Hochpreissegment ansiedeln will. Das Areal ist zu wertvoll, als dass man so schnell einfach irgendetwas entscheidet.

Aus der Sicht der SP ist und bleibt zentral, dass das Areal nicht verkauft wird (und das war auch nicht immer ganz so klar, dass das niemand will); dass die Stadt und wir als Gemeinderat weiterhin involviert sind in der Entscheidung, wie dieses Areal genutzt werden soll; dass für einen Teil des Areals zumindest Kostenmiete gilt; und dass das Areal gemischt genutzt wird; dass das Areal sorgfältig und langsam entwickelt wird und auch ein bisschen Platz lässt für Provisorisches. Anders als die FDP sind wir der Meinung, dass man nicht unbedingt sehr pressieren muss, man kann das Areal auch langsam und Schritt für Schritt entwickeln. Und nicht zuletzt ist es uns ganz wichtig, dass ausreichend Platz bleibt für einen attraktiven Begegnungsort mitten in der Altstadt, im Hinterhof des Polizeigebäudes.

Der Mehrheitsvorschlag der AK entspricht eigentlich den Anforderungen, die wir hatten, auch mit der Initiative, und scheint uns auch ein guter Kompromiss, der nochmals ein bisschen klarer sagt, wie wir diese Nutzung möchten. Und aus diesem Grund wird die SP-Fraktion dem Gegenvorschlag zustimmen.

K. Gander (Grüne/AL): Ja, wie soll das freiwerdende Polizeiareal in 10 Jahren aussehen? Durchmischt, lebendig, offen – wir haben es schon gehört. Die bestehenden Gebäude sind teilweise aufgefrischt oder um- oder zwischengenutzt. Auf dem ganzen Areal gibt es Ateliers, Werkstätten, Büros, Start-ups, ein kleines Café und auch ein Kinderhort hat sich eingemietet. Es wird generationenübergreifend gewohnt. Der lauschige Innenhof wird von Mietern, Nachbarn und Besuchern vielseitig genutzt und geschätzt. Er dient einerseits als Begegnungsort, andererseits aber auch als Ruheoase mitten in der hektischen Stadt. Bei Regenwetter kann man sich in der Wärme des Hamams entspannen und sich anschliessend in einem georgischen Take-away verpflegen. Genau das, dieser Traum von dieser lebendigen Stadt, von diesem Stück mitten in der Altstadt, kann in Erfüllung gehen. Genau deshalb haben wir vor einem Jahr die Initiative Obertor eingereicht.

Nach den vagen Antworten des Stadtrates stand für uns fest, dass wir nicht Boutique-Hotels oder Wohnungen im Luxus-Segment wollen, sondern dass es eine Intervention braucht, wenn auf dem Obertor ein neues, lebendiges Stück Stadt entstehen soll. Und aus diesem Grund haben wir diese Initiative lanciert, die die zentralen Forderungen (wir haben es schon gehört) aufgenommen hat: Das Areal muss im städtischen Eigentum bleiben, es soll gemischt genutzt werden, es soll dem Prinzip der Gemeinnützigkeit verpflichtet sein, mindestens die Hälfte der Geschossflächen soll nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet werden. Mit diesen sehr offenen Rahmenbedingungen, die auch so konstruiert waren, damit wir überhaupt Initiativefähigkeit gewährleisten konnten, soll am Rand der Altstadt ein neuer Leuchtturm für Winterthur entstehen. Die Unterstützung für dieses Anliegen in der Winterthurer Bevölkerung, wir haben es bereits gehört, war überwältigend. Innert kürzester Zeit haben wir doppelt so viele Unterschriften wie nötig gesammelt.

Deshalb halten wir als Fraktion Grüne/AL eigentlich auch noch an der Initiative fest, werden aber, wenn das keine Zustimmung bekommt, dann dem Gegenvorschlag auch zustimmen. Der darauf folgende stadträtliche Gegenvorschlag war dann ein bisschen weniger überwältigend als die Zustimmung der Bevölkerung. Er nahm zwar wichtige Anliegen auf (kein Verkauf, gemischte Nutzung), geht uns aber in zentralen Punkten viel zu wenig weit. So wird der Anteil der Kostenmiete, Urs Glättli hat das schon ausgeführt, verschwindend klein. Er wird

verwässert aufgrund des erweiterten Perimeters. Deshalb war es klar, dass wir diesem Vorschlag nicht zustimmen können.

Das Initiativkomitee und auch die Fraktion Grüne/AL haben im Rahmen der parlamentarischen Diskussion Hand geboten und sich auf Sondierungsgespräche für den dritten, ebenfalls heute vorliegenden Vorschlag eingelassen, weil er doch zentrale Anliegen aufnimmt. Auch diese Variante garantiert, dass das Land nicht verkauft wird, dass eine gemischte Nutzung möglich ist und dass dank dem erweiterten Perimeter sogar noch mehr Fläche in Kostentmiete vermietet werden kann. Auch die Entwicklung aus dem Bestand und die kleine Eingriffstiefe, so analog vom Lagerplatz, findet Eingang in den Überlegungen. Zudem soll mittels einem Gestaltungsplan auch die Qualität vom öffentlichen Freiraum gesichert werden. Was wir noch vermissen, ist die Verpflichtung zum Prinzip der Gemeinnützigkeit, die auch profitfreie Nutzungen ermöglicht hätte, was die Vielfalt noch breiter gemacht hätte.

Die Fraktion Grüne/AL begrüsst und verdankt die Gesprächsbereitschaft der anderen Parteien bei der Erarbeitung dieses mehrheitsfähigen Kompromisses und wird, wie ich bereits angedeutet habe, falls die Initiative abgelehnt wird diesen dritten Vorschlag unterstützen.

U. Hofer (FDP): Ich glaube, es ist wichtig, nochmals zu betonen: Das Areal ist eine Riesenchance, da bin ich mit allen einig, die gesprochen haben. Wir sind uns wohl die meisten einig: Wir wollen ein attraktives Areal, wir wollen ein durchgängig begehbares Areal, wir wollen eine Durchmischung, wir wollten immer schon, dass dieses Areal im Eigentum der Stadt bleibt. Das haben nicht die Initianten erfunden, das tragen wir auch mit, das hat der Stadtrat schon mitgetragen. Da sind wir uns alle einig.

Wo wir uns vielleicht unterscheiden: Muss es zwingend kostengünstig sein? Muss es in diesem Anteil kostengünstig sein?

Aber dieser Teil, den wir auch immer diskutiert haben, liegt jetzt mit dem Gegenvorschlag des Stadtrates auf dem Tisch. Er entspricht unserem Ziel, wir können hinter diesem stehen.

Ich glaube, die eigentliche Frage ist: Mit dem Gestaltungsplan und den Wischi-Waschi-Formulierungen, die wir da im Gegenvorschlag haben - nützen wir diesem Ziel oder schaden wir ihm? Und ich glaube, wir schaden ihm, und wir schaden ihm stark. Gerade dann gehen wir in langwierige Prozesse, in politische Prozesse, Einschränkungen vom Handlungsraum, die alle – auch die, die Ihr gut finden würdet – nachher eine Mehrheit im Gestaltungsplan finden müssen. Und Ihr wärt die Totengräber dieser Idee, die Ihr selber forciert habt. Ich warne stark davor und bitte Euch da, den sinnvollen Gegenvorschlag des Stadtrates, der Eure Anliegen doch auch ein bisschen aufnimmt, anzunehmen.

Stadtpäsident M. Künzle: Ich denke, es ist unbestritten, dass unsere Altstadt das Herz dieser Stadt ist, und dass wir mit dem Obertor, das frei wird, eine riesige Chance haben, ein so grosses Areal dann in die Zukunft bringen zu können, die in diese Altstadt hineinpasst. Und ich kann Dir attestieren, auch Seitens des Stadtrates, dass dieses Herzblut sicher auch bei den Initianten vorhanden war, als es darum ging, sich zu überlegen, was kann man für dieses Obertor machen, wie muss man es in eine bestimmte Richtung steuern.

Ich möchte aber betonen, und das zeigt ja auch diese Debatte heute, es zeigt es die Diskussion in der AK, auch die Diskussionen mit den Initianten: Wir sind nicht meilenweit auseinander. Ich möchte auch nochmals betonen: Dass es im städtischen Eigentum bleibt, war die Absicht des Stadtrates. Wir haben gesagt, das bleibt bei uns – das war nicht die Idee der Initianten, originär, sondern das haben wir schon festgehalten. Das kann auch eine gemischte Nutzung sein, auch das haben wir angestrebt. Und wir haben schon 2012/13 eine Testplanung gemacht, bei der man gewisse Ideen zusammengetragen hat. Dann war die Hotelnutzung ein Thema, weil man sagte, im Zusammenhang mit dem Hamam müsste man es mit einer Hotelnutzung verbinden. Und dann haben wir diese Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um uns einmal zu zeigen (nachdem die POM-Abstimmung war), ob das etwas bringt und ob das eine gute Idee ist. Und während dieser Machbarkeitsstudie kam dann die Initiative. Die Machbarkeitsstudie hat aufgezeigt: Jawohl, das mit der Hotelnutzung ist nicht so das Gelbe vom Ei. Dann war für uns klar, dass wir weiterschauen, wie man das nutzen kann.

Und da, denke ich, hätte man ein bisschen mehr Vertrauen in den Stadtrat haben dürfen. Auch wir haben Herzblut für dieses Areal. Auch wir wollen unterschiedliche Nutzung dort. Und nicht einfach behaupten, es sei dem Stadtrat völlig egal, wie es mit dem ganzen Gelände dort weitergeht.

Wir haben von uns aus dann den Perimeter noch grösser gemacht in den Diskussionen. Ich muss aber sagen, mit dem grösseren Perimeter wird es auch komplexer, das muss man festhalten, das muss man gesagt haben. Und letztendlich ist es auch ein Übergriff vom Grossen Gemeinderat auf die Fortuna-Liegenschaften, oder von unserer Seite her eine Grosszügigkeit (man könnte es auch so formulieren), denn für die Fortuna-Liegenschaften sind wir verantwortlich, der Stadtrat. Wenn man den Perimeter öffnet, haben wir eigentlich eine Bereitschaft gezeigt: Okay, sind wir einverstanden, dass dort halt mit einem grösseren Perimeter gearbeitet wird.

Kostenmiete: Wer meint, mit der Kostenmiete könne man günstigen Wohnraum machen auf diesem Areal, der liegt völlig falsch. Wir gehen von hohen Anlagekosten aus, es wird kein günstiges Wohnen geben auf diesem Areal. Und von daher ist die Idee mit der Kostenmiete wenig überzeugend.

Start-ups: Die Idee ist jetzt in dieser Formulierung drin, die die GLP gebracht hat. Es ist fraglich, ob man in dieser Tiefe schon Nutzungen festhalten soll zum jetzigen Zeitpunkt. Und das war ein bisschen unser Problem im Stadtrat. Wir machten einen Gegenvorschlag, in dem eindeutig noch einiges schwammig drin ist. Aber das ist logisch zum jetzigen Zeitpunkt in diesem ganzen Prozess, da kann und soll man auch nicht bereits schon den Handlungsspielraum so einschränken, dass man sich nicht mehr bewegen kann in der Entwicklung dieses Areals.

Wenn denn einmal die Fachleute drüber gehen, Fachleute, die ausgebildet sind darin, wie man mit diesem Areal umgeht (die haben ja gar noch nicht richtig zu arbeiten begonnen!) - und dann bringt man bereits übergeordnete politische Zielsetzungen, was schwierig ist in der Diskussion. Also ob Start-ups dort an diesem Ort eine gute Idee sind... Ich denke, wir haben mit dem Technopark einen vorzüglichen Ort auf dem Sulzerareal und man kann auch auf dem Sulzerareal diesbezüglich noch mehr machen.

Dass die Wohnnutzung subsidiär sein soll, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Wenn man eine gemischte Nutzung will, dann muss es Gewerbe haben, es muss Ateliers haben, es muss aber auch Wohnungen haben auf diesem Areal. Ob jetzt Familienwohnungen das Sinnvollste sind in der Altstadt, das lasse ich offen. Das kann man in Frage stellen, ob die Altstadt für Familien wirklich der geeignetste Ort ist.

Mit all diesen Punkten, die mit dieser Initiative vorgebracht wurden, aber auch mit dem Vorschlag der GLP, schränkt man die Nutzung aus unserer Sicht sehr stark ein.

Und letztendlich, und das ist der Hauptpunkt der Kritik seitens des Stadtrates gegenüber dem AK-Vorschlag jetzt, dem GLP-Vorschlag: Ein öffentlicher Gestaltungsplan ist völlig fremd an diesem Ort im Prozess. Mit einem öffentlichen Gestaltungsplan meint man etwas anderes. Da wird nachher auch noch die Bauvorsteherin etwas dazu sagen. Da missbraucht man aus unserer Sicht ein Instrument nur dafür, dass man die Kompetenz für dieses Areal in die Kompetenz des Grossen Gemeinderats zieht. Ein Instrument, das in einer Kernzone schlicht nicht angewendet wird. Nirgends! Nur bei uns, damit der Gemeinderat die Kompetenz übernehmen kann. Und das ist das, wovon wir stark warnen und das uns bei diesem ganzen Gegenvorschlag wirklich nicht passt.

Wenn man das noch ein bisschen weiter anschaut, geben wir diesem Entscheid, den Gegenvorschlag der GLP, den Antrag der AK, zu unterstützen, dem Kanton letztendlich die letzte Kompetenz. Denn öffentliche Gestaltungspläne müssen dem Kanton vorgelegt werden. Der Kanton genehmigt sie. Wir geben eigentlich ein Areal, bei dem wir sagen, was dort läuft, in die Hände des Kantons. Wenn Ihr das wollt, dann müsst Ihr das unterstützen. Ich bin der Meinung, wir sollten selbstbewusst genug und auch fähig sein, bei einem solchen Areal selber zu entscheiden, was dort gemacht werden soll und was nicht.

Wenn man in diesem Stadium jetzt die Nutzung schon so klar festhält, wie es jetzt im Gegenvorschlag der GLP drin ist, hält man eigentlich auch künftige Investoren ab, es ist unattraktiv für künftige Investoren, weil der ganze Entwicklungsspielraum, an dem eben die Fachleute

arbeiten können sollten, enorm stark eingengt wird. Und mit einem öffentlichen Gestaltungsplan nimmt man auch die ganze Flexibilität weg, die es eben braucht bei der Entwicklung von einem solchen Areal.

Wenn ich noch zu den Wortmeldungen der Parteien komme:

Ich danke Regula für die sehr gute Vorstellung dieses Geschäfts.

Und selbstverständlich danke ich allen Parteien und allen Fraktionen, die unseren Antrag unterstützen, mit den aus meiner Sicht richtigen Argumenten.

Es wurde gesagt, man wolle für eine lebendige Stadt eintreten. - Ja, das wollen wir auch.

Es soll nicht ein Freipass sein für unsere eigenen Ideen. - Ja, wir haben den Auftrag des Volkes und wir haben den Auftrag aus der Kompetenzordnung heraus, dass wir für solche Nutzungen, für solche Areale zuständig sind. Wir als Stadtrat! Und ich denke, dass wir auch in früheren Fällen diese Verantwortung wahrnehmen konnten und da gute Lösungen gefunden haben. Und wir können uns auch in einem solchen Prozess bewegen, wie wir gesehen haben nach der Machbarkeitsstudie, als wir sagten: Nein, dann ist Hotel nicht die richtige Lösung.

Eine Oase soll es sein, man solle Sorge tragen: - Jawohl, das ist auch unser Bestreben.

Und man kann einen städtebaulichen Akzent setzen, wie die SP gesagt hat. Auch da bin ich einverstanden.

Man habe mit der Initiative verhindern wollen, dass man vorschnell entscheidet. - Wir hatten noch überhaupt nichts entschieden, sondern hatten die Machbarkeitsstudie am Laufen, die uns eben aufzeigen konnte, ob eine Idee funktioniert oder nicht.

Zu den anderen Voten sage ich nichts.

Ich möchte es nochmals festhalten: Der grösste Punkt, der uns jetzt wirklich stört, ist, dass man ein falsches Instrument braucht, dass man eigentlich übergriffig wird, in eine Kompetenz eingreift, die eigentlich der Stadtrat hat. Er hätte das mit seinen Verwaltungsleuten durchaus auch ohne einen formellen Einbezug des Parlaments lösen können. Dass man die Bevölkerung miteinbezieht, das haben wir schon bewiesen bei der Testplanung. Wir haben dort schon die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt einbezogen.

Ich denke, da nimmt man ein Instrument, das nicht für das gedacht ist. Und das ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung.

Jetzt darf ich gerne Christa Meier das Wort weitergeben, wenn das die Frau Präsidentin erlaubt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben zwar bereits überzogen. Wir hätten um Viertel nach aufhören sollen, damit wir unser Spezialgeschäft in der Pause noch machen können mit der Geschäftsordnung.

Aber Christa Meier möchte noch ihr Votum halten.

Stadträtin Ch. Meier: Genau. Es geht wirklich einfach nochmals darum: Wann macht ein Gestaltungsplan Sinn, wann macht er keinen Sinn? Was ist ein Gestaltungsplan?

Wir haben vorhin ein sehr gutes Beispiel gesehen, zwar von einem privaten Gestaltungsplan. Hier geht es jetzt um einen öffentlichen. Ein öffentlicher Gestaltungsplan ist tatsächlich ein gutes Planungsinstrument, nämlich dann, wenn es darum geht, über die Regelbauweise hinauszugehen, wenn es darum geht, eine besonders gute architektonische Lösung zu sichern. Es ist eigentlich das, was ich beim vorherigen Traktandum bereits gesagt habe.

Bei einem Gestaltungsplan ist es wie gesagt möglich, eine höhere Dichte zu erzielen, in der Höhe weiter hinaufzugehen. Es ist möglich, Grenzabstände zu unterschreiten, die sonst vorgegeben sind. Es geht um ein Aushandeln dieser Möglichkeiten bei einem Gestaltungsplan. Es ist ein raumplanerisches Instrument. Und ein Gestaltungsplan gibt dem Parlament auch im Raumplanischen diese Mitsprachemöglichkeit.

Im Obertor sind wir in einem Areal in der Kernzone. In der Kernzone Altstadt sind eigentlich alle diese Möglichkeiten, die man erreichen möchte mit diesem Gestaltungsplan, bereits möglich. Wohnen, Gewerbe, Schule, Hotel, Restaurant, Freizeit, Kultur - alles ist zulässig mit den bereits gültigen Vorgaben. Dafür brauchen wir keinen Gestaltungsplan. Wenn wir diese Möglichkeiten sichern wollen, dann müssen wir nicht ein solch unglaublich kompliziertes Instrument herbeiziehen, bei dem wir zuerst einmal alle anderen Grundeigentümerinnen und

Grundeigentümer mit ins Boot holen müssen (die müssen nämlich mitziehen bei einem Gestaltungsplan) und nachher auch noch den Kanton überzeugen müssen. Es ist ein Instrument, das uns unter Umständen total ausbremsen wird. Und das, wenn wir Pech haben, auch abgelehnt werden kann.

Ein Gestaltungsplan im Fall vom Obertor ist nicht nur die falsche Dosierung, sondern es ist das komplett falsche Medikament.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich habe es angetönt. Wir machen jetzt Pause und stimmen nach der Pause ab, damit wir pünktlich um 18.45 Uhr hier anfangen können mit der GO-Revision-Einführung.

Die Sitzung läuft nachher wieder ganz normal weiter.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüße zur 27. Sitzung, meiner letzten, abgesehen von der Konstituierungssitzung.

Wir sind noch mitten in einem Geschäft, bzw. nahe am Schluss.

Wir führen die Abstimmung durch zum Geschäft «Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten»

Das Abstimmungsprozedere ist folgendermassen: Wir bereinigen zuerst Ziffer 3, indem wir den AK-Antrag dem Stadtratsantrag gegenüberstimmen. Und dann stimmen wir eine Ziffer nach der anderen ab, wobei wir 2 und 3 auszählen müssen. Über Ziffer 1 und 4 stimmen wir einfach ab.

Wir stimmen zur Ziffer 3 ab.

Wer dem Antrag der Aufsichtskommission zustimmen möchte, möge das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das bezeugen mit Handerheben. Enthaltungen?

Der Aufsichtskommissionsantrag ist mit 30:23 Stimmen angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Antrag 1 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine eindeutige Mehrheit.

Wer dem Antrag 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit ist die Ziffer 2 mit 32:21 Stimmen angenommen worden.

Wer dem bereinigten Antrag 3 (Antrag der Aufsichtskommission, auf dem gelben Blatt) zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit ist die bereinigte Ziffer mit 30:23 Stimmen angenommen worden.

Ziffer 4, Rückzug der Volksinitiative und keine Volksabstimmung.

Wer diesem Punkt zustimmen will, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist wieder eine klare Mehrheit.

Damit haben wir dieses Geschäft abgeschlossen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2019.9: Gewährung eines grundpfandgesicherten Darlehens von Fr. 812'200 an die Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen (GESEWO) für die Erstellung von subventionierten Wohnungen in der Siedlung Lokstadt, Haus Krokodil, Projekt «EinViertel»

Ratspräsidentin A. Steiner: Gewährung eines grundpfandgesicherten Darlehens. Katharina Gander und Dominik Siegmann treten in den Ausstand. Vorgestellt wird das Geschäft von Roland Kappeler.

R. Kappeler (AK): Es geht um eine Hypothek, die die Stadt gewährt an die GESEWO im Betrag von rund 812'000 Fr. Es geht um das Lokwerk, das Krokodil ist das ganz grosse Gebäude, es geht um den orangen Teil.

Ausgangslage: Die Darlehensgeschäfte sind bekannte Geschäfte, sie laufen standardisiert ab. Es ist so, nach dem Wohnbauförderungsgesetz ist das ein wichtiges Instrument der Gemeinden. Das Ganze wird unterstützt durch den Kanton. Der Kantonsbeitrag kommt aber nur, wenn die Gemeinde mindestens so viel wie der Kanton an Darlehen selber auch gibt. Es ist für die Gemeinden durchaus eine attraktive Situation, dass der Kanton da mitfinanziert, wenn wir quasi vorangehen.

Es ist nicht nur ein bewährtes Geschäft. Wir haben das letzte Mal, 2016, zwei Mal für die GAIWO (einen Neubau und eine Privatsanierung) Darlehen gewährt und wir haben letztes Mal 2011 (da war ich noch nicht dabei) der GESEWO 3 Mio. Hypothek gegeben für das Projekt Giesserei. Jetzt geht es eben um die Lokstadt. Ich weiss nicht, ob sie extra wegen uns auf dieser Seite zu Bauen begonnen haben, damit diese am meisten fortgeschritten ist und wir sehen, was wir mitfinanzieren – das ist der Teil, den ich vorhin gezeigt habe. Das ganze Projekt der GESEWO umfasst 71 Wohnungen, hat ca. 47 Mio. Bausumme. Subventionsberechtigt nach Wohnbauförderungsgesetz sind insgesamt 10 Wohnungen. Und nach einem fixen Schlüssel, den der Kanton ebenso vorgibt, kann man ausrechnen, wie viel Darlehenssumme es gibt, und das sind die rund 812'000 Fr. Der Beitrag von uns ist der Zinsverzicht, indem das Darlehen unverzinslich ist. Das ist der Standardablauf.

Das Darlehen wird zurückbezahlt vom 7.-14. Jahr. Die ersten 6 Jahre keine Rückzahlung, nachher mit 5% und vom 15.-20. Jahr 10%. Man kann ausrechnen, dass man dann bei Null ist und das Darlehen zurückbezahlt ist.

Das Ziel an diesem Standort insbesondere ist ganz klar eine soziale Durchmischung. Das war immer auch ein zentrales Anliegen, als wir den Gestaltungsplan bewilligt haben, dass eine soziale Durchmischung stattfindet. Es ist in anderen Projekten vielleicht noch ein bisschen offensichtlicher, dass man ausdrücklich sogar Sozialhilfeempfänger, Ergänzungsleistungsempfängerinnen usw. auch subventionieren möchte – da ist es noch nicht ganz klar, wer denn da einzieht. Aber selbstverständlich müssen sie die Bedingungen der Gemeinnützigkeit dieser Genossenschaften erfüllen, es ist also klar, dass das einkommensschwache Mieter sein werden. Wenn es Sozialhilfe- oder Ergänzungsleistungsbezüger sind, dann profitiert die Stadt 1:1 wieder davon, weil sie nachher dort weniger Leistungen bezahlen muss, wenn die Wohnungen subventioniert sind. Wenn sie es nicht sind, haben wir doch das Ziel der sozialen Durchmischung erreicht.

Die konkreten Details, wie sie da sind in der Weisung: 47 Mio. das Gesamtprojekt, es ist das erste Gebäude überhaupt, das dort gebaut wird. Die 812'000 Fr. Darlehen, 10 subventionierte Wohnungen (das sind 6 2,5-Zimmer-, 1 3,5-Zimmer-, 2 4,5-Zimmer- und 1 5,5-Zimmer-Wohnung). Nach Auskunft der GESEWO, die wir in der AK bekommen haben, ist die Hälfte von diesen Wohnungen bereits mit Bauverträgen vergeben. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist also absolut da. Sie sehen es auch in der Weisung, die billigste 2,5-Zimmer-Wohnung ist 1078 Fr. Miete netto, die grösste 5,5-Zimmer-Wohnung 1744 Fr. Die Subventionierung macht 270 – 300 Fr. aus.

Interessant ist, was uns das als Stadt insgesamt kostet und was es uns bringt insgesamt. Wir haben 20 Jahre Zinskosten, wobei man sagen muss, dass der Zins in der Weisung relativ grosszügig berechnet ist. Die Stadt kann im Moment günstig Gelder aufnehmen. Das ist wirklich eine Obergrenze und das sind gerade mal 6'000 Fr. pro Jahr, das uns das kostet. Für die Subventionsempfänger, für die Mieter, hat das in 20 Jahren direkt ca. 350'000 Fr. Einwirkung. Das ist keine Zauberei, sondern das kommt davon, dass unser Betrag quasi verdoppelt wird, weil der Kanton noch gleich viel gibt. Es wird insgesamt sogar noch grösser als nur das 2 x. Es ist ganz klar für beide Seiten ein gutes Geschäft.

Fazit: Sämtliche Fragen, die wir in der AK hatten, wurden uns beantwortet. Der Präsident der GESEWO, Herr Schatzmann, und die Geschäftsführerin Katharina Gander waren bei uns und haben kompetent Rede und Auskunft gegeben. Bilanzmässig muss man sagen: Wir haben schon sehr grosse Darlehen gewährt. Heute ist der Stand ca. bei 8 Mio. Die zwei ganz grossen Darlehensnehmer sind GAIWO und GESEWO. Es ist eine win-win-Situation, weil wir mit relativ wenig Kosten hohe Effekte auslösen und allenfalls direkt wieder profitieren können durch tiefere Sozialhilfekosten.

Folgerichtig hatte in der AK niemand etwas dagegen und wir haben das einstimmig beschlossen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es wurde ein Ablehnungsantrag angekündigt. Hältst Du an diesem fest?

M. Wäckerlin (PP): Ja.

Da folgt jetzt eben genau der aktuelle Bezug zu meiner anfänglichen persönlichen Erklärung. Unter anderem.

Vielleicht hier noch als Korrektur: Eine persönliche Erklärung ist natürlich genau ein Statement nicht zu einem konkreten Geschäft. Zu einem konkreten Geschäft spricht man dann beim konkreten Geschäft.

Es würde der Politik wirklich gut tun, ab und zu ein bisschen aus der Geschichte zu lernen. Und ich finde: Nein. Der Staat soll sich nicht in den Wohnungsmarkt einmischen. Jede staatliche Einmischung führt letztlich nur zu mehr Kosten und einem Mangel im Angebot. Es sollten vielmehr die Bauvorschriften gelockert und die Bewilligungsverfahren vereinfacht werden, wenn man Wohnbau fördern will. So regelt der Markt das sehr viel effizienter als jede interventionistische Politik.

Und um da noch schnell den historischen Bezug zu nehmen, denn man kann auch da aus der Geschichte lernen: Obwohl nämlich der Wohnungsbau ein wesentlicher Schwerpunkt der Honecker-Ära in der DDR war, hat sich dort am Deutlichsten der Unterschied gezeigt zwischen einem plan- und einem marktwirtschaftlichen System. Die Mieten in der DDR waren zwar tief (das wollt Ihr ja auch, tiefe Mieten, das werdet Ihr da vielleicht erreichen), aber die Bürger mussten viele Jahre lang warten, bis sie endlich eine der begehrten Plattenbauwohnungen zugewiesen bekamen. Und das ist genau der Effekt, den Ihr auslöst. Wenn die Politik eingreift, dann wird der Markt uninteressanter für private Investoren. Und damit sinkt das Angebot. Auch wenn Ihr vielleicht künstlich noch etwas am Preis machen könnt.

Deshalb schlage ich vor, dass wir das ablehnen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch ich muss in diesem Fall eine kleine Geschichtslektion geben, und zwar neuere Geschichte. Es ist so, dass ich heute Morgen erfahren habe, dass es einen Ablehnungsantrag gibt. Marc hat sich darüber aufgeregt, dass er am Wochenende erfahren hat, dass es eine Klimasitzung geben soll. Einfach dass das einmal gesagt ist. Inhaltlich ist es so, dass die Fraktion Grüne/AL derartigen Anträgen zugestimmt hat in der Vergangenheit, sowohl bei GAIWO wie auch bei GESEWO. Es gibt keinen Grund, von dieser Praxis abzuweichen. Es ist nämlich auch kein Geschäft für die GESEWO, sie könnten diese Wohnungen problemlos zu normalen GESEWO-Mietzinsen (nämlich Kostenmiete) vermieten. Ihnen ist diese Mischung wichtig.

Was Marc Wäckerlin will, ist meiner Meinung nach klar: Er will Menschen mit wenig Einkommen und wenig Vermögen aus der Stadt hinausdrängen. Ich finde diesen Umgang mit Minderheiten (Menschen mit wenig Einkommen/Vermögen) doch fragwürdig. Das wirft einiges an Fragen auf. Und ich denke, dass Marc, der ja auch ein spezieller Mensch ist, sollte doch auch eine andere Sicht auf Minderheiten haben. Ich kenne keinen anderen Piraten, der auch im Winter mit Flipflops herumstampft. Also ist es sicher klar, dass Marc eine Minderheit ist. Zusammenfassend: Die Fraktion Grüne/AL wird dem Antrag selbstverständlich zustimmen.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen stehen durchaus auch ein für den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Wenn es schon solche grosszügigen Follower-Kredite gibt, die den genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützen sollen, ist es doch durchaus zweckmässig, wenn die dann auch konkret beansprucht werden. Konkrete Projekte, die ausgewogen sind, die im Quartier und im Projekt mit vielfältigem Leben, Gewerbe und Kulturangeboten für Leben sorgen. Insgesamt ist ein guter Mix an Nutzern geplant, wie auch schon in Hegi. Damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt, unterstützen wir die Arbeit von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zur nachhaltigen Selbsthilfe. Die GLP stimmt diesem Geschäft zu.

U. Hofer (FDP): Ich kann es glaube ich auch kurz machen. Die FDP-Fraktion steht hinter der Idee des subventionierten Wohnungsbaus gemäss der kantonalen Vorgaben, wir machten das auch schon bei ähnlichen Geschäften in der Vergangenheit. Dies u.a. auch deshalb, weil es da stringente kantonale Vorgaben gibt und auch Kontrollmechanismen, die wirklich sicherstellen, dass man die richtige Subvention fördert. Das vorliegende Projekt ist unseres Erachtens überzeugend. Wir konnten Fragen stellen und sie wurden alle beantwortet, wie z.B. der hohe Anteil 2,5-Zimmer-Wohnungen, wo man uns aufgezeigt hat, dass da eine hohe Nachfrage besteht. Das Ganze deckt sich übrigens auch mit den Feststellungen aus dem Bericht von September 2017 über die städtische Wohnbaupolitik, wo festgestellt wurde, dass der Anteil an Kleinwohnungen für eine Stadt von der Grösse von Winterthur nach wie vor gering ist. Von daher hat das Projekt in der AK grünes Licht erhalten, ebenso in der FDP-Fraktion. Ich möchte aber doch noch kurz einen kleinen Appell machen, auch wenn ich weiss, dass ich im Rat in der Minderheit bin: Im gleichen Bericht steht nämlich ein zweites Themenfeld, bei dem Handlungsbedarf besteht. Dort steht nämlich auch, dass wir zu wenig Wohnungen im hohen Preissegment haben. Und das widerspiegelt sich halt auch in der unterdurchschnittlichen Steuerkraft der Stadt Winterthur. Und doch wird jedes Projekt, das in diese Richtung geht, von Anfang an und erfolgreich von links torpediert - egal, ob es sinnvoll ist oder nicht. Und es ist statistisch belegt: Es geht da nicht um eine Seefeld-isierung von Winterthur, sondern eigentlich um eine gesunde Durchmischung. Genau das verhindert Ihr. Deshalb würde ich mir einfach wünschen, dass Ihr so, wie Ihr parteipolitisch und ideologisch Scheuklappen anzieht beim subventionierten Wohnungsbau, dass Ihr vielleicht auch einmal auf das grosse Ganze schauen könntet, wenn es einmal in die andere Richtung geht. In dem Sinn unser Appell, die FDP wird das Geschäft unterstützen.

M. Wäckerlin (PP): Es tut mir leid, dass ich nochmals sprechen muss. Aber wenn ich schon persönlich beschuldigt werde, dann kann ich das nicht einfach auf mir sitzen lassen. Lieber Christian, ein freier Markt richtet sich nach der Nachfrage. Und auch Menschen mit wenig Einkommen haben eine Nachfrage. Ich möchte Dich bitten, geh mal irgendwo schauen, wo es einen freien Markt gibt. Geh mal zu irgendeinem Handyverkäufer auf die Website und schau, in welchem Preisbereich man dort Smartphones bekommt. Das startet bei 50 Fr. und geht bis weit über 1'000 Fr. Es gibt etwas für die, die wenig haben, und es gibt etwas für die, die viel haben. Das passiert, wenn man den freien Markt laufen lässt. Und ich habe gar nichts gegen Menschen mit geringem Einkommen, im Gegenteil. Denen wäre mehr geholfen, wenn man weniger eingreifen würde von staatlicher Seite. Und, Urs Hofer, noch ein Punkt: Es ist eben nicht Sache des Staates, zu schauen, dass die richtige Durchmischung kommt, sondern das müsste eigentlich der Markt selber regeln.

R. Kappeler (SP): Ich möchte nicht gross in diese Diskussion eingreifen, nur ein Kommentar: Marc Wäckerlin hat gewisse Ökonomiebücher nicht ganz genau gelesen. Es ist eigentlich ziemlich unbestritten, dass der freie Markt bei einem nicht vermehrbaren Gut wie Boden nicht funktioniert und dass da auf keine Art und Weise mit einem Handymarkt vergleichbar ist. Damit aber erledigt.

Das Wichtige wurde gesagt: Es ist ein gutes Projekt, es sind klare, bewährte, gesetzliche Grundlagen auf Kantonsebene und bei uns. Es ist ein klarer Auftrag, es ist ein klarer Wille des Stimmvolkes, sowohl vom Kanton wie der Winterthurer Stimmbürger, dass wir da für soziale Durchmischung sorgen, dass wir für subventionierten Wohnungsbau sorgen. Also da haben wir Respekt vor dem Stimmbürger, dass man da Ja sagt. Selbstverständlich sagt die SP-Fraktion Ja dazu.

Stadträtin Y. Beutler: Vielen herzlichen Dank an die grossmehrheitliche Aufnahme des Geschäftes. Hier kann man mit wenig Geld sehr viel bewirken und es macht Sinn, dass wir den Hebel, den wir da haben, auch nutzen.

Ich möchte ein paar Worte sagen, insbesondere zu dem, was Marc Wäckerlin sagte. Es ist keine persönliche Erklärung, aber Du darfst meine Erklärung gerne persönlich nehmen, Marc. Freiheit endet dort, wo die Freiheit des Nächsten anfängt. Und Freiheit endet auch dort, wo die Würde des Nächsten anfängt. Und das, was Du von Dir gibst, Marc, in diesem Raum, in anderen Medien, da muss ich sagen: Da ist meine persönliche Würde und die von vielen anderen schon längst tangiert. Wir, die wir dagegen gezwungen sind, eine grosse Toleranz an den Tag zu legen, was Dich, was Deine Person betrifft. Du hast heute Abend auf Facebook gepostet: «Leider besteht der Gemeinderat aus Bildungsverweigerern.»

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist auch eine Freiheit. Aber auch dort kann man eigentlich davon ausgehen, dass ein gewisser gesunder Menschenverstand vorhanden sein könnte, was es den anderen einfacher machen würde, ihrerseits tolerant zu sein. Du hast eine sehr exzessive Auslegung von Freiheit. Und es sind genau solche exzessiven Auslegungen, die dazu führen, dass es eben mehr und nicht weniger Regulierung gibt. Als Du Deine persönliche Erklärung machtest, wurde sofort das Wort laut, man müsse eine Redezeitbeschränkung einführen. Die Abzockerinitiative hat letztlich auch wieder zu einer Regelung geführt, weil Einzelne kein Gespür dafür hatten, was eigentlich noch sozial akzeptabel ist und wo die Grenzen der Freiheit, der Würde des Nächsten überschritten wird.

Du hast mit Deinem Votum auch gesagt, man solle den Bürgern doch die Freiheit lassen statt sie ständig zu bevormunden. Ich glaube, Du darfst auch anderen zugestehen, dass sie auch ein Anrecht auf ihre Freiheit haben und ein Anrecht haben, nicht von Dir bevormundet zu werden.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem grundpfandgesicherten Darlehen zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Hand erheben.

Das ist eine ganz grosse Mehrheit. Damit ist das grundpfandgesicherte Darlehen gewährleistet worden.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.19: Entschädigung der Protokollführung im Grossen Gemeinderat und den Ratsorganen (7. Nachtrag zur Geschäftsordnung des GGR und 6. Nachtrag zum Reglement über die Entschädigungen an Behördenmitglieder)

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Geschäft wird ohne Beratung stattfinden. Felix Helg stellt es vor.

F. Helg (AK): Auf den 1. Januar 2019 ist eine Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates in Kraft getreten. Sie hat unter anderem die Einführung eines Parlamentsdienstes umfasst, der von der Stadtverwaltung unabhängig ist. Neu sind die Protokollführerinnen und Protokollführer des Grossen Gemeinderates und auch der gemeinderätlichen Kommissionen Teil des Parlamentsdienstes.

Sie sind somit städtische Angestellte, und die personalrechtlichen Bestimmungen der Stadt gelten auch für sie, sofern der Grosse Gemeinderat keine spezifischen Bestimmungen erlässt (Art. 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Die heutige Regelung (Art. 9 des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder) geht bei der Entschädigung für die Protokollführung entweder von einer Pauschale pro Sitzung aus (so im Ratsplenum) oder von einem Entschädigungsansatz pro angebrochene Sitzungsstunde (so in den Kommissionen). Dazu kommt dann noch das Sitzungsgeld.

Neu soll jetzt mit dieser Vorlage die Entlohnung als monatlich ausbezahlter Lohn entrichtet werden, also wie das bei den städtischen Angestellten auch der Fall ist. Die Entschädigung wird zum einen an die Dauer der Sitzung geknüpft, nämlich Fr. 41.- pro Stunde. Zum anderen kommt ein Zuschlag für die Fertigstellung des Protokolls dazu. Dieser Zuschlag beträgt für die Plenumsitzungen des Gemeinderates fünf Stunden und für die Kommissionssitzungen drei Stunden.

Aufgrund der Gleichstellung mit den städtischen Angestellten sind für die Sitzungspräsenzen ab 20.00 Uhr ein Nachtzuschlag gemäss den personalrechtlichen Bestimmungen geschuldet. Ausserdem wird zum Stundenansatz noch ein Zuschlag für Ferien- und Ruhetage dazugerechnet.

Auch weiterhin gibt es die Möglichkeit, die Protokollführenden mit Spezialaufgaben zu betrauen, die über die gewöhnlichen Vor- und Nachbereitungsarbeiten der Sitzungen hinausgehen. Aufgrund der Anstellung der Protokollführenden beim Parlamentsdienst wird ein solcher Auftrag durch den Ratschreiber ausgelöst und nicht mehr durch die Kommissionspräsidenten. Der Stundenansatz ist auch hier Fr. 41.-.

Die neue Regelung soll auf den 1. August 2019 in Kraft treten.

Die Ratsleitung hat die Weisung formuliert. Die betroffenen Protokollführenden und auch der Stadtrat konnten im Vorfeld zu diesem Geschäft Stellung nehmen. Den Bemerkungen des Stadtrates insbesondere zur technischen Abwicklung dieses Besoldungsregimes konnte man weitestgehend Rechnung tragen. Die Aufsichtskommission hat ihrerseits noch Fragen zu diesem Geschäft gestellt und das eingehend beraten.

In der Weisung zum Geschäft, die Sie alle haben, ist bereits das jetzige Entschädigungsmodell mit dem künftigen Modell in Vergleich gesetzt. Anlässlich der Kommissionsberatungen haben sich die Kommissionsmitglieder nochmals vertieft die beiden Modelle angeschaut. Als Fazit lässt sich der Schluss ziehen, ohne dass ich an dieser Stelle auf alle Einzelheiten eingehen will: Bei der Protokollführung in den Ratssitzungen ist die Entschädigung bei kurzen Sitzungen neu etwas tiefer, bei Sitzungen von mittlerer und längerer Dauer etwas höher sind. Bei der Protokollführung in den Kommissionen ist die Entschädigung neu etwa gleich oder geringfügig höher.

Ebenfalls geklärt wurden in der Aufsichtskommission die Modalitäten für den Fall von Ausfällen infolge Krankheit, Mutterschaft oder Militärdienst. Aufgrund der Gleichstellung mit dem städtischen Personal sind auch bei den Protokollführenden die entsprechenden Regeln für die Lohnfortzahlung analog anwendbar. Lohnbasis für die Lohnfortzahlung ist in der Regel der Durchschnittswert der vergangenen zwölf Monate, wie das in Art. 41 Abs. 4 der Vollzugsverordnung zum Personalstatut vorgesehen ist.

Die redaktionelle Klärung, die auch auf dem gelben Blatt abgedruckt ist, betrifft zum besseren Verständnis die Streichung des Worts «netto» und den Zusatz, dass der Frankenbetrag pro Sitzungsstunde ohne Ferien- und Ruhetagszuschlag aufgeführt ist.

Im Gegenzug zu diesen neuen Regelungen, die wir da haben im Artikel 28 und 29, können die entsprechenden Bestimmungen im Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder aufgehoben werden (Art. 9 Abs. 1 und 2, Art. 9a).

Die Aufsichtskommission beantragt unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderung die Vorlage einstimmig Zustimmung zu diesem Geschäft.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank für die Vorstellung dieses Geschäftes. Die Ratsleitung hat sich diesen formalen Änderungen angeschlossen und so können wir über dieses Geschäft abstimmen, wie es die AK verabschiedet hat.

Ich schlage vor, dass wir über die gesamte Weisung abstimmen und nicht jeden Punkt durchgehen. Es ist mehr oder weniger jedes Mal das Gleiche.

Es gibt keine Wortmeldung dagegen, in dem Fall machen wir das so.

Wer dieser Weisung so zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Das sieht nach Einstimmigkeit aus.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.28: Essensentschädigung für Mitglieder des Grossen Gemeinderates (7. Nachtrag zum Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder)

Ratspräsidentin A. Steiner: Auch das Traktandum 7 stellt Felix Helg vor.

F. Helg (AK): Das ist das letzte Geschäft, das die AK durchgeschleust hat und (glaube ich) das 3. Geschäft der Ratsleitung in diesem Amtsjahr. Letztes Jahr war noch das Geschäft mit der Besoldungsregelung für die gemeinderätlich angestellten Funktionsträger – an dieser Stelle auch besten Dank an die Ratspräsidentin für diese Zusammenarbeit mit der AK im vergangenen Jahr.

Bei diesem Traktandum geht es um ein Geschäft des Gemeinderates in eigener Sache, um die Entschädigungen für das Nachtessen bei Sitzungen des Rats und der Kommissionen. Der Gemeinderat muss in diesem Geschäft jetzt richten, was durch eine Rechtsänderung des Stadtrates in Schieflage geraten ist.

Bis Ende 2018 haben die Ratsmitglieder für ein Nachtessen während der Sitzungspause eine pauschale Nachtessensentschädigung von Fr. 30 erhalten. Rechtlich war das so geregelt, dass das Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder in Art. 19 unter dem Titel „Barauslagen“ auf die Vollzugsverordnung vom Personalstatut in der alten Fassung von 1999 verwies. Unter dem Art. 58 war dort der Pauschalbetrag von Fr. 30 vorgesehen.

Am 20. Juni 2018 hat der Stadtrat im Nachgang zur grossen Revision des Personalstatuts die Vollzugsverordnung neu gefasst. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 gibt es im Grundsatz keinen Anspruch mehr auf Vergütung für Verpflegungskosten für das städtische Personal (Art. 88 dieser Vollzugsverordnung).

Mit anderen Worten: Der Verweis im Entschädigungsreglement ist zwar derselbe geblieben. Aber die Normen, auf die verwiesen wird, haben sozusagen unbemerkt geändert und so eine Rechtslage herbeigeführt, welche aus Sicht der Ratsleitung und auch aus Sicht der Aufsichtskommission nicht beabsichtigt sein konnte.

Die Situation bei den Ratsmitgliedern ist nämlich eine andere als beim städtischen Personal. Die massgeblichen Arbeiten im Rat und in den Kommissionen finden ja jeweils am späteren Nachmittag und am Abend statt, jeweils unterbrochen durch eine Essenspause. Die Pauschalentschädigung bildet insgesamt einen wesentlichen Anteil an der Gesamtentschädigung der Gemeinderatsmitglieder. Aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, die bislang in wirklich langer und unbestrittener Praxis ausbezahlte und rechtlich auch einwandfrei geregelte Entschädigung weiterzuführen.

Rechtlich wird dies so bewerkstelligt, dass ein neuer Art. 8a ins Entschädigungsreglement eingeführt wird, der eine eigenständige Regelung – also ohne einen Verweis auf andere Rechtsgrundlagen – umfasst. Die Nachtessensentschädigung wird bei Doppelsitzungen von Rat und Kommissionen ausgezahlt, wenn die Sitzung tatsächlich auch für eine Nachtessenspause unterbrochen wird. Damit die Essensentschädigung nahtlos ausbezahlt werden kann, wird die Rechtsänderung jetzt rückwirkend auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt.

Die Ratsleitung hat auch hier die Weisung verfasst. Der Stadtrat hat auf eine Stellungnahme verzichtet. Die Aufsichtskommission hat den Antrag der Ratsleitung in einer einzigen Lesung behandelt und empfiehlt die Vorlage einstimmig (9:0) zur Annahme.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank auch hier, Felix Helg.

Dann stimmen wir auch hier gleich ab.

Wer weiterhin 30 Fr. Essensentschädigung möchte und diesem Geschäft zustimmt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist grossmehrheitlich der Fall. Damit haben wir dieses Geschäft angenommen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.7: Antrag und Bericht zur Budgetmotion M. Wäckerlin (PP), U. Hofer (FDP) und I. Kuster (CVP) betr. Mindestrenditen für Immobilien im Finanzvermögen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 8. Christian Griesser stellt uns das Geschäft vor.

Ch. Griesser (AK): Ich präsentiere das Geschäft 2019.7. Für einmal vor einem anderen Hintergrund als vorhin, ein schwarzer Hintergrund. Ich weiss nicht, ob ich damit den Preis der einfühlbarsten Präsentation heute Abend noch zurückholen kann oder ob dieser schon definitiv vergeben ist.

Es geht um die Budgetmotion betreffend Mindestrendite für Immobilien im Finanzvermögen. Für die, die es nicht mehr wissen: Liegenschaften im Finanzvermögen sind die Liegenschaften, die wir nicht brauchen für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben, d.h. ganz klassisch ein Mehrfamilienhaus, das man vermietet. Es sind nicht Schulhäuser, es sind nicht Verwaltungsgebäude, es sind nicht... Gut.

Gefordert haben die Motionäre, dass man die Eigenkapitalrendite offenlegt. Eigenkapitalrendite heisst: Man nimmt den Nettoertrag, zieht die Finanzierungskosten ab, rechnet das mal 100 und teilt das durch das investierte Eigenkapital. Alles klar?

Ich habe gedacht, ich mache noch ein Beispiel, damit wir ein bisschen besser wissen, was passiert. Nehmen wir an, wir haben eine Liegenschaft mit 149'320 Fr. Nettomieteträge. Wir haben Aufwendungen für diese Liegenschaft von 35'820 Fr., das gibt dann einen Nettoertrag von 113'500 Fr. Wir hatten (ob die Stadt oder der Private diese Liegenschaft gekauft hat) 1,5 Mio. Eigenkapital und für 2,3 Mio. eine Hypothek aufgenommen. Damit sind wir bei 3,8 Mio. Diese Hypothek ist (wieso auch immer) noch mit 2% Hypothekarzinsen zu verzinsen, das ergibt 46'000 Fr. Hypothekarzins. Wir sehen, der Nettoertrag ist dann bei 113'500 Fr. minus die 46'000 Fr., und das müssen wir dann durch die 1,5 Mio. teilen. Das würde dann heissen, wir hätten in diesem Fall eine Eigenkapitalrendite von 4.5% - das ist nicht schlecht.

Nun ist es aber so, dass das allerdings im städtischen Bereich ein bisschen schwierig ist.

Diese Budgetmotion ist so nicht umsetzbar. Und zwar arbeitet die Stadt mit einem errechneten Buchwert und nicht mit Anlagekosten. Wir wissen also nicht so genau, ob es nun 3,8 Mio. sind oder nicht. Gut, da könnte man noch sagen, dann nimmt man halt nicht den Wert aus der Bilanz, sondern wir holen ihn von sonst irgendwo. Das ist ein gewisser Aufwand, aber wäre möglich. Aber bei alten Liegenschaften ist das nicht mehr möglich. Ich gehe davon aus, dass man zum grössten Teil noch feststellen kann, was man für eine Liegenschaft vor 120 oder 130 Jahren bezahlt hat. Weiter zurück wird es irgendwann kritisch. Und was ganz kritisch ist bei älteren Liegenschaften: Wir haben keine Ahnung, was wir in dieser Zeit darin investiert haben, das die Anlagekosten erhöht.

Nehmen wir an: Ein Mehrfamilienhaus von 1900 hatte beim damaligen Bau kein Badezimmer in der Wohnung. Irgendwann kam das. Es hatte natürlich keinen Balkon, vielleicht kam der dann auch noch. Das ist also das Problem. Und dann haben wir eine Aussagekraft, die bei älteren Liegenschaften, wenn man sie vor sehr langer Zeit gekauft hat, halt einfach schwierig

ist. Man muss sehen: Die Bauteuerung ist bekannt zwischen 1939 (das ist ein Wert, mit dem die Gebäudeversicherung arbeitet) und heute ist Faktor 10,25. D.h. wenn man damals, 1939, bei einer Liegenschaft für das Gebäude 100'000 Fr. bezahlt hat und das heute abbrennt, dann zahlt dann heute die Gebäudeversicherung 1,25 Mio. D.h. wenn man damals für 100'000 Fr. plus Land etwas gebaut hat, dann hat man heute eine wahnsinnig hohe Eigenkapitalrendite. Die neueren wären also tief, die älteren hoch.

Und dann, das was wirklich matchentscheidend ist: Wir haben keine Objektfinanzierung, es gibt kein Fremdkapital auf den Objekten. Es ist nicht so, wie wenn ein Privater eine Liegenschaft kauft, dass er auf die Bank geht und fragt, wie viel Hypothek er bekommt und zu welchen Konditionen. Die Stadt finanziert sich anders, sie nimmt das Geld via Anleihe auf, ein Mal 50 Mio., das andere Mal 10 Mio., das nächste Mal 100 Mio., mit verschiedenen Laufzeiten. Das ist v.a. das Hauptproblem.

Der Stadtrat schlägt deshalb vor, dass er die Nettorendite offenlegt. D.h. wir hätten Erträge minus Aufwände mal 100 durch den Buchwert geteilt. Da gibt es natürlich ein paar Vor- und Nachteile. Es ist nicht das, was die Motionäre eigentlich gewünscht haben, d.h. der Vergleich mit der Privatwirtschaft ist nicht wirklich gewährleistet. Aber es ist ein sehr guter Vergleich im innerstädtischen Kontext, man sieht dann, ob die Rendite eher hoch oder eher tief ist.

Was würde jetzt ändern mit dem Vorschlag des Stadtrates und was sind die neuen Zielvorgaben? Wir würden für die Kategorien Wohnliegenschaften, Gewerbeliegenschaften und Restaurant je pro Kategorie die durchschnittliche Nettorendite ausweisen in Zukunft. Dann ist es das Ziel, dass jede Liegenschaft mindestens eine Nettorendite von 1% hat und, falls das nicht erreicht wird, gibt es eine Abweichungsbegründung. Im Fall von 2018, von dem wir inzwischen ja die Rechnung kennen, würde das heissen: Grundsätzlich sind in diesen drei Kategorien die minimalen Renditen erreicht worden. Bei einzelnen Objekten nicht, das ist dort, wo man z.B. eine Gesamtsanierung oder Unterhaltsarbeiten gemacht hat, wo man Leerstände hatte als Folge dieser Umbauten und es deshalb gar keine oder viel weniger Mieteinnahmen gab, das ist klar. Dort kann unter Umständen die Nettorendite dann einmal ganz tief sein. Und dann gibt es Objekte mit speziellem Verwendungszweck, das sind z.B. Scheunen, die man vermietet, oder es gibt z.B. einen Schiessstand, den man als Vereinslokal vermietet, es gibt aber auch das Gusslihaus, das man als Veranstaltungslokal mieten kann. Dort ist unter Umständen die Rendite sehr tief, aber das ist auch nicht die Idee, da steht ein anderer Zweck dahinter.

Die Beratung in der Aufsichtskommission ergab Folgendes: Wir haben eine Ja-Mehrheit für den stadträtlichen Gegenvorschlag mit 6:5. Wer dafür und wer dagegen war, werden wir jetzt dann bei den Voten der Fraktionssprecher hören.

M. Wackerlin (SVP/PP): Die Motionäre haben entschieden, dass wir unseren Vorschlag zugunsten des Gegenvorschlages des Stadtrates zurückziehen, damit müssen wir die beiden nicht mehr einander gegenüberstellen.

Wir möchten nahelegen, den stadträtlichen Gegenvorschlag anzunehmen. Es ist nicht das, was wir uns versprochen haben, es ist nicht in dem Umfang transparent, wie wir das gerne hätten, aber es ist doch eine deutliche Verbesserung gegenüber früher. Und wenn man auf p. 10 schaut bei den Beispielen, die die Stadt machte bei den Begründungen für die Leerstände, sieht man auch ein bisschen, wo die Probleme ungefähr liegen könnten. Es gibt dem Parlament einen besseren Einblick in die Immobilienverwaltung der Stadt und ich denke, das ist wirklich unsere politische Arbeit.

Entsprechend bitte ich Euch, das im Sinne einer guten Transparenz anzunehmen.

U. Hofer (FDP): Auch ich kann es kurz machen. Was wollte die von mir miteingereichte Budgetmotion? Sie wollte eigentlich mehr Transparenz schaffen und einen Mehrwert an Informationen für ein für uns wichtigstes Arbeitsinstrument schaffen, auf dem doch einige Entscheidungen basieren. Das Zweite, was die Motion wollte, war das Konzept WoV, solange man überhaupt noch daran festhalten will, weiter zu optimieren und sinnvolle Zielvorgaben schaffen.

Der Gegenvorschlag des Stadtrates setzt diese zwei Stossrichtungen meines Erachtens sinnvoll um. Gleichzeitig stellt er sicher, dass die praktische Umsetzung durch die Verwaltung nicht überbordend ist und auch nicht zu weniger aussagekräftigen Ergebnissen führen würde. In die Zukunft blickend würde ich mir wünschen, dass man für diese Baurechtsgrundstücke auch noch sinnvolle Zielvorgaben einführen wird. Dass diese Zielvorgabe da nicht so viel Sinn macht, konnte aufgezeigt werden.

Vor diesem Hintergrund können wir uns dem Gegenvorschlag ohne Änderungsanträge anschliessen und ziehen unsere Motion zurück. Wir danken dem Stadtrat für diese zielgerichtete Aufnahme unserer Frage.

I. Kuster (CVP/EDU): Auch ich mache es kurz. Die CVP/EDU-Fraktion hat das unterstützt, weil es uns ähnlich wie der FDP darum geht, bei den Finanzen Transparenz zu schaffen und dass ein effizienter Einsatz der verfügbaren Mittel erfolgt. Mit der Budgetmotion wollten wir sicherstellen, dass wir als Gemeinderat ausreichende Informationen erhalten über die wirtschaftliche Situation der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen. Wir wollten nicht einen Durchschnittswert über das ganze Portfolio, sondern pro Liegenschaft. Nur so können wir beurteilen, welche Liegenschaften effizient bewirtschaftet werden und bei welchen Liegenschaften Handlungsbedarf besteht.

Im Sinne von strategischer Führung wollen wir im Gemeinderat festlegen können, welche minimale Rendite pro Liegenschaft, aber auch auf das Portfolio, zu erzielen sind.

Der Stadtrat hat in seiner Weisung detailliert erläutert, wieso er seine Methode für die städtischen Liegenschaften als zweckmässiger erachtet. Wir von der CVP/EDU-Fraktion können den Gegenvorschlag des Stadtrates unterstützen, verbunden mit dem Wunsch und der Hoffnung, dass wir schon erste Resultate im Budget 2020 bekommen und weiterhin in der Kommission detailliert informiert werden.

U. Glättli (GLP): Die GLP-Fraktion dankt der Finanzstadträtin ausdrücklich für ihren über den Stadtrat vorgelegten konstruktiven Gegenvorschlag zu dieser Budgetmotion vom SVP-Pirat Wäckerlin und Konsorte. Yvonne Beutler hat erkannt, dass da Optimierungsbedarf besteht. Sie hat erklärt, weshalb die Budgetmotion in der vorliegenden Form nicht oder nicht optimal funktioniert oder warum sie nicht mit dem übergeordneten Recht übereinstimmt oder wie sie noch besser umzusetzen wäre.

Die Grünliberalen haben das Grundanliegen der Budgetmotion zwar verstanden, aber nicht breit und offensiv unterstützt. Den jetzt vorliegenden Gegenvorschlag des Stadtrates unterstützen wir aber gerne. Er lässt noch hinreichend Spielraum, den strategisch-öffentlichen Interessen bei der Vermietung von Liegenschaften im Finanzvermögen gezielt und begründet Rechnung zu tragen. Wenn man noch etwas sur plus fordern möchte, wäre es prüfenswert, solche Ausgabenverzichte im strategisch-öffentlichen Interesse auch mit einer ausdrücklichen Ausgabenbewilligung des Stadtrates begründet und transparent belegt zu haben.

In dem Sinn beantragen wir Zustimmung zum Gegenvorschlag des Stadtrates.

R. Kappeler (SP): Der Erstmotionär hat mit seinem Votum heute zum 2. Mal bewiesen, dass er grundlegende Kapitel von Ökonomiebüchern nicht verstanden hat.

Nochmals ganz zurück zum volkswirtschaftlichen Nicht-Verständnis: Es ist eine anerkannte Lehrmeinung, dass es Marktversagen gibt und der Markt eben nicht alles gut regelt. Und es geht darum, dort zu differenzieren, wo man Marktversagen hat und wo nicht. In diesem Beispiel da, ein Kapitel aus dem Betriebswirtschaftsbuch, da geht Leverage-Effekte. Eine ganz einfache Geschichte: Wenn man eine Eigenkapitalrendite vorgibt (und die ursprüngliche Motion hat da Ziele auf Eigenkapitalrendite gefordert, Christian hat es vorgerechnet, Gewinn geteilt durch Eigenkapital), gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man strengt sich an, um mehr Gewinn zu machen, oder – wenn einem das zu mühsam ist oder nicht gelingt – dann gibt es einen ganz einfachen buchhalterischen Trick: Ich mache einfach eine höhere Verschuldung, dann habe ich weniger Eigenkapital und dann habe ich eine höhere EK-Rendite. Und wenn

so etwas von der Seite kommt, die dauernd gegen die hohe Verschuldung unserer Stadt wettert, dann ist das schlichtweg paradox. Ich weiss nicht, wie Urs Hofer oder Iris Kuster da mitunterschreiben konnten, es ist wirklich einfach eine Dummheit, die da steht.

Aber es ist ja zurückgezogen worden, also sind wir gnädig und sprechen über den Gegenvorschlag des Stadtrates. Aber es ist einfach ein schönes Beispiel, wie man mit einer unüberlegten Motion einfach wieder die Verwaltung beübt – und das finden wir doch nicht sehr anständig.

Deshalb kommt vielleicht der Gegenvorschlag des Stadtrates ein bisschen lehrbuchmässig daher, weil er zuerst alle Begriffe sauber definiert und sagt, was man kann. Das ist alles gut und recht. Nachher kommt der Stadtrat auf Seite 7 zu einem sehr wichtigen Schluss, der uns dann eben auch dazu bringt, auch diesen Vorschlag abzulehnen. Ich zitiere den Stadtrat, der dort schreibt: Erstens ist die Formel, die vorgeschlagen wird, „nicht branchenüblich und deshalb nur im städtischen Kontext vergleichbar und eignet sich nicht für einen Marktvergleich“. Also, alle diese Marktverherrlicher bei uns wollen Kennzahlen, die man eben doch nicht mit dem Markt vergleichen kann. Es ist eine künstliche, synthetische Zielsetzung und die nützt eigentlich niemandem gegenüber dem, was wir heute schon haben. Und dort, wo wir wirklich bewährte Branchenwerte sehen (und das ist im Immobilienbereich die Bruttorendite und nicht eine Eigenkapital-Nettorendite), müssen wir doch nicht einfach in der Stadt etwas Neues erfinden. Und deshalb kommt dann auch der Stadtrat ganz am Schluss zur Konsequenz in seinem letzten Abschnitt: „Ob ein Kennzahlenwechsel dem Grossen Gemeinderat effektiv einen Mehrwert bringen wird, wird mit Skepsis betrachtet.“ Und diese Skepsis ist für uns Grund genug um zu sagen: Nein. Die bisherigen Instrumente sind absolut tauglich, wir brauchen das nicht.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich war doch ein bisschen erstaunt, dass die Motionäre nicht gewusst haben, dass die Stadt keine Objektfinanzierung hat. Und dann muss man das, was Roland Kappeler gesagt hat, das Fremdkapital ganz weglassen und nur mit dem Eigenkapital rechnen (wir nehmen also an, diese Person konnte die 3,8 Mio. auf den Tisch legen) – dann sinkt die Eigenkapitalrendite unter 3%. Das ist das, was Roland erklärt hat.

Weiter muss man auch noch sagen: Wenn man Immobilien anschaut, dann muss man immer langfristig schauen, d.h. die Zahlen für ein Jahr sagen ohnehin nichts aus. 5-10 Jahre sind da sicher angesagt.

Meiner Ansicht nach ist klar, was Marc Wäckerlin wollte: Er wollte Druck ausüben, dass Liegenschaften, die nicht genügend Rendite ausweisen, veräussert werden. Wir von der Baurechtsfraktion sind da selbstverständlich dagegen. Es gibt im Übrigen auch bei Privatpersonen gute Gründe, Liegenschaften zu halten, die nicht so wahnsinnig rentieren. Rechnet doch bitte mal Eure Eigenkapitalrendite vom Einfamilienhaus aus. Ihr werdet vielleicht noch das blaue Wunder erleben. Und da gibt es auch noch ein anderes Beispiel: Ich kenne z.B. jemanden, der ein Stück Wald hat. Das rentiert auch nicht. Es hat einfach einen emotionalen Wert. Und bei der Stadt gibt es auch Liegenschaften mit einem emotionalen Wert, die nicht rentieren können und nicht rentieren müssen.

Wir werden auch den Gegenvorschlag ablehnen.

D. Oswald (SVP): Ich spreche nicht zum Geschäft, ich möchte nur zu einem Votum etwas sagen. Wir haben heute Abend verschiedentlich gehört, dass mein Fraktionskollege keine Lektion halten solle. Es wäre schön, die anderen würden sich auch an das halten – es geht nicht darum, ob es nun eine Geschichts- oder eine Betriebswirtschaftslektion ist. Danke.

Stadträtin Y. Beutler: Danke vielmals für die gute Aufnahme des Gegenvorschlages. Ich muss sagen, wir haben ihn gemacht und ich finde ihn auch gut, aber eigentlich haben wir ihn hauptsächlich im Wissen um die Mehrheitsverhältnisse gemacht, weil wir verhindern wollten, dass die Motion, die schlicht und ergreifend nicht umsetzbar ist, eine Mehrheit hat. Also haben wir eigentlich versucht zu verstehen, aus dem, was eingereicht wurde, was gemeint ist – und daraus dann irgendetwas zu machen, was am Ende des Tages auch umsetzbar ist,

wenn es eine Mehrheit bekommen sollte. Sie können dem also getrost zustimmen, es besteht, was hier drin ist. Sie dürfen dem aber auch nicht zustimmen. Es wäre für mich und den Stadtrat so auch okay.

Ich möchte gerne danken für die gute Vorstellung, die Du gemacht hast, Christian, und auch den auf Fakten basierenden und für mich jetzt nicht belehrenden Voten, die Du noch gemacht hast, Roland. Ich glaube, das zeigt eben genau auf, wie man mit diesen Kennzahlen tricksen kann und wie der Fokus von einzelnen Kennzahlen dann letztlich für das gesamte Bild einen völlig falschen Eindruck ergeben kann, sondern dass man die gesamte Breite sehen muss. Es wurde auch gesagt: Man muss es über einen Horizont betrachten, dann kommt man der Sache näher.

Ich glaube, wir sind so transparent, wie man sein kann, dafür stehen wir ein. Wenn die AK das wissen will, geben wir über alles Auskunft. Für uns ist es ein bisschen schwierig herauszufinden, was gewünscht ist. Zum einen wird kritisiert, dass das Reporting zu umfassend ist und zu viele Informationen enthält, die nicht relevant sind – auf der anderen Seite wird gefordert, dass wir bei unseren Hunderten von Liegenschaften wieder hinschreiben, welche Dachuntersichten wir gestrichen haben... Deshalb würde ich beliebt machen, dass wir dort, wo die Informationen gewünscht sind, diese der AK mitteilen, aber darauf verzichten, das entsprechend in das Reporting aufzunehmen. Denn es würde letztlich darauf hinauslaufen, dass die Steuerung so stattfinden würde, dass es keinen Sinn macht.

Und wenn wir bei der Steuerungsebene sind und bei der strategischen Steuerungsebene, die eigentlich Sache des Gemeinderates ist: Wenn man bei den Kategorien einen Zielwert vorgibt, ist man auf der richtigen Ebene. Wenn man aber auf die einzelne Liegenschaft hinuntergeht, dann ist schon wichtig: Wir haben eine Gewaltentrennung und wir haben eine Kompetenzordnung. Und es gibt einfach Sachen, die in einer stadträtlichen Kompetenz sind und der Stadtrat muss sich nicht vom Parlament vorschreiben lassen, ob er jetzt eine Dachuntersicht streichen darf oder nicht. Solange es in seiner Kompetenzordnung ist, kann er das machen - und es ist übergreifig, wenn man das Gefühl hat, man könne auf die einzelne Scheune hinunter als Gemeinderat steuern und der Stadtrat sei letztlich nur noch Ausführungsglied. Das ist keines strategische Führung letzten Endes. Wenn man die Konzentration auf das hat, nämlich auf die einzelnen Kategorien, die man jetzt auch besser aufschlüsseln will, dann hat der Gemeinderat eigentlich das, von dem wir davon ausgehen, dass das eigentlich die Intention war.

Und Urs, ich darf Dir sagen, von mir hättest Du den Preis jetzt wieder zurückbekommen vom einfühlbarsten Votum. Ich habe mich sehr gefreut über Deine doch sehr, sehr positive Aufnahme unseres Weges. Ich habe einfach etwas nicht verstanden, das Du gesagt hast: Du hast von einem Ausgabenverzicht gesprochen, den man vermeiden müssen. Da gehe ich davon aus, dass Du einen Einnahmeverzicht meinst.

U. Glättli (GLP): Ja.

Stadträtin Y. Beutler: Das ist klar. Wenn man jemals in diese Grössenordnung kommen sollte, dann wäre es klar, dass es entweder ein Subventionsvertrag oder der Gemeinderat würde darüber verbinden. Das ist völlig klar von unserer Seite her, da finden keine versteckten Subventionen statt. Aber es gibt einen gewissen Handlungsspielraum, den man bei kulturellen Vereinigungen sicher eher nach unten ausnutzt, wie z.B. dass man oxyd ein neues Zuhause geben kann, damit die bewährte Kulturinstitution weiterbestehen kann. Und an anderen Orten gehen wir dann vielleicht eher ein bisschen oben hinein. Insgesamt gibt das doch eine sehr vernünftige Liegenschaftspolitik.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag, wie er vorliegt, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit ist der Antrag mit 28:25 Stimmen angenommen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2019.15: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), M. Nater (GLP) und S. Müller (EVP) betr. langfristiger Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung

Ratspräsidentin A. Steiner: Postulat zum langfristigen Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung. Reto Diener bitte.

R. Diener (Grüne/AL): Zur späten Stunde komme ich nochmals zurück auf den Anfang der heutigen Sitzung. Es ist eben nicht so, wie Daniel Oswald es gesagt hat und wie es auch von anderen zum Teil behauptet wird, es sei nicht klar, es gäbe keine Beweise für die Klimaerwärmung. Es gibt sie eben sehr klar und sehr deutlich. Eine überwiegende Mehrheit aller Wissenschaftler auf der ganzen Welt hat klar und deutlich und immer wieder betont, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den menschengemachten Emissionen und dem Klimawandel. Und wenn man auch jetzt immer noch behauptet, dieser Zusammenhang sei eine Glaubensfrage – Entschuldigung, Daniel Oswald – dann ist man schon ein bisschen auf dem Mond.

Es ist auch so, dass diese Themen jetzt Dringlichkeit gezeigt haben, indem sie immer mehr hervorgekommen sind, indem sie immer mehr Bewegung produziert haben, auch hier in Winterthur, wir haben es gehört. Und deshalb ist es eben wichtig, dass wir uns jetzt auch auf diesen Weg begeben. Das Postulat, das wir da eingereicht haben, wirft einen Aspekt zu diesem Thema auf, den wir bis zu einem gewissen Grad hier in Winterthur beeinflussen können. Es beauftragt den Stadtrat, sich anzufangen Gedanken zu machen für die fossile Gasnutzung in Winterthur in einem Zeithorizont bis in 20-30 Jahren, wie man von dieser fossilen Gasnutzung wegkommen kann.

Wir haben in der Stadt Winterthur nur beschränkt Möglichkeiten, überhaupt an dieser CO₂-Thematik aktiv von der Politik her etwas zu bewegen. Und die Hebel, die wir haben, da müssen wir versuchen, sie auch tatsächlich zu nutzen. Es gibt Spielräume, ganz besonders bei der Wärmeversorgung der Stadt Winterthur. Wir können dort (da haben wir in der Vergangenheit auch schon Einiges gemacht) versuchen zu bewegen. Fossiles Erdgas wird heute (das ist auch die Aussage, die wir machen) als Brückentechnologie eingesetzt, um in erster Linie einmal das Erdöl zu ersetzen bei den Heizungen der Wohnungen, der Häuser. Und das ist genau der Punkt, dass wir jetzt eigentlich an einem Moment sind, an dem die Erdgasnutzung, die fossile Gasnutzung, immer mehr in den Vordergrund kommt, weil eben die bereits zurückgehende Nutzung des Erdöls sich anzeigt und ankündigt, dass wir dort auf dem Pfad sind. Beim Erdgas ist es noch nicht so, dort haben wir jetzt eher den Verbrauch noch gesteigert. Und wir müssen jetzt eigentlich versuchen, auch dort einen Absenkpfad zu bekommen, weil ab rund 1 Milliarde die Reduktion zu greifen beginnen müsste, damit wir unseren CO₂-Ausstoss mit den Zielen, die wir bereits heute schon in den gesetzlichen Grundlagen haben mit der 2000-Watt-Gesellschaft und der 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft, erreichen können.

Wie man jetzt von den jüngsten Berichten her gesehen hat, die international gekommen sind und jetzt auch diese Bewegung ausgelöst haben und hinter denen die Wissenschaftler (das sei nochmals betont) mit sehr grosser Zahl stehen, müssen wir das eher noch verstärken und nicht abschwächen. Es ist jetzt an der Zeit zu beginnen, sich diese Gedanken ernsthaft zu machen, wie wir auch aus dem fossilen Erdgas aussteigen. Das Erdöl verabschiedet sich allmählich in den Heizungen, das sehen wir, der Trend ist da. Es gibt kaum mehr neue Heizungen mit Erdöl, die entstehen. Sie werden leider immer noch ersetzt, weil wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht haben, um das mehr zu forcieren.

Beim Erdgas haben wir eine Versorgung der Stadt Winterthur, bei dem wir ein Netz haben, bei dem wir allenfalls auch wieder reduzieren müssen, wieder zurückbauen müssen – aber allenfalls können wir es auch für alternative Gasprodukte nutzen. Die kommen immer mehr, da wird viel diskutiert darüber. Man könnte Biogas einspeisen, man kann aber das Gas auch produzieren mit Hilfe von Solartechnologie.

In dem Sinn bitte ich Sie, das Postulat, das dem Stadtrat den Auftrag geben soll, diese Thematik zu durchleuchten und uns aufzuzeigen (im Rahmen der Massnahmenpakete, die ja auch mit dem Energie 2050-Ziel drin sind), wie die Entwicklung konkret aussehen könnte und wie er es sich vorstellen könnte, dass man diesen Ausstieg realisieren könnte. Wir danken für die Unterstützung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es einen Ablehnungsantrag? Daniel Oswald bitte.

D. Oswald (SVP): Besten Dank für Deinen Hinweis, Reto Diener. Ja, es ist so, Du hast Recht: 97% der Wissenschaftler sind der Überzeugung, dass der Mensch Einfluss hat auf den Klimawandel. Wobei dann von den Wissenschaftlern nicht genau definiert ist, wie viel dieser Einfluss ist. Das kann zwischen 1 – 100% sein. Und übrigens noch eine weitere Zahl, die uns bekannt ist: 44% dieser Wissenschaftler sagen, der menschliche Einfluss ist unter 50%. Das einfach zu den Zahlen, die mir bekannt sind.

Jetzt zum vorliegenden Postulat, bei dem wir den Ablehnungsantrag stellen. Und zwar aus folgendem Grund: Das Postulat fordert im Postulatstext selber den Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung. In der Begründung wird dann aber von der fossilen Gasversorgung gesprochen. Von daher ist nicht ganz klar, um was es genau geht und was man genau meint. Will man völlig vom Gas weg oder sieht man auch andere Varianten? Und das ist der springende Punkt. Für uns ist aus dem Postulat nicht klar, wie die Postulanten zu Verfahren wie Power-to-Gas stehen. Wie Euch sicher den meisten bekannt ist (und sonst kann man das auf Energie360 nachlesen), kann mit dem Verfahren Power-to-Gas Energie gespeichert werden. Es wird überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energiequellen in einem ersten Schritt durch Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt, der sich in einem zweiten Schritt durch Methanisierung mit CO₂ verbindet und dadurch zu erneuerbarem Gas wird, das man über ein Gasnetz einspeisen kann und auch verheizen und das dann ja nicht komplett entgegen der Umwelt ist. Das vorliegende Postulat schliesst unserer Meinung eine solche Lösung aus.

Aber auch Biogas kann man auf Erdgasqualität bringen und ins Gasnetz einspeisen – und auch das wäre bestimmt sinnvoll zu machen, denn auch ein Baum, der draussen verfault, produziert schlussendlich CO₂. Und ich glaube trotz allem, auch das CO₂ gehört in unsere Atmosphäre. Wenn wir 0% CO₂ hätten, wären die Pflanzen und auch wir nicht mehr zufrieden. Ich glaube, das Postulat ist ein typisches Beispiel für einen Vorstoss, der etwas verbieten will und eben nicht eine Lösung suchen will. Deshalb lehnen wir das ab.

F. Landolt (SP): Ich sehe das anders, es ist sehr konkret. Das Postulat kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem diese grossen Worte, Klimawandel, CO₂-Ausstoss etc. sehr aktuell sind. Und das Wichtigste ist: Man muss sich mit Mengen befassen. Es geht nicht darum, dass man irgendeine Technologie hat, sondern die Technologie muss dann auch noch entsprechende Energiemengen liefern.

Das sind alles sehr allgemeine Äusserungen, aber das Postulat ist sehr konkret. Winterthur hat sich einen Energieplan gegeben, wie langfristig Wärmeversorgung garantiert werden soll. Es sind Gebiete, die mit Quartierwärmeverbänden geheizt werden, es sind Gebiete mit Fernwärmeverversorgung, und es gibt Gebiete, die in einer Übergangslösung auf das Erdgas setzen. Aber natürlich später, wenn wir den Absenkpfad effektiv ernst nehmen, ausser Betrieb genommen werden sollen. Und das ist der springende Punkt.

Das Erdgas verläuft in einer Strasse und an dieser Strasse hat es verschiedene Anschlüsse. Wenn man z.B. bei einer Strasse die Gasleitung ausser Betrieb nimmt und rückbauen möchte, um den energetischen Zielen näher zu kommen, dann stellen sich ganz viele Fragen: Kann z.B. die öffentliche Hand im Sinne eines übergeordneten Interesses eine Auflage machen, dass eine Gasheizung oder eine Ölheizung oder ein Gasbrenner ausser Betrieb genommen wird? Und woher kann dann diese Wärme bezogen werden? Zu welchem Zeitpunkt kann man das machen und mit welchem Planungsvorlauf? Gibt es eventuell Schadenersatzforderungen, die zu begleichen wären? Wie sollte so etwas finanziert werden in einer langfristigen Perspektive? Braucht es juristische Anpassungen, juristische Kompetenzen der öffentlichen Hand, um das vorzunehmen? Braucht es Änderungen auf Gesetzesstufe? Auf welcher?

Und wie könnten solche Veränderungen veranlasst werden? Wie kann sichergestellt werden, dass die Wärmeversorgung garantiert wird, auch wenn etwas zurückgebaut wird? Ist die Technologie dafür vorhanden?

Im Postulat verlangen wir ja einen Bericht. Dieser Bericht kann relativ allgemein gehalten werden, aber in diesem Bericht würde es Antworten brauchen auf solche Fragen, wie ich sie formuliert habe. Und in diesem Bericht müsste exemplarisch aufgezeigt werden, wie die proklamierte 2000-Watt- und 2-Tonne-CO₂-Gesellschaft schrittweise erreicht werden könnte. Und dieser Bericht könnte auch ein Beispiel sein, wie mit all diesen Widersprüchen – da stehen ja ganz viele juristische, staatspolitische Fragen dahinter – umgegangen werden könnte. Aber wir glauben eben auch, dass der Zeitpunkt richtig ist. Und nicht nur richtig, weil das Klima ein wichtiges Thema ist, sondern er ist auch richtig, weil man ganz lange Zeit braucht, bis man so etwas realisieren könnte.

M. Nater (GLP): Die Stadt Winterthur hat sich verpflichtet, das Energiekonzept 2050 umzusetzen und soweit als möglich auf fossile Energie zu verzichten. So soll der fossile Energieverbrauch für die Beheizung der Häuser massiv reduziert werden, was die Bevölkerung auch entsprechend so gutgeheissen hat in einer Abstimmung.

Gemäss Energiekonzept soll die Gasversorgung als Brückentechnologie zum Ersatz der Ölheizungen beitragen. Das ist eine Brücke, die auf Sand gebaut ist. Es kann nicht sein, dass heute noch der Bau von fossilen Heizungen durch die Stadt unterstützt wird, welche die nächsten 20-30 Jahr fossile Energie benötigen. Das ist keine wirtschaftliche Investition für die Zukunft. Fossile Energieträger werden teurer, sie werden höher besteuert werden. Von daher muss man sich einfach überlegen, ob man heute noch auf fossile Energieträger setzen will. Die fossilen Energieträger schädigen das Klima bis ins Jahr 2050, wenn man jetzt etwas baut. Und das verhindert auch effiziente Heizungen und Gebäude. Wenn man jetzt oder in 10 Jahren eine Gasheizung baut, dann wird man nicht 10 Jahre später eine Wärmepumpe einbauen.

Von daher finde ich auch, wie Felix gesagt hat: Der Bericht soll aufzeigen und er soll eine klare Aussage machen zum geplanten Stilllegungsterminen von diesen Gasleitungen. Denn die Wirtschaft und auch die Bevölkerung von Winterthur brauchen eine Planungssicherheit, damit sie sicherstellen kann, bis wann man auf Gas setzen kann und wann das zurückgebaut werden soll.

Es braucht auch eine Klarheit bei den Unterhaltskosten dieses Gasnetzes. Es soll aufgezeigt werden, wo noch in den Unterhalt der Gasnetze investiert werden soll und welche Netze nur noch geflickt werden. Das hat viel mit den Kosten zu tun.

Und am Schluss soll es auch Klarheit geben, wie hoch die Reduktion von Treibhausgasen durch den Verzicht von Gasheizungen in Winterthur ist.

Die GLP wird das Postulat überweisen, um die Planungssicherheit zu verbessern, die Transparenz bei den Kosten herzustellen und als eine Grundlage für einen langfristigen Ausstieg aus den fossilen Heizungen.

S. Müller (EVP): Wie schon erwähnt wurde: Im Bericht zum Massnahmenplan zum Energiekonzept 2050 wurde deutlich, dass die Zielsetzungen, die wir dort haben, eigentlich veraltete sind. Ich habe dort bei der Vorstellung schon an das Pariser Abkommen erinnert.

Und bei dieser Diskrepanz habe ich die Frage in den Raum gestellt, wie man damit umgehen will. Wir als EVP werden das Postulat genau deswegen auch mitunterstützen. Wir können und wollen uns nicht zufrieden geben mit veralteten Zielwerten. Es ist wichtig, dass wir nicht nur unser Denken anpassen, sondern wirklich auch unser Handeln den Herausforderungen anpassen.

Mir gefällt der Ausdruck «Brückentechnologie» eigentlich. Ich sage dem eher: Es ist eine Krücke. Ich finde, Krücken sind okay, die braucht es. Aber wenn man eine Krücke hat, ist das Ziel, dass man gesund wird und diese Krücke möglichst schnell wieder loswird. Und wenn man das schöne Wort «Brückentechnologie» durch «Krückentechnologie» ersetzt, dann wünsche ich uns, dass wir dieses Postulat überweisen und im Sinne der Genesung diese Krücke ablegen.

Und allen anderen wünsche ich weiterhin fröhliches Humpeln.

A. Geering (CVP/EDU): Ich muss nicht auf einen Ökozug aufspringen, der am Anfahren ist: Der Landbote hat letzte Woche aufgezeigt, dass ich schon lange drinsitze. Trotzdem möchte ich der selbsternannten Klimaallianz von ganz links bis zur GLP doch auch die Frage stellen: Wenn es Euch ernst wäre mit dieser Sonderklimadebatte, die Ihr heute verlangt habt, wieso ist dann dieses Traktandum heute auf der Traktandenliste? Wieso seid Ihr nicht ehrlich und sagt der Ratsleitung, wir nehmen es herunter und bringen es an der Sonderklimadebatte. Oder andererseits, wenn Ihr nicht so lange warten wollt (was ich vorziehen würde), dann sagt doch, wir lassen so gut wir können und so viel wir können solche Klimavorstösse heraus und speisen sie regulär in den Ratsbetrieb ein. Das wäre schneller und effizienter als mit einer Sonderdebatte.

Aber nein, Ihr habt Euch für Fisch und Vogel entschieden. Wir machen eine Sonderdebatte und bringen den Vorstoss trotzdem jetzt. Und die Bürgerlichen, man staune, sind fröhlich auf den Seitenwagen des Klimazuges eingestiegen. Das ist ja vielleicht von daher schon mal ein guter Effekt.

Ja, man kann für das Schaufenster politisieren oder Sachpolitik machen. Wenn wir das Schaufenster machen, dann haben wir heute von Marc eindrücklich illustriert bekommen, wohin das führen kann. Der Ratsbetrieb ist dann wirklich nicht mehr das, was unsere Bürgerinnen und Bürger möchten.

Deshalb möchte ich jetzt da wieder auf die Sachebene kommen nach dieser Einführung und unsere Gedanken dazu kundtun. Im kommunalen Energieplan ist vorgesehen, dass der Erdgasverbrauch von 1'700 Tonnen im Jahr 2008 auf 420 Tonnen im Jahr 2050 zu reduzieren sei. Der Erdgasverbrauch soll also bis 2050 auf 25% von seinem Verbrauch von 2008 sinken. Ein Ausstieg aus dem Erdgas bis 2050 ist dagegen in diesem Energieplan nicht vorgesehen. Die CVP-Fraktion hat diesen Energieplan damals im Jahr 2013 unterstützt mit einem Vorbehalt: Dass die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer nicht zu einem Anschluss an das Fernwärmenetz gezwungen werden dürfen.

Es mag jetzt richtig sein und gut sein, einen Bericht zu verlangen, der aufzeigt, wo die Stadt steht bezüglich der Zwischenziele von 2020 und 2035. Es mag richtig sein zu verlangen, dass aufgezeigt wird, wie die Zielerreichung des Energieplans 2050 sein wird aus heutiger Sicht, ob man das erreicht oder nicht oder welche Anstrengungen es noch braucht, um das zu erreichen.

Darüber hinaus verlangen die Postulanten aber den totalen Ausstieg aus dem fossilen Erdgas bis 2050. Nur: Auf welcher demokratischen Grundlage wird dieses verstärkte Ziel verlangt? Sind das die vergangenen kantonalen Klimawahlen? Sind diese Legitimation genug, dass man dieses Ziel verschärfen kann? Und was ist mit CO₂-neutralen Gasen wie Biogas? Kann das beim Ausstieg aus der fossilen Erdgasversorgung berücksichtigt werden? Das wäre aus unserer Sicht zwingend zu hoffen und ich bin froh gewesen, dass Reto Diener das in seinem Votum aufgenommen hat und sagte, die CO₂-neutralen Gase wie Biogas würden durchaus im Rahmen des Möglichen bleiben. Und ich denke, das macht es einem Teil unserer Fraktion, der CVP/EDU-Fraktion, leichter, sich bei dieser Überweisung zu entscheiden. Die schnelle und totale Vermeidung von CO₂ ist natürlich ein gutes und ein hehres Ziel, wenn auch im Energieplan nicht dieser Standard vorgesehen ist. Dabei ist zu beachten, dass im Energieplan 2050 durchaus gewünscht ist (und es wurde auch schon gesagt), dass die Grundstück- resp. Liegenschaftenbesitzer von einer Erdölheizung umsteigen auf eine Gasheizung, wo andere Technologien zum Zeitpunkt des Umstiegs nicht machbar sind. Wenn man dort hinget und sagt, nach 10 Jahren müsst Ihr schon wieder umstellen, dann ist das ein Etikettenschwindel.

Die Umstellung dieser Hausbesitzer wurde durchaus im Wissen um den Energieplan 2050 gemacht, sonst hätten sie diesen Umstieg wahrscheinlich nicht gemacht. Sie haben angenommen, dass sie ihre Gasheizung benutzen können bis die Lebensdauer dieser Gasheizung erreicht ist. Es darf jetzt nicht sein, dass solche Immobilienbesitzer und Immobilienbesitzerinnen vorzeitig zu einem Abschalten der Gasheizung gezwungen werden, nur damit wir frühzeitig aus dem fossilen Erdgas aussteigen können.

Vor diesem Hintergrund hat die CVP/EDU-Fraktion intern Stimmfreigabe beschlossen und wird geteilt abstimmen. Sollte das Postulat überwiesen werden, erwarten wir aber vom Stadtrat, dass er die Möglichkeit von nicht fossilen Gasen im Bericht auch mitberücksichtigt und aufzeigt, wie diese zur Zielerreichung beitragen können. Und dass er diese Technologien seriös weiterverfolgt. Ausserdem sind wir auch heute der Meinung - wie schon 2013: Die Eigentümerrechte von Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzern sind in dieser Frage trotz allem auch zu achten.

St. Feer (FDP): Vorab noch etwas zum Wesentlichen im Leben, nämlich zur Geselligkeit: Wir laden ja ein zu unserem Abschiedsapéro. Annetta Steiner hat gesagt, wir würden zu einem Bier einladen und man hat gleichzeitig auch von Minderheiten gesprochen heute Abend im Saal... Es gibt vielleicht Leute, die Bier nicht gern haben (ich musste es lernen, das gibt es – und die sterben auch nicht aus), die sind also auch herzlich eingeladen. Das war uns noch wichtig mitzuteilen.

Noch etwas Zweites: Ich wurde in der Pause darauf aufmerksam gemacht, wenn ich zum Traktandum 9 und 12 spreche (falls wir zu Traktandum 12 kommen), solle ich meine Interessenskonflikte offenlegen. Ich bin zurzeit in der Haustechnik tätig im Bereich Sanierung, Wärme- und Energielösungen (also PV, Energiespeicher, Wärmepumpen, Haussteuerung). Das ist mir noch wichtig, auch bei Traktandum 12, wenn wir dazu kommen.

Es ist geradezu beglückend für eine liberale Partei und für mich ist es eine eigentliche Rosine in meiner 8jährigen Politikkarriere, dass wir heute Abend ein Geschäft diskutieren können, bei dem die etatistische Linke ein staatliches Monopol auflösen möchte und zwar eine Forcierung dieser Auflösung fordert. Und es ist auch richtig, dass Stadtwerk in seiner Broschüre die Stilllegung von Heizölheizungen empfiehlt und dass dann irgendwann die Erdgasheizung dazukommt. Und ich bin froh, dass das jetzt auch über die politischen Wege so angestossen wird. Felix Landolt hat es gesagt: Es ist richtig, wir brauchen eine Auslegeordnung, wohin es geht mit dem Erdgas. Das dürfte für Stadtwerk auch eine strategische Frage sein. Nicht gleich eine existenzielle Frage, aber sicher in der Strategie wesentlich.

Es ist auch erstaunlich, dass die Linken die Abschaffung fordern, spült doch das Erdgas-Geschäft üppig Geld in die Kasse der Stadtwerke. Und das ist ein Kässeli, aus dem man sich ja sehr gerne auch bedienen möchte, um das Geld rüberzuschieben in den steuerfinanzierten Bereich.

Gut, aber die Frage ist, was denn die Alternative ist nach dem Erdgas? Was kommt danach? Kommt nach dem Monopol wieder ein Monopol? Kommt wieder ein Zwangsanschluss, wie es von der CVP erwähnt wurde? Ich glaube, da müssen wir einfach mal eine Auslegeordnung machen und sagen, wie die erneuerbare Energieversorgung 2050 aussieht, was man heute überhaupt sagen kann. Was ist dezentral, was ist zentral? Es wird, gemäss heutiger Einschätzung, zu einer starken Dezentralisierung kommen, dass die Energie auch dort gebraucht wird, wo sie produziert wird. Nicht zuletzt auch im Einfamilienhausbereich. Und es ist eine starke Chance für wirtschaftliche Investitionen. Jetzt kann man sagen, der Kunde hätte keinen Investitionsschutz gehabt. Wenn man schaut, wie viele Förderbeiträge es gibt und wie viele Kunden eigentlich wechseln wollen, wenn es auch einen finanziellen Anreiz gibt – dann kann man das Argument vom Investitionsschutz auch stark relativieren.

Die autarke Energieversorgung ist etwas, das sich immer mehr Beliebtheit erfreut. Es ist etwas, das bei den Hausbesitzern gut ankommt und es ist natürlich auch ein urliberaler Ansatz, dass man sich abnabelt von staatlichen Organisationen und seine Energieversorgung selber managt.

In dem Sinn vielen Dank an die Linken für diesen z.T. sehr liberalen Vorstoss. Und ich bedaure es fast, dass ich heute zurücktrete, denn ich wäre bei dieser Diskussion dann gerne dabei.

R. Diener (Grüne/AL): Danke vielmals für die tollen Lorbeeren, die wir da ernten dürfen von Deiner Seite. Das ist natürlich sehr erfreulich. Es ist tatsächlich so, dass wir nicht abgeneigt

sind an liberalen Lösungen, wenn sie gut sind. Aber in diesem Fall hast Du das wahrscheinlich ein bisschen missverstanden. Macht nichts, wir lassen das, Du trittst ja aus dem Rat aus, wir müssen das jetzt nicht hier diskutieren, sondern können es nachher bilateral anschauen. Mir geht es nur darum, eines zu betonen, ich glaube, das ist ganz wichtig: Wir haben eine langfristige Thematik. Einerseits haben wir einen Zeithorizont, in dem wir nach vorne etwas bewegen müssen, bzw. wir müssen viel bewegen, das wurde heute Abend mehrfach gesagt. Wir müssen versuchen, aus dieser Technologie oder aus der fossilen Erdgasversorgung herauszukommen – wir haben aber gleichzeitig auch Infrastrukturanlagen, die sehr langfristig konzipiert und sehr langfristig in Betrieb sind. Wenn man heute etwas baut oder saniert, dann ist das über Jahrzehnte aktiv. Genauso ist es, wenn ein Hauseigentümer seine Heizung wechselt, dann ist das auf viele Jahre oder vielleicht sogar Jahrzehnte hinaus fixiert ist. Und genau deshalb ist es so wichtig, dass das Postulat so schnell wie möglich auf die Piste geht. Dann ist das halt vor der Diskussion in der Gemeinderats-Zusatzsitzung, deshalb hat man das jetzt schon auf der Traktandenliste. Dass wir auf den Weg gehen, jetzt diese Untersuchungen anzupacken, und uns Gedanken darüber zu machen, mit der Vorschau, die der Stadtrat bringt, wie das tatsächlich aussehen könnte.

Ich habe explizit, Dani Oswald, in meinem Votum schon extra gesagt (zuhören ist offenbar nicht unbedingt Deine Stärke), dass wir eben auch Power-to-Gas-Technologie durchaus als mögliche Lösung sehen. Über das Volumen muss man sicher noch diskutieren, wie viel das sein wird, ob es das Ganze sein wird oder nur ein Teil, da bin ich dann gespannt auf die Antwort.

St. Feer (FDP): Noch etwas als Ergänzung zu den Ausführungen von Dani Oswald. Im Gebäudebereich ist man sich eigentlich sicher, dass Strom die Energie der Zukunft ist. Woher der Strom kommt, ob der über eine PV-Anlage kommt oder in Wasserstoff gelagert und wieder zurück zu Strom verwandelt wird, das ist offen. Aber irgendwelche komplizierten Weiterverwandlungen werden sich auch energetisch gar nicht gross lohnen.

Das ist das eine. Das andere noch zu Dir, Reto Diener: Du hast Dich beklagt, dass die Leute Öl mit Öl ersetzen. Aber es ist einfach so im Leben: Druck erzeugt Gegendruck. Und wenn der politische Druck kommt, nur schon mit den MuKEn am Horizont, dass das verboten werden könnte oder stark reguliert, dann gibt es halt eine Gegenbewegung. Und die ist im Moment voll im Gang und wird halt mittelfristig den Ölverbrauch weiter steigern.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Es ist schon überwiesen, aber selbstverständlich darf Stefan Fritschi noch etwas dazu sagen. Entschuldigung.

Stadtrat St. Fritschi: Ich bin nicht im Stundenlohn angestellt, von daher bin ich ohnehin da. Ich möchte einfach noch ein paar Bemerkungen zu diesem Vorstoss abgeben. Es ist nicht so, dass wir gegen diese Überweisung kämpfen. Ich habe die Prognose, dass sie ziemlich sicher überwiesen werden könnte, wenn ich in die nähere Zukunft, in die nächsten 5 Minuten, schaue... Und daher werde ich nicht dagegen ankämpfen.

Ich möchte aber doch noch ein paar Kommentare abgeben. Stefan Feer, wir haben kein Monopol mit dem Gas. Es ist niemand in dieser Stadt gezwungen, Gas zu beziehen. Niemand, niemand, gar niemand. Wir haben ganz wenige Gebiete gemäss Energieplan, wo man klar ausscheidet, wo man sagt, was man beziehen muss. Das ist dort, wo wir Fernwärme haben, wo es sich nicht lohnt, dass man die teure Infrastruktur für ein Fernwärmenetz legt, wenn man nicht auch einen Druck erzeugen kann. Oder in Gotzenwil, wo sich z.B. die Gasleitung einfach nicht mehr lohnt. Aber wir haben auch dort überall die Möglichkeit, dass wenn es nicht wirtschaftlich ist, dass man dann eine Alternative beziehen kann.

Wir entziehen uns dem nicht und werden diesen Bericht machen und werden dort auch aufzeigen, was das bedeuten würde, was das heissen würde, was das auch finanziell heissen würde, was das für Konsequenzen sind für die Endkunden. Was das je nach Absenkpfad heissen würde bezüglich wie schnell. Da gibt es auch sehr viele rechtliche Fragen, wie viel

schadenersatzpflichtig sind wir dann usw. Es ist eine komplizierte Angelegenheit, aber wir nehmen uns dem an.

Und ich bin wahnsinnig gespannt, was es jetzt für ein Resultat gibt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Der Form nach machen wir es nochmals sauber: Jetzt stimmen wir ab.

Wer für die Überweisung dieses Postulats ist, soll das bezeugen durch Handerheben. Das ist eine klare Mehrheit, damit ist das überwiesen. Deine Prognose hat zugetroffen.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2019.25: Begründung der Motion R. Kappeler (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP), M. Gross (SVP), Y.R. Gruber (FDP), A. Steiner (GLP) und Z. Dähler (EDU) betr. Projektierungskredit für ein zweites Hallenbad in Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Die Motion vom Erstmotionär Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Jürg, es tut mir leid, dass Du wegen dem einen Traktandum den ganzen Abend hier zuhören musst.

Aber ich glaube, es hat sich doch in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, wie gross der Druck wird, dass wir zu wenig Schwimmfläche haben in der Stadt Winterthur. Es geht nicht nur um den Konflikt im Geiselweid zwischen Sportvereinen und Familien, sondern es geht eben auch, das ist bisher in der Diskussion untergegangen, auch um Schulschwimmen und Schwimmunterricht, von dem wir gerne mehr hätten und eigentlich auch verpflichtet wären, mehr zu machen als Winterthur im Moment macht. Und für das brauchen wir einfach eine weitere Hallenbadfläche.

Der Stadtrat hat das selber (ich zitiere das nicht alles) geschrieben in der Beantwortung oder in der Vorlage zur Traglufthalle. Und es wurde auch in der vorletzten Sitzung bei der Diskussion um die Interpellation, die wir da ein bisschen vorgeschoben haben, immer wieder bestätigt. Es ist mir aber wichtig, an dieser Stelle ganz klar zu sagen (denn es kamen im Landboten auch schon die ersten Leserbriefe): Die Idee Hallenbad ist in keiner Art und Weise ein Konkurrenzprojekt zur Traglufthalle. Man kann von der Traglufthalle halten was man will, es gibt gute Gründe, dort dagegen zu sein (sei das aus ökologischen Gründen oder weil man sich in der Nachbarschaft gestört fühlt), aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Es sind zwei völlig verschiedene Zeithorizonte. Wir stimmen irgendwann über die Traglufthalle ab, aber diese löst das Problem kurzfristig in einem Zeitraum von vielleicht 10-15 Jahren, während der Lebensdauer, die diese Halle hätte. Aber langfristig haben wir das Problem überhaupt noch nicht gelöst.

Und umgekehrt: Wenn wir diese Motion überweisen und selbst wenn das Hallenbad bald in Angriff genommen werden würde, entbindet das meiner Meinung nach nicht davon, für die nächsten 10 Jahre noch irgendeine vernünftige Lösung zu finden für das Schwimmer-Problem.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir schicken das nicht auf den Weg, weil wir das Gefühl hätten, der Stadtrat hätte bis jetzt nichts gemacht. Er hat eigentlich seine Aufgaben sehr gut gemacht. Er hat damals das Cabriodach als Vorlage gebracht, er hat auch in schwierigen Verhältnissen für das Traglufthallenprojekt eine vernünftige Variante ausgearbeitet, die man irgendwie noch durchbringen kann - aber jetzt geben wir ihm einfach den Auftrag, die Planung in Angriff zu nehmen für ein zweites Hallenbad.

Ratspräsidentin A. Steiner: Bisher ist uns kein Ablehnungsantrag bekannt. Die Motion wird also überwiesen und das Traktandum 10 abgehakt.

Möchtest Du doch noch etwas sagen? Überwiesen ist sie schon, aber Du darfst gerne noch etwas sagen.

Stadtrat J. Altwegg: Wenn ich schon bis jetzt gewartet habe, sage ich gerne noch etwas dazu. Es soll mir nicht besser gehen als Stefan.

Roland hat es gesagt: Wir haben zu wenig Schwimmfläche, das ist eine Tatsache. Und ein zweites Hallenbad ist halt schon ein bisschen ein Traum. Es ist ein schöner Traum, aber auch ein teurer Traum. Das wird sich zeigen, wenn wir Euch das vorlegen, wo man so etwas bauen könnte, wie man das bauen könnte – und was es dann eben auch kostet.

Und wenn wir dann ähnliche Mehrheitsverhältnisse haben wie bei dem Vorstoss – ich habe glaub's noch nie einen Vorstoss gesehen, der so viele Unterschriften hatte – dann ist das natürlich super. Wenn alle das einig unterstützen und so viel Geld ausgeben wollen, in ein zweites Hallenbad investieren wollen. Wir werden sehen, was herauskommt. Was ich jetzt schon vorwarnen möchte: Dass umliegende Gemeinden sich irgendwie beteiligen werden, das werden wir uns abschminken können. Das habe ich schon informell zu sondieren versucht bei den Gemeindepräsidenten, aber da werden wir auf härtesten Granit beißen. Das können wir uns abschminken, das werden wir selber finanzieren müssen. Und wenn Ihr das wollt, werden wir das irgendwie stemmen.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2017.65: Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss

Ratspräsidentin A. Steiner: Beantwortung der Interpellation zum Zentrum Töss. Das hatten wir schon mehrmals drauf, schön dass wir das jetzt noch abarbeiten können.

B. Zäch (SP): Mike, ich danke auch Dir für das Ausharren bis am späten Abend.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Zu Recht hält er fest, dass er sich in den letzten Jahren schon mehrfach zum Zentrum Töss geäußert hat. Das liegt natürlich daran, weil das Zentrum nicht nur eine markante Liegenschaft am Stadteingang und ein Baudenkmal ist, sondern vor allem, weil es eine städtebauliche und infrastrukturelle Ankerfunktion für den ganzen Stadtteil Töss hat.

Die Liegenschaft ist baulich immer noch in einem schlechten Zustand, weil der Unterhalt lange vernachlässigt wurde. Das lange Konkursverfahren im Fall Erb hat über Jahre zu Stillstand und Unsicherheit geführt.

Nun ist seit eineinhalb Jahren ein neuer Eigentümer da, und allmählich beginnt mit Renovationen, z.B. in der Migros-Filiale, ein neues Leben im Zentrum Töss. Allerdings bleibt der Liegenschaftsbesitzer eine Figur im Schatten; er scheut die Medien und hat selber bis heute kein öffentliches Statement zu konkreten Plänen mit dem Zentrum abgegeben. Das ist bedauerlich und auf Dauer auch nicht haltbar.

Weil die Antwort des Stadtrats vom 15. November 2017 auf die Interpellation vom 22. Mai 2017 nicht mehr ganz tauf frisch ist, möchte ich mich bei der Kommentierung auf ein paar Punkte beschränken und den Stadtpräsidenten bitten, zu einzelnen Punkten eine kurze mündliche Aufdatierung zu geben.

Wir stellen fest, dass der Stadtrat die infrastrukturelle und städtebauliche Bedeutung des Zentrums Töss anerkennt und auch der Meinung ist, dass eine neue Gestaltung des Aussenraums ins Auge gefasst werden sollte. Es liegen ja bereits eine Ideenstudie und ein Leitbild vor. Zudem ist die Aussengestaltung Teil eines Agglomerationsprogramms, bei dem Winterthur in einem erheblichen Umfang Bundes- und Kantonsgelder aktivieren kann. Es würde uns interessieren, ob der Stadtrat diese Planung beziehungsweise die Aussenraumgestaltung wieder aufgenommen hat und ob er den Zeitplan für eine Realisierung dieser Massnahmen zwischenzeitlich schon mit dem Besitzer besprechen konnte.

Die Post ist ebenfalls Miteigentümerin der Liegenschaft und redet damit bei der weiteren Entwicklung des Zentrums mit. Der Stadtrat äussert sich in der Antwort zur Interpellation nicht dazu, ob die Stadt mit der Post in Kontakt gewesen ist. Deshalb die Frage: Sind solche Kontakte in der letzten Zeit aufgenommen worden? Was weiss der Stadtrat über die mittelfristigen Vorstellungen der Post? Und: Bleibt die Poststelle bestehen?

Nur allgemein äussert sich der Stadtrat in der Interpellationsantwort zur Dienstbarkeit der Stadt für den Zentrumssaal. Hier vermissen wir ein klares Bekenntnis, dass der Stadtrat über diesen Hebel seinen Einfluss geltend machen will, um zum Beispiel mit den Akteuren im Stadtteil Töss im Rahmen der Quartierentwicklung Veranstaltungsraum zur Verfügung zu stellen. Wir möchten den Stadtpräsidenten bitten, sich auch zu diesem Punkt heute kurz zu äussern.

Das Zentrum Töss, soviel ist klar, wird diesen Rat politisch noch weiterhin beschäftigen. Wir wissen inzwischen alle, dass Töss durch den Bau des Brüttener Tunnels, die Entwicklung des Rieterareals und auf der Ziegelei Dätttau, aber auch durch diverse Baumassnahmen im Verkehr in einer Art und Weise verändert werden wird wie seit sechzig Jahren nicht mehr. Wir wünschen dem Stadtrat in den nächsten Jahren eine gute Hand, diese Entwicklungen aktiv und im Sinne einer quartierverträglichen Stadtentwicklung zu gestalten und nicht nur zu begleiten.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die doch verständlicherweise ziemlich vage Antwort auf die vorliegende Interpellation. Die Zukunft des Zentrums Töss ist ein Thema, das wird auch in der Interpellation so ausgeführt, das bewegt. Obwohl das Gebäude grossen Sanierungsbedarf aufweist (in meiner Zeit beim Mieterverband waren die Liftgeschichten vom Zentrum Töss bereits legendär) und auch definitiv kein Bijou ist, spielt es in Töss doch eine sehr zentrale Rolle.

Es ist uns wichtig, dass der Stadtrat mit dem neuen Eigentümer einen engen Kontakt pflegt und auch alle diese Ideen, Visionen, Bedürfnisabklärungen und auch Planungen, die gemacht wurden, weitergibt, aktiv weitergibt – und er hat ja auch Möglichkeiten, über die Dienstbarkeit des Zentrumssaals aktiv Einfluss zu nehmen.

Mir geht es eigentlich gleich wie Benedikt: Es ist schon lange her und ich bin gespannt, ob Du, Mike, uns aus aktuellem Anlass noch mehr dazu sagen kannst.

L. Banholzer (EVP): Wir danken dem Stadtrat auch für die Beantwortung der Interpellation. Grundsätzlich ist für mich als Tössemerin und auch für die EVP das Interesse gross daran, dass das Zentrum Töss seinem Namen gerecht wird und Mittelpunkt und Zentrum für die Bevölkerung in Töss ist und bleibt.

Wie bei vielen Interpellationen, die lange und immer wieder auf der Traktandenliste nach hinten rutschen, ist auch bei dieser die Aktualität nicht mehr ganz gegeben. Der Verkauf vom Zentrum Töss ging ja schon im September 2017 über die Bühne. Eine Familien-Immobilien-gesellschaft hat den Komplex gekauft. Und nachher wurde kommuniziert, dass sich für Mieter und Nutzer nicht viel ändern soll und es auch keine konkreten Umbaupläne gäbe. Und auch, dass sich der Besitzer der besonderen Bedeutung des Zentrums Töss bewusst sei. Sie seien an Kontinuität und an einer langfristigen Investition interessiert und nicht an kurzfristiger Spekulation.

Das tönte für uns einerseits beruhigend, andererseits aber auch nicht sehr vielversprechend, weil für eine rosigere Zukunft des Zentrums würde es mindestens eine Aufwertung des Aussenraums brauchen und auch vom Saal im 1. Stock. Wenn sich da die Stadt einbringt und im Rahmen von ihren Möglichkeiten vehement den Finger auf die ungenügenden Zustände legt, ist das sehr wichtig.

Obwohl Gespräche mit den neuen Eigentümern stattgefunden haben, hat der Stadtpräsident am Runden Tisch mit der Tösslobby im Herbst 2018 auch noch nichts sagen können über die Zukunft, ausser dass er hoffe, dass die Eigentümerschaft bald ihre Pläne der Öffentlichkeit vorstellen würde. Und auf das warten wir jetzt ja auch schon über ein Jahr.

Deshalb erwarten wir auf jeden Fall, dass die Stadt aktiv bleibt, und wo immer es möglich ist, ihren Einfluss geltend macht - denn es steht viel auf dem Spiel für Töss.

Wir nehmen aber die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis.

M. Zehnder (GLP): Die grünliberale Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Aus der kurzen Epoche von Beton brut-Bauten ist das Zentrum Töss als brutalistisches Bauwerk leider nicht mehr wegzudenken. Ich finde es brutal, dass man in Töss an der Hauptstrasse ein unästhetischer Betonblock als Eingangspforte zur wunderschönen Stadt erlaubt hat. Mein Eindruck wird dadurch bestätigt, dass die entsprechenden Bauwerke in diesem Stil allgemein als wenig gepflegt erscheinen, weil der Beton stärker als angedacht für Dreck, Algenbewuchs und auch für Zerfall anfällig ist.

Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, wird die von Wind und Wetter arg gebeulte Fassade auch noch denkmalgeschützt. Als Mahnmal kann ich das gerade noch akzeptieren – aber Winterthur hat wirklich Besseres verdient.

Zur Frage 1, wie der Stadtrat die Bedeutung des Zentrums Töss bei der Stadtentwicklung beurteilt, weist der Stadtrat darauf hin, dass sich das Konzept mit der Aussentreppe nicht bewährt hat und auch die düsteren Passagen im Innern des Zentrums laden überhaupt nicht zum Verweilen ein. Es ist viel zu dunkel, unfreundlich und wirklich nicht schützenswert.

In der Frage Nr. 3 wird gefragt, ob der Stadtrat sich vorstellen kann, das Gebäude oder einen Teil davon zu kaufen. Wir hoffen natürlich sehr, dass der Stadtrat dieses Gebäude nicht kauft und sich auch wirklich nicht wesentlich daran beteiligt. Wir sind froh, dass sich der Stadtrat zu diesem Thema negativ geäussert hat. Einmieten und nutzen scheint da die einzige sinnvolle Lösung zu sein, und das macht die Stadt bereits mit der Quartierbibliothek.

Bei der Frage 4, ob sich der Stadtrat an zukünftigen quartierrelevanten Investitionen beteiligen will, müsste heute eigentlich neu gefragt werden, ob es das an dieser Stelle überhaupt braucht. Denn der Güterschuppen in Töss hat ein grosses Potenzial und auch die Bühne, die es im reformierten Kirchgemeindehaus gleich auf der anderen Seite der Strasse gibt, ist eigentlich öffentlich zugänglich.

Bei der Frage 5 nur ganz kurz: Wir begrüssen es, dass der Stadtrat sich Gehör verschaffen will und die quartierspezifischen Nutzer soweit vertritt. Wenn ich selber in der Nähe dieses Gebäudes vorbeigehe, dann kommt mir meist ein Lied von Mani Matter in den Sinn (na gut, das ganze Lied, deshalb ist vielleicht auch diese Passage ein bisschen aus dem Kontext gerissen): «Es länget fürs z spränge es paar Säck Dynamit».

F. Helg (FDP): Das Zentrum Töss ist in den letzten Jahren schon verschiedentlich Thema in diesem Saal gewesen. Und da vielleicht etwas zum Entgegenen an Martin Zehnder: Die Meinungen in Töss über dieses Gebäude gehen durchaus auseinander. Es gibt durchaus auch Personen, die finden, es ist ein Zeuge der damaligen Zeit, als man in diesem Beton-Brutalismus gebaut hat. Andere sagen wie Du, man müsse das Zeug halt abrechen.

Jetzt ist man aber einen Schritt weiter, weil es seit Herbst 2017 – also zu einem Zeitpunkt nach Einreichung der Interpellation – eine neue Eigentümerschaft gibt.

Zur Antwort zu Frage 1: Nach wie vor ist das Zentrum Töss (das möchte ich doch betonen) der Mittelpunkt des Quartiers. Wichtige Quartiereinrichtungen befinden sich dort: Einkaufsgeschäfte – wenn auch nicht mehr so vielfältig wie früher –, Marktstände am Samstag, Post, Bibliothek, Hotel und Restaurant mit einer Saalinfrastuktur.

Zur Antwort zu Frage 3 und 4: Für die FDP-Fraktion ist es klarerweise keine Option, dass die Stadt das Zentrum kauft. Von Bedeutung für Töss ist im Bereich rund um das Zentrum Töss momentan aber das Projekt der Gestaltung der Zürcherstrasse. Da ist man meines Wissens in der Projektierungsphase, und wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Zur Antwort zu Frage 2: Wir sind ebenso gespannt, heute zu hören, was der Stadtrat mit der neuen Eigentümerschaft erreicht hat, nachdem hier in der Interpellationsantwort steht, er werde sich anfangs November 2017 (das ist doch schon eine Weile her) mit der neuen Eigentümerschaft treffen.

Aus Sicht des Quartiers liess sich kein Kontakt mit der neuen Eigentümerschaft herstellen. Gegen aussen ist ein Rechtsanwalt (Livio Zanetti) aufgetreten. Kontaktnahmen mit ihm scheiterten zweimal: Der Quartierverein Töss-Dorf hat sich im November 2017 an den Vertreter

der Eigentümerschaft gewandt; keine Reaktion. Auch ich habe in meiner Funktion als Tösser Gemeinderat im Juni 2018 versucht, einen Kontakt mit dem Vertreter herzustellen; keine Reaktion.

Das alles wirkt nicht gerade vertrauensbildend. Immerhin, das muss man sagen, sind inzwischen gewisse Sanierungsarbeiten anhandgenommen worden. So sind offenbar einige Wohnungen saniert worden. Wie es mittel- und langfristig weitergehen soll, ist bis jetzt aber nicht bekannt geworden.

Interessant sind auch die jüngsten Entwicklungen hinsichtlich der Eigentümerschaft. Es lässt sich alles anhand von öffentlich zugänglichen Quellen recherchieren. Vertreter aus dem Quartier haben mich da aufdatiert.

Im online-„Landboten“ vom 28. September 2017 ist ausgeführt worden, dass die Aktienmehrheit der Schlosshof Immobilien AG von der Familie Sternbuch übernommen wurden. Als einziger Vertreter ist Dow Sternbuch aus Zürich genannt worden. Gemäss Handelsregisterauszügen ist im letzten Sommer die Schlosshof Immobilien AG aber aus dem Handelsregister gelöscht worden, und zwar infolge Fusion mit der Aspia AG mit Sitz in Zürich. Auch hinter dieser Aspia AG steht die Familie Sternbuch mit ihrem Vertreter Dow Sternbuch, der dann von Zürich nach Wollerau gezügelt ist. Wie nun eine weitere Recherche zeigt, ist dieser Vertreter im letzten Herbst verstorben.

Gestützt auf diese Umstände wächst natürlich die Besorgnis, dass die Entwicklung auf lange Zeit hinaus blockiert ist und ungewiss bleibt, wie es weitergeht. Und darum ist im Quartier auch die Erwartungen gross, dass der Stadtrat mehr erreichen kann, vor allem nachdem die Versuche des Quartiers, direkt mit der Eigentümerschaft in Kontakt zu treten, gescheitert sind.

S. Büchi (SVP): Ein Satz zur Antwort zur Frage 3: «Der Stadtrat zieht vor diesem Hintergrund derzeit nicht in Betracht, die fragliche Liegenschaft zu erwerben.» Dieser Satz hat mich sehr gefreut - wobei das «derzeit» natürlich auch immer wieder anders ausgelegt werden kann. Von daher ist diese Antwort für uns natürlich auch zufriedenstellend.

Trotzdem noch eine Anmerkung nach diesen Diskussionen, die heute Abend stattgefunden haben: Wenn der Stadtrat diese Liegenschaft nicht übernimmt, dann müsste klar sein: Achtung, die Liegenschaft ist dem freien Markt ausgesetzt! Und so, wie heute Abend gewisse Leute in einer Aggressivität und Lautstärke auf meinen Fraktionskollegen eingepregelt haben, der den freien Markt an sich hochgelobt hat, müsste man eigentlich davon ausgehen, dass jetzt eigentlich fast der ganze Saal sagen müsste: «Die Stadt muss den Laden kaufen!» Nein, auch da ist es so, es wird sich weisen, was passiert. Und von daher bin ich froh, wenn ich einen solchen Satz in einer Stadtratsantwort lesen kann – und die Antwort so auch positiv zur Kenntnis nehmen kann.

Stadtpräsident M. Künzle: Leider hat mir Felix Helg die Pointe vorher weg recherchiert... Es ist in der Tat so, dass der Grundeigentümer im letzten Oktober verstorben ist. Und im Hinblick darauf hat dann eben auch kein Kontakt mehr stattgefunden. (*Gelächter*) Vorher, nicht nachher.

Wir haben es wirklich, wie der Quartierverein auch, regelmässig probiert. Ich hatte ein Treffen mit Rechtsanwalt Zanetti. Die Familie wollte sich nicht mit der Stadt treffen. Es ist eine Familie, die sich grundsätzlich nicht an die Öffentlichkeit wendet, die im Hintergrund bleibt. In dem Gespräch mit Rechtsanwalt Zanetti hat dieser ein bisschen aufskizziert, wie es mit dem Zentrum Töss weitergehen solle. Ein Indiz dafür sind die Sanierungen von einzelnen Wohnungen, die stattfinden, oder punktuelle Sanierungen. Das sagte er genau so. Er sagte, es sei nicht eine Gesamtsanierung des ganzen Zentrums geplant, sondern man wolle jedes Mal, wenn eine Wohnung frei wird, auf diese Wohnung zu und in dieser Wohnung sanieren, bis alle Wohnungen saniert sind. Das ist mal dieser Teil.

Im allgemeinen Teil wollen sie auf Aufwertungen des ganzen Zentrums machen. Und da dürfen wir zuschauen: Es wurde immer wieder etwas gemacht. Der Tatbeweis von dem, was Rechtsanwalt Zanetti vorausgesagt hat, ist auch so eingetroffen.

Was nicht eingetroffen ist – das war ein bisschen ärgerlich: Zanetti hat uns versprochen, nachdem ich sagte, Kommunikation wäre wichtig, dass er das mit der Familie anschauen würde und sie würden dann im Winter (also 2017/18) kommunizieren. Und das hat leider nie stattgefunden und wir konnten auch keinen Kontakt mehr herstellen. Auch wir nicht, wie der Quartierverein auch.

Ich muss einfach ableiten: Als es dann auf Herbst 2018 ging, war offenbar Herr Sternbuch nicht mehr so beieinander und man wollte gar keinen Kontakt wirklich mit uns.

Jetzt brachten wir aber kürzlich den Kontakt mit Herrn Zanetti wieder zustande, wir konnten wieder mit ihm sprechen. Er hat uns informiert über den Tod des Grundeigentümers. Er sagte, dass die Söhne von ihm das Zentrum Töss weitersanieren würden in diesem Rahmen, wie es der Vater begonnen hatte. Von daher würde das kontinuierlich weitergehen. Und er würde auch den Punkt der Kommunikation nochmals aufnehmen, damit jetzt wenigstens die Jungen zusammen mit Zanetti eine Kommunikation aufbereiten.

Wir bleiben dran, wir werden weiterhin den Kontakt aufrecht erhalten, aber bei einer Kontaktaufnahme braucht es halt immer zwei Seiten.

Dann noch das Projekt Zürichstrasse, das ein Teil des Aussenobjekts ist: Jawohl, das ist in der Projektierungsphase, das bekommt langsam Konturen. Ich denke, das ist ein wichtiger Teil, dass der vordere Frontteil von Töss aufgewertet wird durch eine solche Strassensanierung und Neugestaltung.

Ich denke auch, das Zentrum Töss ist eine wichtige Infrastruktur, beim Eingang der Stadt, wenn man von Zürich her kommt. Es ist eine wichtige Quartierinfrastruktur.

Persönlich muss ich Martin Zehnder Recht geben, ich hätte es abgebrochen. Ich finde es einen furchtbaren Bau, einen Moloch, man kann es nicht anders sagen. Aber es ist ein wichtiger Zeitzeuge aus dieser Zeit (ich glaube sogar das erste Einkaufszentrum dieser Art), der da erstellt worden ist. Und deshalb hat es halt eine gewisse Bedeutung und deshalb kann ich auch nachvollziehen, dass man das jetzt unter Schutz gestellt hat, sogar vom Kanton. Ich denke, es hat eine sehr hohe Bedeutung und wir müssen dem Zentrum Sorge geben.

Ich kann Euch aber versichern: Da Ihr ja ein Hallenbad wollt, werden wir mit Sicherheit das Zentrum Töss nicht kaufen. So viel Finanzen haben wir dann nicht, um solche Infrastrukturen in das Portfolio aufzunehmen. Da ist es wirklich so, dass der Stadtrat kein Interesse daran hat, das Zentrum zu kaufen. Ich werde weiterhin schauen, dass wir auch den Quartierverein mit Informationen versehen können, damit eine gewisse Sicherheit in Töss vorne gewährleistet ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir diese Interpellation abgeschrieben und die letzte Ratssitzung dieses Amtsjahres beendet.

Mir bleibt noch der Dank für den Besuch des Co-Präsidiums des Verein Jugendparlament.

Ich wünsche allen einen ganz schönen Abend – und schlägt zu bei der Einladung von Stefan und David.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)